

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Ich eröffne die heutige Sitzung, stelle fest, daß diese ordnungsgemäß einberufen wurde und daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Bekanntgegeben als Protokollprüfer sind mir Frau Gemeinderätin Ulrike Fuchs und Herr Gemeinderat Walter Gabath. Übernehmen Sie die Funktion? Jawohl, danke sehr. Entschuldigt haben sich die Gemeinderäte Brandstötter, Jeloucan, Jansky, Oberreiter, Payrleithner, Ruprechter, Lohnecker und Stadtrat Schloßgangl. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist eine Anfrage ergangen, und zwar von der Frau Gemeinderätin Fuchs. Mit Schreiben vom 17. 1. 1995 richtet sie folgende Anfrage an mich: „Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Herr Brunmayr, Obmann der Steyrer Fußball-Bezirks-Jugendgruppe, teilte mir anlässlich eines Gespräches im Dezember 1994 nach einem von sechs von der Bezirksgruppe Steyr in der Sporthalle Tabor vorbereiteten Schüler- und Jugendturnieren mit, daß die „Sportstadt Steyr“ aufgrund einer geltenden Tarifordnung für ein Turnier folgende Beträge verlangt: Pro Stunde S 400,-- x 10 Std. = S 4.000,--, Benützung Mikrophon und Zeituhr S 1.300,--, zusammen S 5.300,--. Ich war selbst Zeuge eines dieser ausgezeichnet vorbereiteten Turniere (der U 14), an dem in fünf Vorrundengruppen insgesamt 24 Mannschaften von Steyr und der Region Steyr mit ca. 220 Spielern teilnahmen. Weiters waren etwa 150 bis 200 Betreuer und Eltern/Zuschauer in der Sporthalle. Bei sechs Turnieren bedeutet dies für den Veranstalter eine Belastung von S 31.800,--; dazu kommen die Kosten für je 2 Verbandsschiedsrichter von S 2.000,-- pro Turnier = S 12.000,--; Gesamtausgaben daher S 43.800,--. Herr Brunmayr berichtete, daß die Stadt lediglich einen Zuschuß von S 5.000,-- für alle sechs Turniere leistet. Außerdem muß selbstverständlich für die Pokalaufbringung gesorgt werden. Gäbe es nicht derartig idealistisch eingestellte Funktionäre, die Zeit für die Jugend opfern und Schnorraktionen durchführen, dann gäbe es weder Turniere noch eine Jugend, der man ein Freizeitangebot wie eben diese Fußballturniere anbieten könnte. Ein trauriges Zeichen von Sport- bzw. Jugendförderung. In diesem Zusammenhang richte ich folgende Fragen an Sie:

1. Sind Sie als Sportreferent bereit, die geltende Tarifordnung durch den gemeinderätlichen Ausschuß für Schule und Sport und durch den Gemeinderat neu regeln zu lassen, um den großen Unterschied zwischen dem Stundensatz des Übungsbetriebes und für derartige Veranstaltungen (S 80,-- zu S 400,--) abzubauen?
2. Sind Sie bereit, den Veranstaltern derartiger Turniere eine stärkere, finanzielle Unterstützung zu gewähren? (Kosten für ein Turnier: S 7.300,-- x 6 Turniere = S 43.800,--, Zuschuß für ein Turnier: S 833,33 x 6 Turniere = S 5.000,--)?
3. Die „Sportstadt Steyr“ gibt für die Steyrer Sportvereine zur „Durchführung des laufenden Spielbetriebes“ lt. Subventionsliste plus ATSV insgesamt S 601.000,-- aus. Das sind 0,06 % des Budgets des ordentlichen Haushaltes.

Sind Sie bereit, die standardisierte Vereins-Sportförderung auf wenigstens ein Zehntel-Prozent anzuheben? Um Beantwortung dieser Fragen bei der nächsten Gemeinderatessitzung wird höflich ersucht.“

Dazu kann ich folgendes mitteilen, Frau Kollegin:

Die Tarifordnung für die Sporthalle Tabor basiert auf einem einstimmigen Gemeinderatsbeschuß vom 17. 12. 1991 und ist seit 1. 1. 1992 in Kraft. Damals wurde im Einvernehmen mit dem Kontrollamt festgelegt, daß für den Übungsbetrieb ein Stundensatz von S 150,-- (nicht wie angegeben S 80,--) und für eine Veranstaltung ein Stundensatz von S 400,-- den Steyrer Sportvereinen vorgeschrieben wird. Eine Ausnahme bilden Steyrer Sportvereine, die zur Durchführung ihres Sportbetriebes ausschließlich auf die Benützung der Sporthalle angewiesen sind, und zwar in Höhe von S 100,-- für das Training und S 200,-- für die Veranstaltung pro Stunde. Besonders zu erwähnen ist, daß es sich bei der Bezirksjugendgruppe Steyr um keinen gemeldeten Steyrer Sportverein

handelt. Gemäß Tarifordnung müßte hier für den Übungsbetrieb und für die Veranstaltung ein Stundensatz von S 600,-- vorgeschrieben werden laut Gemeinderatsbeschluß. Aufgrund meiner Entscheidung wird die Bezirksjugendgruppe wie ein Steyrer Verein - also bevorzugt - behandelt, weil immerhin von diesen 24 Vereinen 9 aus Steyr kommen, soweit ich hier informiert bin, und wir haben hier ein Entgegenkommen versucht. Der Unterschied zwischen dem Tarif für die Übungsbetriebe und dem Tarif für Veranstaltungen ergibt sich hauptsächlich auch daraus, daß Veranstaltungen überwiegend an Wochenenden durchgeführt werden. Dies ergibt natürlich einen erhöhten Aufwand für den Magistrat, der sich dadurch erklärt, daß Überstundenleistungen der Bediensteten der Sporthalle zu bezahlen sind, und daß sich auch ein vermehrter Reinigungsaufwand ergibt, weil die Zuschauertribünen dementsprechend benützt und auch verschmutzt werden. Außerdem wird Beheizung und Beleuchtung in vollem Aufwand gebraucht. Seit Jahren - muß ich sagen - veranstaltet die Bezirksjugendgruppe Steyr unter Leitung von Herrn Josef Brunmayr, mit dem ich mich übrigens in allerbestem Einvernehmen befinde, pro Hallensaison sechs solche Nachwuchsturniere. Von seiten der Stadt Steyr wird für einen Turniertag die Hallengebühr in Höhe von S 5.300,-- übernommen. Erwähnt werden sollte auch noch, daß hier die Bürgermeister der Umlandgemeinden für Vereine aus ihren Gemeinden pro Turnierteilnahme S 600,-- an Zuschuß gewähren, das gibt also hier bei 15 Mannschaften aus Umlandgemeinden x S 600,-- einen Betrag von S 9.000,--, der in Ihrer Aufstellung nicht erwähnt wurde. Außerdem darf ich mitteilen, daß wir die Bezirksjugendgruppe für die Teilnahme an internationalen Turnieren in Amerika, in Ungarn und in Dänemark - das waren die letzten drei, die mir in Erinnerung sind - jährlich auch mit größeren Beträgen unterstützt haben. Ich habe mich persönlich bemüht, für die Mannschaften und die Eltern Empfänge durchzuführen, wo auch Erfrischungen verabreicht wurden. Ich muß also sagen, daß hier ein durchaus positives Verhältnis der Stadt mit der Bezirksjugendgruppe besteht. Was Ihre Frage zu den Zuschüssen an Sportvereine für den laufenden Betrieb anbelangt, kann ich sagen, daß zur Durchführung des laufenden Sportbetriebes Subventionen in Höhe von insgesamt S 737.000,-- im Jahr 1994 seitens der Stadt gegeben wurden und nicht - wie Sie angeben - S 601.000,--. Dazu kommt die Refundierung der Lustbarkeitsabgabe, die im Jahre 1994 S 810.742,-- betragen hat. Neben der Förderung des laufenden Sportbetriebes in den Vereinen hat die Stadt einen Schwerpunkt der Sportförderung auf die finanzielle Beteiligung bei der Errichtung bzw. Instandhaltung der Sportanlagen und Sportstätten gelegt. So wurde in den letzten Jahren ein Drittel dieser Kosten von der Stadt direkt übernommen und die Beschaffung eines weiteren Drittels bei der OÖ. Landesregierung maßgeblich miterwirkt. Es handelt sich dabei - wie Sie wissen - um Millionenbeträge, die den Vereinen und damit der Sportausübung in unserer Stadt zugute gekommen sind. Richtig ist, daß in unserer Stadt 63 Sportvereine bestehen und etwa 1500 ehrenamtliche Funktionäre eine hervorragende Leistung erbringen, für die ihnen nicht genug gedankt werden kann. Richtig ist weiter, daß für den Sport weniger Geld als für die Kultur ausgegeben wird, das haben wir schon kontroversiell öfter im Gemeinderat diskutiert. Ich persönlich bin sehr gerne bereit, als Sportreferent die Mittel für den Sport aufzustocken. Ich habe allerdings bis jetzt kaum eine Unterstützung von Ihrer Seite bekommen, das darf ich mit dazu sagen. Und wenn ich an Sportstättenbau erinnern darf, da haben wir ja sehr kontroversielle und langanhaltende Auseinandersetzungen gehabt beim Hallenbad, aber natürlich besonders auch bei der Überdachung unserer Kunsteisbahn, an die ich bei dieser Gelegenheit erinnern möchte. Wenn Forderungen, meine Damen und Herren, in irgendeinem Bereich aufgestellt werden, dann müssen seriöserweise, auch die Bedeckungsvorschläge mitgeliefert werden, Frau Kollegin Fuchs, von wo wir das Geld hernehmen sollen. Denn wenn wir nicht mehr Einnahmen bekommen, dann muß man ja überlegen, wo man etwas wegnehmen will, das würde dazugehören. Und schließlich möchte ich noch feststellen, daß sich die Sportförderung nicht ausschließlich auf die Sparte Fußball beziehen sollte, sondern es müssen natürlich auch gleichrangig alle anderen Sportarten entsprechend erfaßt werden. Grundsätzlich kann ich nur sagen, ich stehe gerne zur Verfügung, und es wird mir eine Freude sein, im Zuge der nächsten Budgetverhandlungen eine größere Unterstützung zu erfahren, wenn wir über die Förderung des Sportes reden. Zu den Mitteilungen des Bürgermeisters möchte ich hier erklären, daß die GAL-Fraktion mitgeteilt hat, daß Herr Marco Vanek nach seinem Studienaufenthalt in Großbritannien mit Montag, 9. Jänner 1995, seine Arbeit im Gemeinderat der Stadt Steyr wieder aufgenommen hat. Frau Eva Scheucher hat mit diesem Tag ihre Funktion zurückgelegt. Ich darf Sie also herzlich in unserer Mitte begrüßen, Herr Kollege Vanek. Gleichzeitig darf ich mitteilen, daß er

in folgenden Ausschüssen wiederum tätig sein wird:

Prüfungsausschuß

Ausschuß für soziale Angelegenheiten

Verkehrsausschuß

Umweltausschuß

Ausschuß für kommunale Betriebe u. Freizeiteinrichtungen

Ausschuß für Angelegenheiten des Alten- und Pflegeheimes Tabor

Er wird als Ersatzmitglied im

Finanz- und Rechtsausschuß

Kulturausschuß

Bauausschuß

Wohnungsausschuß

Ausschuß für Schul- und Sportangelegenheiten

tätig sein.

Weiters möchte ich berichten, daß am Freitag, den 27. Jänner 1995 - also morgen - um 18.30 Uhr im Museum Arbeitswelt alle jene Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 19 Jahren zusammentreffen werden, die bei der Erstellung eines Jugendgemeinderates mitwirken wollen. Bis zum heutigen Tag sind rund 100 Rückmeldungen an den Magistrat ergangen. Sie haben offensichtlich - und das freut mich - ein hohes Interesse daran, hier auch ihre Überlegungen und ihre Vorstellungen, Wünsche und Beschwerden zu artikulieren. Zu dieser Veranstaltung möchte ich Sie, meine Damen und Herren des Gemeinderates, und auch die Vertreter der Presse herzlich einladen.

Am Montag dieser Woche hat eine Sitzung des Hauptausschusses des Österr. Städtebundes stattgefunden. Dort wurde den anwesenden Vertretern der Städte mitgeteilt, daß der Bund beabsichtigt, den EU-Beitrag, der 1995 S 32,9 Milliarden betragen wird, nicht nur auf die Länder, sondern auch auf die Gemeinden zu überwälzen. Diese S 32,9 Milliarden setzen sich zusammen aus S 27,8 Mrd. an eigentlichem EU-Beitrag, S 2 Mrd. an die EU-Bank und S 3,1 Mrd. an andere Einrichtungen. 17 Prozent dieser Zahlungen, das sind rund S 5,5 Mrd., sollen die Städte und Gemeinden bezahlen. Die Vertreter des Städtebundes haben in diesem Gespräch zum Ausdruck gebracht, daß sie aufgrund der schlechten finanziellen Situation der Städte und Gemeinden ohne Änderungen auf der Einnahmenseite keine Möglichkeit sehen, diese Kosten zu übernehmen. In diesem Zusammenhang wurde auch eine Neubewertung der Grundsteuerbemessung bzw. eine andere Berechnungsgrundlage für die Kommunalsteuer diskutiert. Selbst wenn Änderungen erfolgen, wird das nur zeitverschoben - wahrscheinlich bis zu einem Jahr - sein können. Das heißt also, es kommen in diesem Jahr noch Kosten auf uns zu, die wir noch nicht genau einschätzen können, die aber sicher in zweistelligen Millionenbeträgen abzustatten sind, wenn nicht - und das wird von großem Interesse für uns sein - in den bevorstehenden Finanzausgleichs-verhandlungen andere Ergebnisse erzielt werden können.

Meine Damen und Herren, zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage darf ich berichten, daß im

Dezember der erwartete saisonelle Einbruch auf dem Arbeitsmarkt erfolgt ist. Er fiel jedoch aufgrund der ansteigenden Konjunktur deutlich geringer aus als im Vorjahr. Immerhin waren 3.686 Personen arbeitslos gemeldet, eine viel zu hohe Zahl. Es ist nur eines zu berichten, daß die Arbeitslosenquote 8,9 Prozent beträgt und damit um 1,6 Prozentpunkte deutlich unter dem Vorjahr gelegen ist. In absoluten Zahlen ist hier eine Abnahme der Vorgemerkten um 684 Arbeitssuchende festzustellen.

Als nächstes sollte ich Sie bitten, die Beschlüsse des Stadtsenates, die mit den Unterlagen der Einladung zur Gemeinderatssitzung zugegangen sind, zur Kenntnis zu nehmen, es sind jedoch keine vorhanden. Bevor wir in die Verhandlungsgegenstände eingehen, darf ich Ihnen mitteilen, daß hier ein Dringlichkeitsantrag gem. § 7 der Geschäftsordnung eingebracht wurde, und zwar geht es um die Solidarabgabe für Besserverdienende. Im Lichte der von der Bundesregierung vorgegebenen Sparmaßnahmen zur Konsolidierung des Staatshaushaltes wurde auch eine Solidarabgabe für Besserverdienende ins Gespräch gebracht. Bis zu einem Bruttoverdienst von S 50.000,-- monatlich würde eine solche Solidarabgabe keine Veränderungen bewirken. Für darüber hinausgehende Einkommen bei unselbständig Beschäftigten und Selbständigen soll die Solidarabgabe 5 Prozent der Steuerleistung betragen. Bei S 70.000,-- monatlicher Bruttoverdienst würde die steuerliche Mehrbelastung durch eine derartige Solidarabgabe rund S 1.000,-- betragen. Eine solche Solidarabgabe würde nicht den Mittelstand treffen, nur insgesamt 6 Prozent der Erwerbstätigen wären davon betroffen. Das von der Bundesregierung vorgeschlagene Sparpaket sieht in weiten Teilen Einsparungen am sozialen Sektor vor und trifft vor allem die Arbeitnehmer, insbesondere die sozial Schwachen. Eine Solidarabgabe würde ein Signal darstellen, daß auch Besserverdienende einen Beitrag zur Budgetkonsolidierung leisten sollen. Dieser Beitrag wurde zuletzt auf 3,5 Milliarden Schilling geschätzt. Die nachfolgenden unterfertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher folgenden Dringlichkeitsantrag:

Der Gemeinderat beschließt die nachstehende

Resolution an die österreichische Bundesregierung

Der Gemeinderat der Stadt Steyr unterstützt die Forderungen nach Einführung einer Solidarabgabe für Besserverdienende in Form eines Zuschlages zur Lohn- und Einkommenssteuerleistung von 5 Prozent ab einem Bruttomonats-einkommen von S 50.000,-- mit einer Einschleifregelung bis S 70.000,-- Bruttomonatseinkommen entsprechend dem Vorschlag von ÖGB-Präsident Fritz Verzetnitsch.

Die Solidarabgabe soll zweckgebunden geplante Belastungen für Familien und alleinerziehende Frauen ersetzen und für arbeitsplatzfördernde Maßnahmen eingesetzt werden.

Es wird ersucht, diesen Dringlichkeitsantrag aufgrund der Aktualität und gebotenen Dringlichkeit in der Sitzung am 26. Jänner 1995 in Behandlung zu nehmen.

Ich darf fragen, ob zu diesem Dringlichkeitsantrag das Wort gewünscht wird? Herr Kollege Schwager bitte.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Dieser Dringlichkeitsantrag überrascht uns natürlich einigermassen, nämlich daß das jetzt auf Kommunalebene ausgetragen werden soll. Aber wenn Sie wünschen, daß wir aus unserer Sicht Wortbrüchigkeit der Bundesregierung hier diskutieren, die Zustimmung zur Dringlichkeit können Sie haben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Als nächster zu Wort gemeldet ist der Kollege Vanek.

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Es wurde bereits erwähnt, worum es in dieser Resolution geht. Ich möchte aber noch auf einige wichtige Punkte zu sprechen kommen: Das Sparpaket trifft vor allem die Ärmsten und Benachteiligten unserer Gesellschaft...

Zwischenrufe:

Es geht hier um den Dringlichkeitsantrag!!!

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Ach so! Okay, dann später.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gut, danke sehr. Kollege Holub hat sich noch zu Wort gemeldet.

STADTRAT KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Es ist sicherlich ein sehr interessantes Thema, das hier zur Dringlichkeit vorgeschlagen wird, weil sich hier auch weltanschauliche Unterschiedlichkeiten herausarbeiten lassen. Ganz wenig Platz dafür bietet Kommunalpolitik. Insofern ist dieses Thema interessant. Auf der anderen Seite ist der Gemeinderat schon mehrfach vom Präsidium her mit Wünschen zur Beschlußfassung abgewiesen worden, als nämlich Dinge behandelt wurden, die nicht in den eigenen Wirkungsbereich der Stadt gefallen sind. Ich würde mir sehr wünschen, daß man - wenn man Resolutionen von der Nochimmer- Mehrheitspartei im Rathaus einbringt - die gleiche sorgfältige Prüfung, ob hier eigener Wirkungsbereich berührt ist oder nicht, ansetzt. Das wäre sehr empfehlenswert. Ich glaube, daß man auch den Organen, die diese Prüfung offensichtlich noch nicht durchgeführt haben, etwas Zeit für diese Arbeit geben sollte und sehe daher die Dringlichkeit im Namen der ÖVP überhaupt nicht gegeben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es eine weitere Wortmeldung zu diesem Antrag? Das ist nicht der Fall. Es geht um die

Dringlichkeit! Kollege Holub meint, es ist nicht dringlich für die Leute, das ist sein gutes Recht. Andere im Gemeinderat meinen, es ist dringlich.

STADTRAT KARL HOLUB:

Wenn man Halteverbote nicht diskutieren darf im Gemeinderat, weil das übertragener Wirkungsbereich ist und die Bürger der Stadt mindestens ebenso betroffen sind wie von Steuern, wenn über Steuern und Abgaben nicht einmal Volksbefragungen durchgeführt werden dürfen nach unserem Statut, ist der Antrag meiner Meinung nach ebenfalls nicht dringlich!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das war die Meinung! Aber es sind andere Gruppierungen im Gemeinderat der Auffassung, daß es ein dringliches Thema für die Bevölkerung ist. Man kann sich immer hinter Formalismen verstecken!

STADTRAT KARL HOLUB:

Nicht hinter Formalismen verstecken, sondern gleiche Formalismen für alle Belange ansetzen!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich erinnere mich an eine geplatzte Gemeinderatssitzung, wo ich mich genau an die Formen gehalten habe! Ich werde jetzt über die Dringlichkeit abstimmen lassen. Wer diesem Antrag die Dringlichkeit nicht zuerkennt, den möchte ich bitten, ein Zeichen zu geben (6 FP, 5 VP). Danke sehr. Stimmenthaltung wird nicht geübt. Wer erkennt diesem Antrag die Dringlichkeit zu? Der Rest. Danke sehr. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen und wird am Ende der Tagesordnung diskutiert.

Nunmehr gehen wir ein in die Behandlung der Verhandlungsgegenstände, ich gebe dazu den Vorsitz an die Frau Kollegin Vizebürgermeisterin Mach ab.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um seinen Vortrag.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Der Antrag 1) beschäftigt sich mit der Aufkündigung eines Übereinkommens der Stadt Steyr mit der Vereinsdruckerei Steyr betreffend den Druck unseres Amtsblattes. Aufgrund unserer allgemeinen Überlegungen, Kosten einzusparen, sind wir

übereingekommen, hier eine andere Form des Amtsblattes in Zukunft zu forcieren. In dem Zusammenhang ist diese Aufkündigung zu betrachten. Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

1) GHJ1-5898/78 Übereinkommen Stadt Steyr - Vereinsdruckerei Steyr; Aufkündigung.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 7. Dezember 1994 wird der Aufkündigung des am 29. 11. 1990 zwischen der Stadt Steyr und der Vereinsdruckerei Steyr, Buch- und Offsetdruck, 4400 Steyr, Blumauergasse 30, abgeschlossenen Übereinkommens über die Druckleistungen zur Herstellung des Amtsblattes der Stadt Steyr mit Wirkung vom 31. 3. 1995 zugestimmt. Infolge Dringlichkeit wird gem. § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr 1992 der Magistrat der Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf Sie bitten, diesen Antrag zu debattieren bzw. eine Beschlußfassung herbeizuführen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Herr Dr. Pfeil hat sich zu Wort gemeldet. Bitte sehr.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren! Diesem Antrag geben wir selbstverständlich gerne die Zustimmung. Ich möchte aber dabei betonen, daß es nur der erste Schritt dessen sein kann, was wir auch bei der Budgetklausur besprochen haben, nämlich daß Einsparungen beim Amtsblatt kommen müssen. Das ist ein erster Schritt und wir warten auf die nächsten Schritte. Das heißt, das Amtsblatt muß reduziert werden auf die ureigene Form des Titels Amtsblatt für amtliche Nachrichten. Es soll nicht sein wie in den vergangenen Jahren, als Oft-Berichterstattung der Noch-Mehrheitspartei. Das soll sicher nicht sein! Es sollen hier auch keine politischen Parteien zu Wort kommen bzw. unausgewogen zu Wort kommen, wo jemand anderer keine Möglichkeit der Reaktion hat. Ich halte das für nicht ausgewogen für das Amtsblatt bzw. nicht richtig, dafür sind andere Blätter oder andere Medien da. Im Budget ist annähernd noch der gleiche Betrag vorgesehen. Ich frage Sie, Herr Bürgermeister, wann kommt das Amtsblatt in einer neuen Form, in einer reduzierten Form, und wie soll das aussehen?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht zu diesem Antrag noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Schlußwort bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich darf sagen, daß natürlich ausschließlich der Spargedanke Auslöser ist für die Aufkündigung. Wir sind darüber übereingekommen und in Einlösung dieser Vereinbarung ist die Aufkündigung zu verstehen. Es ist auch schon eine Ausschreibung erfolgt, wie wir zu einer billigeren Form des Amtsblattes kommen. Es wird ein billigeres Papier sein, eine billigere Form der Herstellung, und so wollen wir dieser Vereinbarung, die wir bei der Budgetklausur getroffen haben, auch tatsächlich

entsprechen. Was natürlich hier die Berichterstattung anbelangt, so kann man immer unterschiedlicher Meinung sein. Wir haben bisher wirklich stricktest vermieden, bei den Berichterstattungen einzelner Stadtsenatsmitglieder - alle sind ja zu Wort gekommen - eine Zensur vorzunehmen. Ich weiß nicht, wer das bestimmen sollte. Herr Dr. Pfeil, Sie werden es auch nicht sein können, der die Zensur des Amtsblattes macht. Wir waren bemüht, alles das zu berichten, was im Amt vor sich gegangen ist, welche Beschlüsse gefaßt wurden. Es sind auch die einzelnen politischen Referenten des Stadtsenates immer wieder zu Wort gekommen. Daran wird sich auch in einem neuen Amtsblatt - jedenfalls meiner Meinung nach - nicht sehr viel ändern lassen, weil ja hier einfach die Berichterstattungsnotwendigkeit gegeben ist und weil wir auch nach dem Statut ein solches Amtsblatt haben müssen. Ich bitte nunmehr um die Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke sehr. Stimmenthaltungen, Gegenstimmen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Danke sehr. Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag betrifft die Rückzahlung der für das Jahr 1994 von Steyrer Sportvereinen abgeführten Lustbarkeitsabgabe, die ich heute schon einmal angesprochen habe. Es ergeht in diesem Zusammenhang der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

2) Fin-296 /94 Rückzahlung der für das Jahr 1994 von Steyrer Sport- vereinen abgeführten Lustbarkeitsabgabe.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Schule und Sport vom 30. Dezember 1994 wird der Rückzahlung der für das Jahr 1994 von Steyrer Sportvereinen abgeführten Lustbarkeitsabgabe im Subventionswege in nachstehendem Umfang zugestimmt:

SK Vorwärts Steyr,

Sektion Fußball S 790.290,--

SK Amateure,

Sektion Fußball S 9.140,--

ATSV Vorwärts Steyr,

Sektion Fußball S 2.185,--

ATSV Stein,

Sektion Fußball S 978,--

ASV Bewegung,

Sektion Fußball S 2.796,--

ATSV Vorwärts,

Sektion Eishockey S 4.694,--

Reitclub Steyr S 171,--

ASKÖ BSG,

Sektion Basketball S 488,--

Gesamt S 810.742,--

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von S 811.000,-- bei der VSt. 1/2690/757000.9 für das Finanzjahr 1994 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Zu Wort gemeldet ist Herr Gemeinderat Gollatsch. Bitte sehr.

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Es kommt wieder das gleiche wie vor zwei Jahren: Es geht hier um einen Betrag, der refundiert werden soll, der vorher eingezahlt wurde. Es steht im Amtsbericht, daß SK Vorwärts Steyr dieses erlassen wurde, sie brauchen nicht einzuzahlen und werden im Subventionswege freigehalten bzw. es wird im Subventionswege gutgebucht. Es geht im Prinzip dann nur mehr um einen Betrag von S 20.452,--, den die Vereine vorher einzahlen müssen, und nachher bekommen sie es als Subvention refundiert. Ich würde sagen, diese Ungerechtigkeit den anderen Vereinen gegenüber sollte aufgehoben werden, und diese Regelung, die für die SK Vorwärts besteht, sollte auch für die anderen Vereine durchgeführt werden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Herr Gemeinderat Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ich möchte zu diesem Tagesordnungspunkt noch eine kleine Anmerkung hinzufügen. Ich möchte anregen, daß wir in Zukunft - um eine Transparenz bei der Subvention und bei den diversen Lustbarkeitsabgaben-Rückzahlungen zu erreichen - einmal eine Subventionsliste machen. Die Subventionsliste ist ein durchaus übliches Instrument auch in anderen Vereinen, wo man dann genau weiß, wieviel Geld der Verein am Ende des Jahres über die Gemeinde bekommen hat. Darin sollten sämtliche Transferzahlungen enthalten sein, weiters die Verfügungsmittel, die der Herr Bürgermeister, der Stadtssenat und letzten Endes auch der Gemeinderat gibt. Ich denke, daß das zu einer Transparenz sehr positiv bewirken würde, wenn man endlich einmal Subventionslisten hätte, damit man sieht, wer was und wieviel bekommt. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER FRIEDERIKE MACH:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Herr Dr. Schwager bitte.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren! Kollege Gollatsch hat auf etwas aufmerksam gemacht, das wirklich bemerkenswert ist, nämlich dieser Stadtsenatsbeschluß vom 11. 3. 1993, wonach die Einhebung der Lustbarkeitsabgabe ausgerechnet bei einem Verein aufgeschoben wurde, bis über die Refundierung entschieden werden soll. Ich glaube, daß dieser Stadtsenatsbeschluß sehr bald revidierungs- und revisionsbedürftig ist, denn die Art, wie hier vorgegangen wird, hat ja offenbar ihren Sinn. Nämlich daß man zunächst die Lustbarkeitsabgabe einhebt und sie dann wieder refundiert, denn schließlich weiß man ja nicht, ob der Sportverein dann noch existiert, wenn man es refundieren will.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Herr Stadtrat Holub bitte.

STADTRAT KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren, ich möchte dem Herrn Dr. Schwager nur sagen, daß auch im letzten Stadtsenat, bei dessen Sitzungen ja doch nicht die Berichterstattung herrscht, wie bei Sitzungen des Gemeinderates, von mir aus die Anregung gekommen ist, diese Modalität sehr sorgfältig zu überarbeiten, und zwar aus mehreren Gründen. Einer könnte sein, daß ein Verein untergegangen ist, bis die Rückzahlung fällig ist. Das habe ich nicht gesagt, aber es ist auch ein Grund. Aber der andere, mich vor allem sehr bewegende Grund ist die Gleichbehandlung aller durch die öffentliche Hand. Und da haben wir uns durch die einmalige Behandlung eines Vereines in Widerspruch gesetzt. Ich glaube, wir wären wirklich sehr gut beraten, die Modalität so zu verändern, wie Richard Gollatsch es vorgeschlagen hat.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Liegt noch eine Wortmeldung vor? Das ist nicht der Fall. Schlußwort bitte, Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTERHERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, es ist natürlich wünschenswert, alle gleich zu behandeln in Österreich, wo alle gleich sind vor dem Recht. Man muß aber auch die historische Entwicklung betrachten, die es hier gegeben hat. In Wirklichkeit sind wir verpflichtet, die Lustbarkeitsabgabe einzuheben. Wir

können - und das ist die einzige Möglichkeit, die es gibt, den Leuten das Geld wieder zurückzugeben - im Zuge einer Subvention das zurückgeben. Was wir hier gemacht haben, war rechtlich gedeckt. Es ist eben so, daß hier sehr unterschiedliche Beträge anfallen und eigentlich nur die Vorwärts einen so erheblichen Betrag aus dem Titel der guten Zuschauerzahlen bekommt, nämlich 790.000 Schilling. Der Rest von 6 oder 7 Vereinen ist dann der Differenzbetrag auf diese 810.000 Schilling. Daraus geht klar hervor, daß das bei den anderen finanziell nicht diese Rolle spielt. Ich bin aber dafür - und das haben wir auch im Stadtsenat so besprochen, wie Kollege Holub schon dankenswerterweise gesagt hat -, daß wir hier noch einen anderen Modus finden sollten. Aber wenn wir allen Vereinen schreiben, daß wir die Lustbarkeitsabgabe refundieren, sie brauchen sie nicht mehr einzuzahlen, wird das vielleicht zu wenig sein. Denn dann registrieren wir gar nicht mehr, was sich dort abspielt. Wir müssen hier schon einen sehr sorgfältigen Weg gehen, um dem Gesetz auch zu entsprechen. Denn wir haben gelobt, die Gesetze und Bestimmungen der Republik einzuhalten. So leicht ist es also nicht. Es ist aus dem Titel, daß man der Vorwärts auch schon in der Vergangenheit entgegengekommen ist und ihnen das Geld sozusagen belassen hat, zu dieser Vorgangsweise gekommen. Eigentlich ist das jetzt ein Streit um des Kaisers Bart. Es ist in Wirklichkeit nur ein Formalismus, aber es gehört ordentlich geklärt. Noch dazu kommt aber, daß wir heute einen Beschluß vielleicht mit 2/3-Mehrheit beschließen werden, der dieses Problem auch noch einmal tangiert. Das muß in die sorgfältige Prüfung mit einfließen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Kommen wir bitte zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke sehr. Gegenstimmen, Stimmenthaltungen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag beschäftigt sich mit der Verlustabdeckung für das Geschäftsjahr 1995 für den Verein FAZAT Steyr. Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

3) Bau2-6446/86 Verein FAZAT; Verlustabdeckung für das Geschäftsjahr 1995.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom 9. Jänner 1995 wird zur Verlustabdeckung der FAZAT Steyr GmbH für das Geschäftsjahr 1995 ein Beitrag der Stadt Steyr in Höhe von S 2.981.512,-- bewilligt, der an die FAZAT Steyr GmbH in vier gleichen Teilen zu je S 745.378,-- unmittelbar nach Beschlußfassung durch den Gemeinderat der Stadt Steyr sowie am 5. April, 5. Juli und 5. Oktober 1995 zur Auszahlung zu bringen ist. Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von S 2.981.600,-- werden bei der VSt. 1/2890/757100.3 für das Rechnungsjahr 1995 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um Zeichen mit der Hand. Danke sehr. Stimmenthaltungen, Gegenstimmen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Danke. Nächster Punkt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Dieser Antrag beschäftigt sich mit der Erstattung der dritten Kaufpreisrate für die ehemalige Hauptrepa der Steyr-Daimler-Puch AG. In diesem Zusammenhang ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

4) Ha-1873/90 Hauptreparaturwerkstätte Steyr; Zahlung der dritten Kaufpreisrate.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 12. Januar 1995 wird zur Bezahlung der dritten Kaufpreisrate für die Hauptreparaturwerkstätte Steyr ein Betrag von S 33.300.000,-- bei der VAST. 5/0290/010200.0, Rechnungsjahr 1995, freigegeben.

Auch hier bitte ich um Debatte und Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Vizebürgermeister Dr. Pfeil wünscht das Wort, ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zur dritten Kaufpreisrate selbstverständlich ja, eine eingegangene Verpflichtung. Ich möchte es aber auch hier wiederholen wie eine tibetanische Gebetsmühle: Bis diese Vorfälle über die extreme, katastrophale, zehnfache Kostenüberschreitung beim Umbau des Kommunalzentrums geklärt sind, wird es von uns keine Zustimmung geben für irgendwelche weiteren Umbaumaßnahmen, die über die vorhergeplanten und vorhergesagten Gelder hinausgehen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Herr Stadtrat Eichhübl bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Obwohl gerade vor mir Dr. Pfeil als Fraktionsobmann der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion eine Erklärung bezüglich der Zukunft der ehemaligen Hauptreparaturwerkstätte abgegeben hat, möchte ich als betroffener Referent doch auch noch einige Anmerkungen machen. Zum einen - das darf ich hier sehr deutlich sagen - bin ich sehr froh darüber, daß sich bereits Teile der Verwaltung der Stadtwerke in diesem neuen Kommunalzentrum befinden. Es war höchste Zeit, Veränderungen herbeizuführen. Ich sehe das sehr positiv. Ich bekenne mich auch zum Grundsatzbeschluß, daß dort ein Kommunalzentrum errichtet werden soll oder bereits teilweise errichtet wurde. Aber ich möchte auch hier etwas anmerken, das war auch ein zentrales Thema bei den Verhandlungen um das Budget, die ja bekanntlich sehr lange andauert haben und wo sehr viele - nicht nur wir von der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion, sondern auch die anderen Kollegen - überrascht waren: Wir mußten aus der Zeitung erfahren, daß hier plötzlich Adaptierungskosten von 70 - 80 Millionen Schilling auf die Stadt Steyr zukommen,

obwohl eingangs versichert wurde, daß es sich um Adaptierungskosten in der Größenordnung von etwa 7 Millionen Schilling handeln wird. Wir haben anlässlich eines Besuches dort oben mehr oder weniger zur Kenntnis genommen, daß diese 7 Millionen Schilling bei weitem nicht ausreichen werden, daß man bereits in Richtung 30 - 35 Millionen Schilling gehen wird müssen. Aber da ist es doch noch immer ein schönes Stück hin bis zu dem Betrag von 70 - 80 Millionen Schilling. Ich verlange daher auch, daß alle Maßnahmen und Vorhaben aufgelistet werden und vor allen Dingen auch die Finanzierung über die geplanten weiteren Vorhaben bekanntgegeben wird.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke sehr. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Schlußwort bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren! Es wird sehr interessant werden, wie die Abstimmung über die Adaptierungsmaßnahmen und die jeweilige Mittelfreigabe dann verläuft. Der Herr Kollege Pfeil meint, es wird keine Zustimmung geben, und der Herr Kollege Eichhübl äußert sich froh darüber, daß ein Teil bereits investiert wurde und auch eine Teilübersiedlung stattgefunden hat. Ich werde das schon in aller Ruhe erklären, Ihr könnt mir ja leicht folgen, denn ich rede ja nicht so schnell! Fest steht eines und darin gebe ich Ihnen recht: Daß eine krasse Fehleinschätzung der Adaptierungskosten vorhanden ist. Daran gibt es nichts zu rütteln! Aber es hat sich ja gezeigt, daß aus den einzelnen Fachabteilungen - und wir reden ja über solche Adaptierungen, die aus diesen Bereichen gewünscht wurden - Wünsche gekommen sind, die beträchtlich sind. Gerade für die Garage, die wir im heurigen Jahr adaptieren wollen, muß ein Betrag von rund 20 Millionen Schilling gerechnet werden. Den haben wir gemeinsam schon beschlossen, der ist in das Budget gekommen und ist auch notwendig, um die Autobusgarage dort zu etablieren. Dadurch zeigt sich, daß man sich zumindest in bezug auf die Budgetbeschlußfassung und diese Position klar war. Es ist eindeutig aus dem Titel erfolgt, weil wir eben offensichtlich diese Aufwendungen tätigen müssen, um dort alle unsere Autobusse und die Werkstätte zu installieren. Und ich erinnere mich auch, wie sehr Du, lieber Freund Roman, geklagt hast über die mangelhafte Unterbringung in der gegenwärtigen Garage, die nicht dem Status und den Vorschriften entspricht. Jetzt haben wir es hier also mit Kosten zu tun, die hoch sind und uns weh tun, die wir aber - um den gesetzlichen Auf-lagen zu entsprechen - wahrscheinlich tätigen müssen. Ich habe an den Herrn Dipl.-Ing. Kremsmayr, den Projektleiter für diese Übersiedlung, den Auftrag gegeben, daß hier ganz genau geprüft wird, Sparsamkeit oberstes Gebot ist und hier auch eine Abspeckung erfolgen muß. Wir haben nicht die Absicht, irgendwelchen Überlegungen von Architekten zu folgen, sondern die Erfordernisse für die Versammlung aller unserer städtischen Betriebe in diesem Haus zustande zu bringen. Und von dort her glaube ich, von dem werden wir nicht abgehen können. Es zeigt sich, daß das auch in der Zukunft sicherlich große Vorteile für die Serviceleistungen dieser Stadt bringen wird. Mehr habe ich nicht hinzuzufügen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke sehr. Kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke sehr. Gegenstimmen, Stimmenthaltungen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Danke sehr, nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag betrifft die Errichtung des Jugendgemeinderates. Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

5) Ges-12/94 Jugendgemeinderat.

Der Gemeinderat möge beschließen:

In der Stadt Steyr wird nach folgenden Grundsätzen ein Jugendgemeinderat errichtet:

1. Zielgruppe:

Alle Jugendlichen zwischen 15 und 19 Jahren werden zur Mitarbeit eingeladen.

2. Kontaktnahme:

Die Zielgruppe wird durch ein Schreiben des Bürgermeisters eingeladen. Diesem Brief wird eine Rückantwortkarte beigelegt, auf der die Jugendlichen jene Themen, die sie behandelt haben möchten, anführen können. Ergänzend zum Schreiben des Bürgermeisters erfolgt eine entsprechende Information (Einladung) über die Presse.

3. Themenfindung:

Durch das Sichten der Rückantwortkarten ergeben sich die von den Jugendlichen gewünschten Themen. Es besteht auch die Möglichkeit, den Jugendlichen einige Themen vorzuschlagen. Zu den Themen, die die Jugendlichen zu behandeln wünschen, werden entsprechende Arbeitskreise gebildet.

4. Örtlichkeit:

Die erste Zusammenkunft der Jugendlichen zur Bildung der Arbeitskreise findet im Museum Arbeitswelt statt.

5. Betreuung/Begleitung:

Seitens des Magistrates Steyr werden Moderatoren beigelegt. Da es sich um eine Querschnittsmaterie handelt und grundsätzlich alle Bereiche des Magistrates bzw. der Stadt Steyr betroffen sind, ist für diese geschäftsbereichsübergreifenden Aufgaben ein Koordinator zu bestellen.

6. Wahlprozeß:

Aus den Arbeitskreisen werden Jugendgemeinderats-Ausschüsse gebildet. Es werden höchstens vier Ausschüsse eingerichtet. Jeder Ausschuß besteht aus mindestens sechs und max. zwölf Mitgliedern des Jugendgemeinderates, wobei die Anzahl der Mitglieder des Jugendgemeinderates in Summe 36 nicht überschreiten darf. Von den Arbeitskreisen werden für jeden Ausschuß maximal drei Ersatzmitglieder nominiert. Es ist anzustreben, daß männliche und weibliche Jugendliche, Lehrlinge bzw. Berufstätige sowie Schüler in einem ausgewogenen Verhältnis vertreten sind. Der Wahlmodus wird von den Jugendlichen festgelegt. Die Mitglieder des jeweiligen jugendgemeinderätlichen Ausschusses wählen aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden. Die Ersatzmitglieder des Ausschusses nehmen an der Ausschußsitzung teil, haben aber kein Stimm- und Rederecht.

7. Ablauf/Arbeit des Jugendgemeinderates:

In den Arbeitskreisen werden Vorschläge erarbeitet, die im jeweiligen jugendgemeinderätlichen Ausschuß behandelt und als Anträge für den Jugendgemeinderat vorbereitet werden. Der Jugendgemeinderat kann Beschlüsse fassen, die jeweils an die gemeinderätlichen Ausschüsse weitergeleitet und dort von den Jugendlichen vorgetragen und begründet werden können.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Da ist eine Änderung!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Im Wege des Ausschußvorsitzenden, Entschuldigung, das ist unten vermerkt. Das ist noch das Original aus dem Stadtsenat und ich habe hier diese Zusatzanmerkung zunächst nicht richtig interpretiert. Es muß heißen: ... im Wege des Ausschußvorsitzenden weitergeleitet ..

Der Jugendgemeinderat tagt einmal jährlich. Der Bürgermeister der Stadt Steyr leitet die Sitzung des Jugendgemeinderates, sofern dies vom Jugendgemeinderat beschlossen wird.

8. Behandlung im Gemeinderat:

Die vom Jugendgemeinderat gefaßten und den zuständigen gemeinderätlichen Ausschüssen übermittelten Beschlüsse werden gemäß den Bestimmungen der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr in einer eigenen Sitzung des Gemeinderates in Behandlung genommen.

Ich bitte um Debatte und Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Zu Wort gemeldet ist Herr Dr. Pfeil, bitte sehr.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Selbstverständlich stimme ich der Einrichtung eines Jugendgemeinderates zu. Eine lange Forderung, wir haben es auch immer sehr begrüßt, daß auch die Jugendlichen vermehrt in die Politik einbezogen werden sollen. Wir haben ca. vor einem Jahr eine entsprechende Vorbereitung und Vorbesprechung mit den Jugendlichen gehabt. Wir sind damals auseinandergegangen mit dem Versprechen des Bürgermeisters, daß im September eine weitere Gesprächsrunde stattfindet. Wir haben sie - glaube ich - im Dezember eingefordert, und es war keine weitere Gesprächsrunde. Die Situation hat sich dann folgendermaßen abgezeichnet, daß es in der ersten Stadtsenatssitzung des heurigen Jahres per Nachtrag auf die Tagesordnung des Stadtsenates gekommen ist. Deshalb meine ich bzw. sind wir der Meinung, daß dieses ganze zwar sehr begrüßenswert, aber doch sehr unausgegoren ist. Ich fange gleich einmal beim wichtigsten an, das sind die Finanzen. Es wird hier gesagt, daß man nur ungefähr beziffern kann, was so ein Jugendgemeinderat kostet. Es wird ja gesprochen, daß Moderatoren von seiten der Stadt das machen sollen. Wer soll das sein? Was wird das in etwa kosten? Ich finde, es ist auch nicht geklärt, wie der

Wahlmodus von den 100 Jugendlichen - die dann morgen hoffentlich alle ins Museum Arbeitswelt kommen - sein wird, wenn sich die vielleicht alle gar nicht kennen. Es ist anzunehmen, daß sie sich nicht alle miteinander kennen. Wie sollen dann sie untereinander 36 Gemeinderatsmitglieder auswählen? Das wird bei dieser Vorbereitung schwerfallen. Ich wünsche ihnen allen viel Glück dazu.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke vielmals. Nächste Wortmeldung Herr Gemeinderat Vanek.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Noch einen Nachsatz dazu: Ich finde es sehr richtig und wichtig, daß wir im Stadtsenat - ich glaube, es war auf Anregung vom Kollegen Holub - besprochen haben, die Ausschüsse zu veranlassen, Themen des Jugendgemeinderates im Wege des Ausschußobmannes zu beraten. Ansonsten würde es ja gegen die Geschäftsordnung verstoßen!

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Ich möchte zur Wortmeldung vom Kollegen Pfeil nichts sagen. Vielleicht wird das die Frau Vizebürgermeisterin beantworten. Es war eben leider im Ausschuß, wo das ganze durchbesprochen worden ist, von der F-Fraktion niemand anwesend. Wir haben wirklich drei Stunden lang debattiert, wie man diesen ganzen Wahlmodus machen kann, und die ganzen anderen Fragen, die in Ihren Augen noch gar nicht geklärt sind, haben wir auch geklärt. Vielleicht sagen Sie später noch etwas dazu. Insgesamt ist für uns Grüne dieser Jugendgemeinderat ein erster Schritt in die richtige Richtung. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß es noch andere Modelle gibt, wie man die Anliegen der Jugend in die tägliche Arbeit einbinden kann. Ich glaube, dieser erste Schritt sollte einmal ein Versuch sein. Wir können dann aufgrund der Erfahrungen noch weiter diskutieren und sollten das Ganze auch nachher reflektieren. Etwas ganz Wichtiges möchte ich auch noch sagen, es richtet sich vor allem an die Leute, die an der Umsetzung dieses Jugendgemeinderates beteiligt sind: Ich hoffe, daß wir nicht den Fehler begehen, daß wir das Ganze zu bürokratisch abführen. Es hat im Ausschuß schon danach ausgesehen, daß wir verschiedene Regeln einführen, die ein wenig zu bürokratisch sind. Ich hoffe, daß uns dieser Fehler nicht unterlaufen wird. Denn das Ganze hat ja dann eigentlich keinen Sinn mehr, wenn es zu bürokratisch läuft, denn dann interessiert es im Grunde überhaupt niemanden mehr.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Herr Gemeinderat Mundorff bitte.

GEMEINDERAT DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF:

Meine Damen und Herren vom Gemeinderat, Frau Vizebürgermeister, Herr Bürgermeister! Im Gegensatz zu anderen Parteien ist erfreulicherweise das Interesse der Jugend an den Freiheitlichen

und auch die Anzahl derer, die in unserem *Ring Freiheitlicher Jugend* mitarbeiten, ungebrochen. Dies beweisen nicht nur zunehmende Mitgliederzahlen des *RFJ*, sondern auch die zunehmenden Wähleranteile bei den Jugendlichen. Dies hängt selbstverständlich auch damit zusammen, daß wir viele junge Leute in den politischen Gremien haben, die nicht nur das Recht haben, Anträge zu stellen, sondern dieses Recht auch ausgiebig nutzen. Wir gewählte Mandatäre sehen es als unsere vorrangige Pflicht an, diese Anträge intensiv mit der Jugend zu diskutieren und sie weiterzuvertreten. Dagegen sehe ich bei SPÖ und ÖVP eine eher gegenläufige Entwicklung mit abnehmender Bereitschaft der Jugend, politisch mitzuarbeiten. Die Initiative Jugendgemeinderat ist daher aus meiner Sicht eher eine Imagekampagne dieser beiden Parteien, um die Politikverdrossenheit der ihnen nahestehenden bzw. verlorengegangenen Jugend zu vermindern. Offensichtlich wurde auch die Jugend bei SPÖ und ÖVP einfach nicht mehr gehört, daraus resultiert wohl dieser dringende Handlungsbedarf. Wir Freiheitlichen haben selbstverständlich kein Problem mit dieser Initiative Jugendgemeinderat, solange dieser politisch ausgewogen agieren kann, solange dieser politisch repräsentativ besetzt ist oder zumindest interessensgruppenmäßig repräsentativ besetzt ist und nicht zu einer einseitig dominierten Plattform degeneriert, solange dieser nicht eine Vielzahl von Subgemeinderäten anderer Interessengruppen nach sich zieht, also Vorbildwirkung hat. Ähnliches könnten ja auch die Senioren wünschen, zusätzlich dazu, daß sie wahlberechtigt sind. Was die Freiheitlichen weiter wünschen ist, daß im Jugendgemeinderat der Schwerpunkt auf Qualität und nicht auf Quantität - wie z. B. Fixierung der weiblichen Quotenregelung - gelegt wird, daß die Finanzierung in den Hintergrund tritt und Idealismus im Vordergrund steht, daß im Interesse der Lernerfolge Schulfreistellungen oder Arbeitsfreistellungen nicht erforderlich sein werden und daß aus dem Titel Jugendgemeinderat keine Personalaufstockung im Magistrat erforderlich wird, sondern mit dem bestehenden Personal die Aktivitäten abgewickelt werden können. Diese Ausführungen zeigen Ihnen, daß die im Amtsbericht dargestellte Form der Jugendeinbindung in die Politik in vielen Punkten unfertig ist und daß sehr wohl auch andere Formen der Mitwirkung und Interessenvertretung existieren. Trotz dieser Unzulänglichkeiten werde ich diesem Experiment meine Zustimmung geben, erwarte aber, daß meine Gedanken im zuständigen Ausschuß behandelt werden.

VIZEBÜRGERMEISTERINFRIEDERIKE MACH:

Danke. Herr Stadtrat Eichhübl bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Am Anfang meiner Ausführungen, wertest Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, möchte ich die Frage stellen, wer denn nun eigentlich zuständig ist für diesen Antrag, denn zum einen kommt dieser Antrag aus dem Geschäftsbereich für Soziales - und es ist auch die Frau Vizebürgermeisterin Friederike Mach als Referentin angeführt -, zum anderen wurde dieser Antrag vom Herrn Bürgermeister vorgetragen. Aber nun zum wesentlichen: Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Der vorliegende Antrag auf Einführung eines Jugendgemeinderates war ja auch Anlaß zu Diskussionen im Stadtsenat. Ich möchte auch hier und heute im Gemeinderat meine Anmerkungen zu diesem Thema nicht vorenthalten. Zum einen - und das möchte ich wirklich sehr deutlich sagen - wurde der Stadtsenat in einer Phase mit dieser Thematik konfrontiert, als bereits in der Öffentlichkeit über die Medien klargestellt wurde - über verschiedene Aussagen der Referentin Frau Vizebürgermeisterin Mach war das auch -, daß ja bereits alles unter Dach und Fach sei, daß es also in Zukunft in der Stadt Steyr einen Jugendgemeinderat geben wird. Zum zweiten, meine Damen und Herren, wird auch heute hier der Gemeinderat mit einem Antrag konfrontiert - Herr Bürgermeister Pfeil hat bereits darauf hingewiesen -, der sehr vage Aussagen beinhaltet. Zum einen ist nicht klar und deutlich hervorgehoben, was für finanzielle Aufwendungen notwendig sein werden, welche finanzielle Größenordnung notwendig sein wird, um diesen Jugendgemeinderat so

zu installieren, daß er auch einen Sinn hat. Auch die organisatorischen Voraussetzungen wurden nur sehr vage angeschnitten und angeführt. Ich halte das daher - und ich sage es sehr direkt - für eine Alibihandlung von den Betreibern gegenüber den Jugendlichen. Ich werde aber trotzdem diesem Antrag die Zustimmung geben, weil ich nicht dagegen bin, daß ein Jugendgemeinderat installiert wird. Aber ich glaube - und darauf hat auch mein Kollege Mundorff hingewiesen -, daß es doch auch eine gewisse Schwäche der anderen Parteien ist, daß sie bisher die Jugendlichen nicht in ihre Parteiarbeit einbinden konnten. Ich darf jedenfalls dem Jugendgemeinderat für seine zukünftige Tätigkeit sehr viel Glück wünschen!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke schön. Herr Gemeinderat Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Es ist eben so, daß dann und wann nicht nur Freiheitliche Gedanken haben, sondern auch andere Parteien. Und wenn andere Parteien Gedanken haben, dann sagt man, das sei die Schwachheit, das sei eine Alibihandlung, das sei eine Dummheit, das sei ein Weg in die Bürokratie, das sei ein Weg, der Gemeinheiten schafft und weiß ich, was noch. Nun, wenn wir die Geschichte der Werdung des Jugendgemeinderates ein bißchen verfolgen, so zeigt das ein anderes Bild. Es haben sich Jugendgruppen zusammengetan und haben Initiativen gesetzt. Das wird nämlich jetzt ein bißchen vergessen, daß eigentlich die Jugendlichen die ersten waren, die begonnen haben und uns eingeladen haben zu einem Gespräch. Beim ersten Gespräch waren sehr wohl auch politische Parteien eingeladen, aber eine hat gefehlt! Es war dann so, daß mit dem Herrn Bürgermeister ein Gespräch war und der Bürgermeister die Überlegungen der Jugendlichen vorgebracht hat. Dann wurden die einzelnen Fraktionen aufgerufen - der Termin war damals bis Ende Mai -, Stellungnahmen zu dem Grobvorentwurf der Jugendlichen an den Bürgermeister zu senden. Zwei oder drei Gruppen haben ihre Stellungnahmen eingeschickt, eine Gruppe war wieder nicht dabei!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wo waren sie denn?

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Es ist ja wirklich so, daß es ärgerlich ist, wenn dann jemand beklagt, daß zuwenig gesagt und gesprochen wurde, der einfach bei den Besprechungen nicht dabei war. Dann war Ruhe im Haus, und ich freue mich eigentlich, daß unsere Anfrage im Oktober die ganze Arbeit für den Jugendgemeinderat wieder angekurbelt hat, und ich glaube, es war wichtig, notwendig und gut. Nun, wiederum haben Gespräche mit Jugendlichen stattgefunden, Gruppen haben sich wirklich engagiert, und es wurde sehr wohl zutiefst überlegt und gearbeitet, wie man einen sinnvollen Jugendgemeinderat in der Stadt Steyr installieren oder zur Wirklichkeit werden lassen kann. Es wurde vieles überlegt, auch unsere Partei hat ein Modell ausgearbeitet. Wir haben uns mit den Jugendlichen nochmals zusammengesetzt und sehr viel mit ihnen besprochen, damit wirklich ein den

Jugendlichen entgegenkommender Gemeinderat gemacht werden kann. So begrüße ich, daß heute dieser Antrag für einen Jugendgemeinderat hier in unserer Gemeindestube darliegt. Natürlich haben wir auch da und dort andere Vorstellungen gehabt, wie man das eine oder andere vielleicht anders machen könnte, aber im großen und ganzen meine ich, daß dieses Modell des Jugendgemeinderates ein zielführendes ist, wenn alle dann auch wirklich mitwollen. Und davon - glaube ich - hängt sehr viel ab! Wenn wir wollen, daß aus diesem Jugendgemeinderat etwas wird, dann wird auch etwas daraus werden. Wenn wir die Beschlüsse des Jugendgemeinderates ernst nehmen und wirklich in unseren Ausschüssen behandeln und dann eine Gemeinderatssitzung abhalten, dann wird das sehr wohl sein! Aber wenn wir heute schon anfangen mit der Bürokratie und sagen: „Im Sozialausschuß wurde es beraten und von einem anderen Berichterstatter wird es vorgebracht!“, ich weiß nicht, wer da wiederum bürokratisch ist! Hundert Personen haben sich gemeldet. Mich freut das. Ich möchte aber doch eine leise Kritik an der Einladung anbringen. Mir scheint die Einladung etwas freudlos - lieblos möchte ich nicht sagen - und nicht allzu interessant gestaltet worden zu sein. Das möchte ich als Kritikpunkt an der Einladung feststellen, daß die Einladung selbst nicht sehr einladend war. Ich freue mich aber - und es zeigt, daß die Jugendlichen interessiert sind -, daß sie gekommen sind und sich gemeldet haben. Man darf auch nicht vergessen - ich hätte es schon fast vergessen -, daß bei den Beratungen im Sozialausschuß wiederum Ihre Gruppe gefehlt hat, von den Freiheitlichen niemand anwesend war.

ZWISCHENRUF:

Weil wir nicht eingeladen waren!

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Zum Sozialausschuß - glaube ich - bekommen alle eine Einladung. Es ist nur sehr auffällig, wenn überhaupt niemand kommt. Wenn der eine oder andere einmal entschuldigt ist, kann das passieren. Wenn aber gar niemand kommt, weiß ich nicht, ob dieses vorerst so groß bekundete Interesse für die Jugendarbeit wirklich so groß ist. Wenn wir die Arbeit der Jugendlichen ernst nehmen, dann bin ich überzeugt, daß wir für unsere Arbeit hier im Gemeinderat vielleicht auch neue Ideen, ein neues Leben, und vielleicht ein gezieltes Arbeiten auch für die Belange der Jugendlichen hereinbringen. Ich freue mich schon auf die Diskussion, auf die Arbeit mit den Anträgen der Jugendlichen und bitte wirklich, mit Freude - nicht als Alibihandlung - dem Antrag auf die Einführung des Jugendgemeinderates zuzustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke schön. Herr Gemeinderat Philipps bitte.

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, wertres Präsidium! Ich glaube, mit diesem Antrag wurden die Zeichen der Zeit erkannt. Eine lange Forderung der Jugend wird hier in die Tat umgesetzt. Ich finde es müßig - ja, fast lächerlich - jetzt womöglich mit der Jugendarbeit der SPÖ ein Kontraargument zu bringen, weil ich glaube, hier spricht die Jugendarbeit für sich selbst. Daher - glaube ich - brauche ich keine weiteren Worte darüber zu verlieren. Mit der Einbindung der

Jugend in die Gemeinderatstätigkeit gelingen uns - glaube ich - zwei Schritte, die ich ganz persönlich sehr wichtig finde. Nämlich auf der einen Seite eine Reduktion massiver Proteste von seiten der Jugendlichen und der Kritiken natürlich - steht ja der Jugend zu -, und in weiterer Folge hoffe ich - und da bin ich sehr guter Dinge -, daß auch Aggressionen reduziert werden. Das Ambiente MAW wurde hier ausgewählt und ich glaube, es ist eine gute Möglichkeit, hier einerseits die Jugend zusammenzubringen und auf der anderen Seite auch in kultureller Umgebung für die Zukunft in unsere Arbeit einzubinden. Der Antrag sei unausgegoren hieß es, ich finde das nicht richtig, weil ich glaube, daß die Finanzen, die hier angesprochen wurden, sich nicht eindeutig fixieren lassen. Es wird sich natürlich nach den Forderungen der Jugendlichen richten müssen, und diese Forderungen müßten wieder im Gesamtbild des Budgets unserer Stadt eingebunden werden. Nun frage ich Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren: Wollen Sie die Jugend von vornherein in ein Schema hineinpressen? Wollen Sie ihnen Linien vorgeben, um womöglich unbequeme Forderungen von vornherein auszuschalten? Oder sollte man ihnen die Möglichkeit geben, aktiv am politischen Leben teilzuhaben und mitzustimmen?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Herr Gemeinderat Oppl bitte.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Nur ganz kurz zum Jugendgemeinderat. Ich habe mir zwar jetzt keine Rede vorbereitet, die ich herunterlesen kann, aber ich möchte doch mit aller Entschiedenheit zurückweisen, daß das eine Imagekampagne der anderen politischen Parteien ist. Im Gegenteil, ich glaube, wenn man solche Forderungen und solche Aussagen trifft und gleichzeitig fordert, daß sich der Jugendgemeinderat nach einem gewissen Verhältnis und nach Mehrheiten zusammensetzen sollte, dann - glaube ich - muß man das wirklich mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Im Gegenteil, gerade unsere Jugend muß uns das wert sein, daß wir den Jugendgemeinderat auf keinen Fall in ein parteipolitisches Geplänkel hineinziehen. Ein Jugendgemeinderat ist meines Erachtens - und da bin ich überzeugt, da bin ich nicht alleine mit dieser Meinung - eine hochpolitische Sache, aber bitteschön keine parteipolitische Sache. Lassen wir die Jugendlichen arbeiten und Themen entwickeln! Wenn Sie glauben, Herr Dipl.-Ing. Mundorff, Sie haben in Ihrer Jugendbewegung - dem *Ring der Freiheitlichen Jugend* - so viel Zulauf, dann wird es sich ja von selbst ergeben, daß auch Ihre Jugendlichen von den Freiheitlichen ebenfalls so zahlreich vertreten sind, wie es vielleicht Ihren Vorstellungen entspricht. Im Ausschuß selbst - im Sozialausschuß - ist aber eindeutig die Willensäußerung dahin gegangen, daß es auf keinen Fall sein soll, daß hier nach Mehrheitsverhältnissen entschieden wird, welche Jugendlichen in den einzelnen Ausschüssen bzw. hier im Jugendgemeinderat tätig werden. Im Gegenteil, es wird Wert darauf gelegt, daß es nach überhaupt keinen parteipolitischen Aspekten gehen soll und der Jugendliche wirklich das Gefühl hat, ernstgenommen zu werden, ohne sich an irgendeine parteipolitische Richtung gebunden zu fühlen. Ich glaube, das ist der richtige Weg, und ich kann Sie nur einladen, auch seitens der Freiheitlichen diesen Weg mitzugehen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Liegt noch eine Wortmeldung vor? Herr Dr. Pfeil, ich möchte Ihnen das Wort übergeben und mich selbst zu Wort melden. Entschuldigung, da ist noch jemand vor mir.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile Herrn Dr. Schwager das Wort.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Hier gibt es sicher ein akustisches Problem, denn manche hören eben ein wenig zu laut zu. Das sind Sachen, die man die Jugend gelehrt hat. Man hat in der Schule gelernt, zu schweigen, wenn jemand anderer spricht, nicht zu unterbrechen usw. Ich wünsche unseren Jugendlichen bei der Ausübung ihrer sicherlich interessanten politischen Tätigkeit, daß sie sich auch an entsprechende Höflichkeitsformen gewöhnen, denn es gibt Erwachsene, die es nicht können, und das ist ein Problem, mit dem wir leider leben müssen. Der Jugendgemeinderat ist an sich sicherlich eine gute Idee. Die Umsetzung wird natürlich ein Problem sein. Die Idee, das weiß ich als Nicht-Parteiangehöriger - jetzt heißt es ja nicht mehr Partei, also als Nicht- Kreisangehöriger -, ist 1990 in Linz in irgendeinem freiheitlichen Gremium schon vorgeschlagen worden und ist sicherlich nicht so neu, wie es hier dargestellt wird. Aber ich kann Ihnen eines sagen: Wenn man das Bürgerliche Gesetzbuch einmal nicht so genau liest, sondern einfach nach seinem Wortsinn verstehen will, war es nicht eine so dringliche Notwendigkeit. Jugendlicher ist man heute sowieso nur mehr bis zu einem Alter von 19 Jahren. Ich darf daran erinnern, daß immerhin in der Monarchie die - damals hieß es - Großjährigkeit erst mit 24 Jahren erreicht wurde und es noch gar nicht so lange her ist, daß man von 21 Jahre auf 19 Jahre heruntergegangen ist und daß das Wahlalter ja auch noch tiefer liegt. Man ist also damit ausgekommen, daß die Kinder, wie es das Gesetz befiehlt, durch die Eltern oder den nunmehr obsorgeberechtigten und -verpflichteten Elternteil ordentlich vertreten werden. Dieses Vertretungsrecht des ABGB nimmt auch das nicht weg, was hier in diesem Entwurf zum Jugendgemeinderat steht. Ich kann mir vorstellen, daß ein Kind, das verhindert ist, sich dem Gesetz gemäß von seinen Eltern vertreten läßt. Und das schaue ich mir an!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke für diese Wortmeldung. Den Nachsatz haben wir - glaube ich - erst etwas später realisiert. Als nächste hat sich Frau Vizebürgermeisterin Mach zu Wort gemeldet, ich erteile es ihr.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Den Ausdruck „Husch-Pfusch-Aktion“ finde ich eigentlich nicht ganz richtig, denn wir haben in unserem Ausschuß das sehr ernst genommen und wirklich effizient gearbeitet. Wenn von den Freiheitlichen niemand daran teilnimmt - es ist zwar schon gesagt worden -, dann zeigt das, daß kein Interesse vorhanden ist. Ich bin eigentlich von meinem Beruf her gewöhnt, daß ich eine Arbeit beginne und dann auch so bald als möglich beende. Es ist von der Jugend lange gefordert worden, wir haben jetzt den Schritt gewagt, etwas umzusetzen und der Jugend dabei einen Freiraum zu lassen. Die Jugend soll ihre Ideen einbringen und nicht von uns bevormundet werden. Ich finde es richtiger, daß sie sich selbst entscheiden, was sie eigentlich wollen und uns das mitteilen. Ich glaube, es ist dabei auch sehr wichtig zu bemerken, daß man immer leichter Kritik üben kann, als selbst etwas umzusetzen, Herr Vizebürgermeister. Im Sozialausschuß haben wir beschlossen, daß wir das Personal nicht

aufstocken, sondern mit dem vorhandenen Personal arbeiten. Die Einladung wurde sehr einfach gehalten, das stimmt. Aber mich freut es trotzdem, daß 100 Rückmeldungen zurückgekommen sind. Ein Grafiker wäre uns zu teuer gekommen! Aus Sparmaßnahmen haben wir darauf verzichtet. Wir haben auch vorgeschlagen, eine Besetzung Frauen - Männer im Verhältnis 50 : 50 zu machen. Ich glaube, es haben sich nicht sehr viele Frauen gemeldet, es sind sowieso mehr Herren. Doch ich glaube, die Frauen sollen dasselbe Recht haben wie die Männer, am Jugendgemeinderat teilzunehmen.

ZWISCHENRUF:

Die Qualität soll entscheiden. Egal, ob man Hose oder Rock trägt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich trage sehr gerne Hosen, das stimmt! Zur Sache: Meine Vorstellungen gehen dahin, daß wir wirklich die Jugend frei über die Gestaltung und den Ablauf entscheiden lassen sollen. Ich war auch diejenige, die immer gesagt hat, wir wollen keine Parteipolitik betreiben, sondern wirklich nur eine Gemeindepolitik für die Jugend. Darum würde ich auch alle ersuchen!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Die Rednerliste ist erschöpft. Es gibt keinen weiteren Wortmeldungen mehr. Herr Bürgermeister, das Schlußwort bitte. Ich übergebe den Vorsitz wieder an die Frau Vizebürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Es ist die Begründung des Jugendgemeinderates nun von allen Seiten beleuchtet worden. Es ist ein Thema, das uns einige Zeit beschäftigt hat. Es ist gefordert worden, wir sollten diesen Prozeß forcieren. Wir haben uns bemüht, das zu tun. Unter der Vorsitzführung der Kollegin Vizebürgermeisterin Mach ist es hier zu sehr ausgedehnten Beratungen gekommen, die viele Stunden gedauert haben. Alle hatten Gelegenheit, ihre Ideen und Vorstellungen mit einzubringen. Die das nicht getan haben, sind selbst schuld. Aber es ist letzten Endes eine gemeinsame Auffassung erzielt worden. Ich glaube, es geht in erster Linie darum, daß wir nicht schon wieder ein enges Korsett für die Jugendlichen schnüren. Die Jugend will mitbestimmen können. Es müssen Freiräume vorhanden sein für die Tätigkeit des Jugendgemeinderates! Ich glaube, unsere Aufgabe soll sich im wesentlichen darauf beschränken, eine solche Begründung zu erleichtern und mitzuhelfen, daß es dazu kommen kann. Im wesentlichen sollten hier genug Freiräume für die Mitglieder des Jugendgemeinderates und der Arbeitskreise und Ausschüsse sein, um nach ihren Gesichtspunkten Beiträge in die Gemeindepolitik einzubringen, die der Interessenslage der Jugend entsprechen. Ich halte es auch für falsch, daß man schon wieder versucht, politische Akzente hineinzubringen. Vor allen Dingen halte ich die Meldung, es sei eine Schwäche der Parteien, die sich bemühen, einen Jugendgemeinderat zustandezubringen, nicht für zielführend. In Wirklichkeit ist es so - wie schon gesagt wurde -, daß es aus den anderen Bereichen überall auch Interessensvertretungen und Beiräte und alles mögliche gibt, und für die Jugend haben wir gegenwärtig so etwas nicht. Daher glaube ich, daß wir hier einen guten Weg gegangen sind, daß die

Beratungen stattgefunden haben. Jetzt wollen wir die Jugendlichen selbst auch reden lassen und wir wollen hören, wie sie sich vorstellen, wie die Arbeitsweise dieses Jugendgemeinderates sein soll. Es wird natürlich etwas Lebendes sein müssen. Ich bin durchaus der Meinung, daß das nicht bürokratisiert werden soll und daß wir kein zu enges Reglement vorgeben sollten. Es ist nur wichtig, daß wir die Überleitung von den Ergebnissen der Beratungen des Jugendgemeinderates zum Gemeinderat der Stadt Steyr in die richtige Form bringen. Das ist vielleicht ein Punkt, den man ziemlich genau betrachten muß. Im übrigen sollten wir den Jugendlichen helfen, sich selbst zu helfen, ihre Interessenslagen besser einzubringen in die Arbeit des Gemeinderates.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Stimmenthaltungen, Gegenstimmen? Keine. Der Antrag ist erfreulicherweise einstimmig angenommen. Ich übergebe den Vorsitz wieder an den Herrn Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile der Frau Kollegin Mach zu ihren Anträgen das Wort.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren! In meinem ersten Antrag geht es um den Verein „Steyrer Heim- und Hauskrankenpflege“ und den Verein „Mobiler Hilfsdienst“. Der Antrag lautet:

6) SH-2200/90 Professionelle soziale und medizinische Dienste; Genehmigung der Voranschläge für 1995.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Soziales vom 19. 12. 1994 werden

1. die Voranschläge 1995 der Vereine „Steyrer Heimhilfe und Hauskrankenpflege“ und „Miteinander - Mobiler Hilfsdienst“ betreffend die professionellen sozialen und medizinischen Dienste genehmigt,
2. die erforderlichen Mittel zur Deckung des Abganges der Vereine im Ausmaß von S 8.409.705,-- für den Verein „Steyrer Heimhilfe und Hauskrankenpflege“ und S 783.527,-- für den Verein „Miteinander - Mobiler Hilfsdienst“, gesamt S 9.193.232,-- bei der VAST. 1/4240/757100.9 freigegeben. Die Auszahlung der Beträge von S 8.409.705,-- bzw. S 783.527,-- erfolgt in zwei Teilen; je 50 % werden im März 1995 und im September 1995 an die durchführenden Vereine ausbezahlt.

Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Ich darf fragen, ob zu diesem Antrag das Wort gewünscht wird? Ich erteile dem Herrn Kollege Apfelthaler das Wort.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Es ist - glaube ich - jedem von uns klar, daß der Verein „Steyrer Heimhilfe und Hauskrankenpflege“ sowie „Miteinander - Mobiler Hilfsdienst“ ein mittlerweile unverzichtbarer Bestandteil eines Gesamtkonzeptes ist, das uns im Prinzip eigentlich abgeht. Es war sicher noch lange vor meiner Zeit, da ist über diesen integrierten Gesundheits- und Sozialsprengel bereits gesprochen worden. Ich habe mir erlaubt, Ihnen zu diesem Thema einen Brief zu schicken. Ich glaube, er ist teilweise schon angekommen. Ich möchte darauf hinweisen, daß das etwas ist, dem wir bereits vor Jahren zugestimmt haben, nicht dem integrierten Gesundheits- oder Sozialsprengel, sondern den Richtlinien des österreichischen Projektes „Gesunde Städte der WHO“. Dem ist die Stadt Steyr beigetreten, nur haben wir es leider bislang nicht geschafft, daß wir erstens einmal einen Sozialplan erarbeiten, der beinhaltet, wohin uns Gesundheits- und Sozialpolitik führen soll. Der nächste Schritt, der integrierte Gesundheits- und Sozialsprengel, ist auch noch nicht passiert. Es gibt die Sozialplattform in Steyr, es gibt die Plattform der Hausärzte hier in Steyr, aber das sind - wie gesagt - nur Teilbereiche dieses Gesamtkonzeptes. Ich möchte Sie bitten - und speziell auch die Frau Vizebürgermeisterin Mach, die ja zuständig für den Sozialausschuß ist -, dieses Thema vielleicht auf eine der nächsten Tagesordnungen zu setzen. Ich möchte auch Sie bitten, meine Damen und Herren, die sich im Sozialausschuß befinden oder auch jene, die sich für dieses Thema über die Meinung, die lautet „Wir haben kein Geld dazu“, interessieren, noch einmal in diese Richtung mitzuarbeiten. Ich glaube, daß es für die Zukunft der Stadt, für die Zukunft der gesundheitlichen und sozialen Entwicklung der Stadt sicher ein unverzichtbarer Aspekt ist, daß wir einmal in die Zukunft planen und nicht nur aufgrund von Erfahrungen handeln. Danke schön.

-

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte sehr. Weiters zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Holub.

STADTRAT KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren, lieber Kollege Apfelthaler! Du hast gesagt, daß ein Brief an die Mitglieder des Sozialausschusses ergangen ist. Ich habe ihn jetzt gerade bekommen. Er beginnt mit den Worten: Sehr geehrte Interessentin, sehr geehrter Interessent! Ich glaube, der Kreis der Interessenten an der allgemeinen sozialen Versorgung unserer Bevölkerung geht viel weiter, als das in Mitgliedern des Sozialausschusses selbst begründet ist. Eigentlich tut es mir leid, daß ich selbst den Brief nicht auch bekommen habe. Ich werde meinen Kollegen Franz Strasser, der ihn mir gegeben hat, um die Vergünstigung ersuchen, ihn mir kopieren zu dürfen, weil ich glaube, daß das Thema durchaus wichtig und interessant ist. Ob das jetzt integrierter Gesundheits- und Sozialsprengel heißt oder wie immer, ist völlig belanglos. Ob das nach den Vorstellungen des Mitarbeiters der Landessozialabteilung als SozialgesmbH organisiert ist oder nicht, ist grundsätzlich einmal völlig belanglos. Wichtig wäre es, daß die Bemühungen in der Gesundheits- und Sozialvorsorge besser koordiniert werden, als es heute der Fall ist. Der nicht mehr in der Mitte des hohen Gemeindeparkaments befindliche Vizebürgermeister außer Dienst, Erich Sablik, hat einmal einen Sozialverein Steyr geschaffen, der es irgendwie zusammengebracht hat, die sozialen Vereine in einen weiteren Verein einzubinden. Im Grunde genommen ist dadurch an der Effektivität nichts gesteigert worden, eine Vernetzung hat auch nicht stattgefunden. Gott sei Dank auch keine

Verstrickung, man muß ja heute schon darüber froh sein. Die Vernetzung scheint mir aber doch sehr geboten. Wenn es im Amtsbericht heißt, daß die beiden hier angeführten Vereinigungen das Ziel verfolgen, allen betagten, hilfs- und pflegebedürftigen Menschen dienlich zu sein bzw. die Hilfe zukommen zu lassen, deren sie bedürfen, so müssen wir bedauernd feststellen, daß die Hilfsbedürftigen diese Hilfe in keiner Weise voll zulänglich erhalten. Was nicht die Pflegequalität herabmindern soll, die geboten wird, sondern was an die Wahrheit der sozialen Bedürftigkeit rührt. Nämlich daß Gesetze geschaffen werden, die die Solidaritätsgrundsätze, von denen eine Gesellschaft lebt - oder wenn sie sie bricht auch nicht lebt -, nicht beachten, sondern die nach den Erfordernissen einer hauptberuflichen Tätigkeit schielen. Da ist der Grundfehler und das werden wir nicht mit einem IGSS oder GesundheitsgesmbH lösen können. Die Veränderung, meine Damen und Herren und lieben Kolleginnen und Kollegen, muß in unseren Herzen beginnen. Wer nicht von der Notwendigkeit berührt ist, daß anderen Menschen geholfen wird, der wird auch das zur Solidarität Notwendige geben, nämlich die Hilfe, die Zuwendung. Solidarität ist - wir werden heute noch einmal darüber reden können, vielleicht müssen - sowohl gebend als auch nehmend. Sie funktioniert nur dann, wenn ein- und derselbe Mensch dasselbe tun kann, geben und nehmen. Es ist ein aktiver Prozeß, an dem man teilhat. Und da haben wir vom Landesgesetz her vorgegeben bekommen, daß der Grundsatz der Freiwilligkeit sozusagen zertrümmert wurde und auf ein sehr kleines Maß herunterreglementiert wurde. Und jetzt gibt die Stadt Steyr für die deshalb nicht funktionierenden Dienste, weil zuwenig Freiwilligkeit oder zuwenig Honorartätigkeit ermöglicht wird, 9,1 Millionen bzw. fast 9,2 Millionen Schilling aus und muß zur Kenntnis nehmen, daß Hilfesuchende an Wochenenden nicht mehr betreut werden, daß jemand, der mehr als 2 Stunden der Hilfe Bedarf, diese Hilfe nicht bekommt und daß eine Vereinigung sozusagen - nicht nur sozusagen, meine Damen und Herren, das ist dramatisch - dem Hilfesuchenden sagt: Wir haben Aufnahmesperre, wir können Euch gar nicht mehr helfen! Weiters müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß 60 Damen und Herren aus unserer Bürgerschaft sozusagen vor den Toren des Altersheimes liegen und nicht aufgenommen werden können, die überhaupt keine andere Form der Hilfe bekommen können. Ich weiß, daß das nicht Antragsgegenstand ist. Aber wenn man auch sehr viel Verständnis dafür hat, daß man von den Planungsmißgriffen, die aus der Unkoordiniertheit - die ich wirklich sehr vorwerfe - der Planung des Kommunalzentrums entstanden sind, so muß ich auch sagen, daß wir hier auch aus dem Thema herausreden sollen und an die Wurzeln der Probleme herandiskutieren dürfen. Ich würde wirklich bitten, hier nicht zur Sache gerufen zu werden, sondern würde den hohen Gemeinderat ersuchen, doch auch der Überlegung Folge zu leisten, daß wir eine moralische Verpflichtung haben, Hilfe zu leisten und zu ermöglichen. Wir wären hier sehr wohl beraten, Resolutionen zu fassen, weil wir in unserem eigenen Entfaltungsbereich durch die Verordnung der Landesregierung geschmälert sind. Wir dürfen nicht zulassen, daß bei den Pflegevereinen die vorhandenen Honorarkräfte tätig werden. Wir dürfen nicht zulassen, daß die das Arbeitsausmaß nicht erbringen dürfen, zu dem sie persönlich befähigt wären, weil die Verordnung des Amtes der OÖ. Landesregierung, Abteilung Soziales, das verbietet. Die reglementiert - das muß man sich auf der Zunge zergehen lassen - den Anteil, der maximal zulässig ist, an nicht hauptamtlicher Tätigkeit. Dagegen sollte sich die Gemeindevertretung wehren, weil sie die Interessen aller wahrzunehmen hat. Dagegen sollten wir uns auflehnen und sagen: „So redet doch nicht von Solidarität, wenn ihr sie dann unterbindet, wenn sie stattfinden soll!“ Das ist mein Anliegen. Mein zweites Anliegen - und das ist auch kein Wunder, wenn ich das hier äußere, weil ich jede Gelegenheit, die mir gegeben ist, dazu ge- und mißbrauchen werde, da können Sie mich beim Wort nehmen -: Wenn wir nicht den Bau eines Altenheimes wirklich mit Akribie vorantreiben und nicht mit Bürokratie verlangsamen, wenn wir das nicht schaffen, meine Damen und Herren, so werden nicht 60 Personen vor der Toren des Pflegeheimes liegen, sondern nächste Woche werden es 65 sein, die Woche darauf 70 usw. Das geht in einer arithmetischen Reihe vor sich, weil ganz einfach die Not der Menschen nicht durch Verordnung abzuschaffen ist. Und da ist mein Appell an die soziale Berührtheit im vollen Bewußtsein, daß Sie, meine Damen und Herren, das Problem nur dann in seiner vollen Schmerzlichkeit erkennen werden, wenn Sie tatsächlich auch davon berührt werden. Ich wünsche Ihnen sehr, daß Sie nicht durch eigene Not berührt werden, aber berührt werden zumindest durch die Zuwendung zu anderen Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt. Dem Antrag zuzustimmen ist eine schmerzliche Selbstverständlichkeit, es kostet wahnsinnig viel Geld und bringt nicht die Hilfe in vollem Umfang, wie sie notwendig wäre. Ich bitte also die stimmberechtigten Mitglieder dieses Hohen Hauses, dem Antrag zuzustimmen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich um das Schlußwort der Referentin.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Bei den Städten Linz und Wels war die Finanzierung so, daß das Land ein Drittel übernommen hat, ein Drittel die Gebietskrankenkasse und ein Drittel die Stadt. Allerdings hat das damals nur für Linz und Wels gegolten und für Steyr nicht mehr. Das Ganze ist eigentlich an der Finanzierung gescheitert. Ich bin selbstverständlich gerne bereit, daß wir das als Tagungsordnungspunkt in den Sozialausschuß aufnehmen und darüber einmal im Ausschuß diskutieren, wie wir die weitere Vorgangsweise vornehmen. Zum Herrn Stadtrat Holub: Ich habe mich erkundigt, es ist eine Landesverordnung und es geht auch den anderen Gemeinden so. In Linz kommen bei der Heimhilfe - ich habe mir da eine Statistik herausgesucht - auf eine Altenhelferin 3.100 Einwohner, in Wels 3.600 und in Steyr 3.400. Also liegen wir da genau in der Mitte. Bei der Hauskrankenpflege kommt in Linz eine Hauskrankenschwester auf je 8.100 Einwohner, in Wels auf 12.800 Einwohner und in Steyr auf 5.000 Einwohner. Also sind wir eigentlich von den Städten noch führend in der Umsetzung. Ich habe auch mit Ärzten gesprochen und die sind der Meinung, daß durch das erhöhte Pflegegeld wieder sehr viele die Pflege zu Hause übernehmen, damit das Pflegegeld in der Familie bleibt. Ich weiß, daß wir eine Warteliste für das Altersheim haben. Ich weiß das, und mir wäre es auch lieber, wir hätten mehr Plätze. Aber sobald wir mehr aufnehmen, bekommen wir die Vergütung vom Land nicht mehr. Das können wir als Stadt uns nicht leisten. Aber ich glaube, es ist trotzdem eine sehr gute Einrichtung, denn die Menschen werden immer älter und es wird immer mehr gebraucht. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Gegenprobe, Stimmenthaltungen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Antrag 7) bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Mein nächster Antrag betrifft das Flüchtlingslager Stelzhamerstraße. Der Antrag lautet:

7) SH-4438/92 Flüchtlingslager Stelzhamerstraße; finanzielle Abwicklung.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Soziales vom 19. 12. 1994 wird für die Unterbringung von 19 bosnischen Vertriebenen im Flüchtlingslager Stelzhamerstraße für das Jahr 1995 ein Betrag von S 800.000,-- bei VSt. 1/4260/401000.9 freigegeben. Der Großteil dieser Kosten wird der Stadt Steyr von der OÖ. Landesregierung vergütet werden, wobei der exakte Refundierungsbetrag noch nicht bekanntgegeben ist.

Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird das Wort zu diesem Antrag gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Ist jemand gegen den Antrag, übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Der nächste Antrag betrifft den Verein „Aktion Tagesmütter OÖ“. Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

8) Fin-113/94 Verein „Aktion Tagesmütter OÖ“ Subvention 1995.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Jugendangelegenheiten vom 2. Jänner 1995 wird dem Verein „Aktion Tagesmütter OÖ“ für das Jahr 1995 eine Subvention im Ausmaß von S 1.800,-- pro betreutem Kind und Monat, höchstens jedoch S 400.000,-- insgesamt, gewährt. Die monatliche Auszahlung richtet sich nach der Betreuungsdauer und Anzahl der Kinder unter 3 Jahren. Zu diesem Zweck wird für die Gesamtkosten bei der VAST. 1/4390/757000.4 ein Betrag von S 400.000,-- freigegeben. Aufgrund der vom Gemeinderat der Stadt Steyr am 21. 12. 1994 beschlossenen 10%igen Kreditsperre gelangt hievon lediglich ein Betrag von S 360.000,-- an den Verein „Aktion Tagesmütter OÖ“ zur Auszahlung.

Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort gemeldet ist zunächst Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nicht, daß ich gegen Tagesmütter wäre, wie Herr Bürgermeister es bei meiner Wortmeldung gemeint hätte. Ganz im Gegenteil! Nur, in Zeiten wie diesen, wo wir alle sparen, wo wir Ausgaben überdenken müssen, müssen wir auch diesen Verein „Aktion Tagesmütter OÖ“ kritisch beleuchten. Wir haben hier einen Verein, der es zustande bringt, Selbstkosten in der Höhe von S 7.000,-- pro betreutem Kind und Monat zusammenzubringen. Das muß man sich auf der Zunge zergehen lassen, S 7.000,-- Selbstkosten! Ich glaube, hier ist es höchste Zeit, daß man sich hier diesen Verein - wie man so schön sagt - zur Brust nimmt und ihn einmal auf Wirtschaftlichkeit und Effizienz prüft. Ich denke, es gäbe in diesem Bereich, im sozialen Bereich, viel wichtigere Anliegen, die mangels vorhandener finanzieller Mittel nicht zustandekommen. Ich bin dafür eingetreten, daß die Stadt Steyr nicht alles selbst machen muß. Ganz im Gegenteil! Was privat gemacht werden kann - gerade im sozialen Bereich -, was mit viel Engagement gemacht werden kann, das soll die Stadt unterstützen. Das kommt uns allemal billiger, als wenn wir alles selbst in unserem Bereich machen. Ich denke hier insbesondere auch an den Kindergartenbereich, an die Caritas-Kindergärten, die zum Teil sehr dürftig unterstützt werden. Ich denke hier ganz besonders, Frau Vizebürgermeisterin, an den Caritas-Kindergarten Münchenholz, der sehr in Not ist, der sich eine größere Beachtung von unserer Seite her verdienen würde. Ich würde Sie wirklich

dringend ersuchen, daß wir diesen Verein vorerst einmal von der Unterstützung absetzen, bis die finanzielle Betrachtung hier auf dem Tisch liegt. Ich werde deshalb diesem Antrag nicht die Zustimmung geben. Ich werde mich hier der Stimme enthalten, weil mir auch die Begründung nicht plausibel erscheint, daß es hier besonders notwendig ist, daß beide Elternteile arbeiten gehen müssen. Andererseits haben sie dann aber so wenig Geld, daß sie absolut kaum etwas bezahlen können. Daß pro Kind S 7.000,-- auflaufen, das sind Dinge, die wir - glaube ich - überlegen müssen, ob wir das weiterhin in diesem Ausmaß so machen können. Danke schön.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Spöck.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Von Herrn Dr. Pfeil schon angeführt: Wenn als Begründung im vorliegenden Amtsbericht neben den steigenden Lohnkosten die immer weniger werdenden Subventionen von Bundesseite her angeführt werden, gebe ich auch zu bedenken, daß unsere Stadtfinanzen damit immer mehr belastet werden. Bei Gründung von solchen Vereinen herrscht ja meistens zu Beginn Ehrenamtlichkeit oder es kommt zu einer Bezahlung seitens des Bundes. „Aktion 8000“, um nur ein Beispiel anzuführen. Auch das Land fördert meistens zu Beginn kräftig. Zum Teil verständlich durch Arbeitsmehrbelastungen kommt es aber dann immer mehr zu steigenden Lohnaufwendungen und auch vor allem zum Wegfall der Ehrenamtlichkeit. Letztlich bleibt dann als Förderer meistens nur mehr die Stadt übrig. Aufgrund der Notwendigkeit der Tagesmütter - eine Überprüfung könnte ich mir auch hier vorstellen - werde ich von meiner Seite heute die Zustimmung geben. Aber auf Dauer darf die Stadt sicherlich nicht alleine als Zahler übrigbleiben. Ein Vorschlag, der schon in der Vergangenheit des öfteren vom Kollegen Gollatsch gebracht worden ist, ein Zusammenlegen von Verwaltungsarbeiten diverser sozialer Vereine, wäre sicherlich wünschenswert und brächte auch Kostenersparnisse. Oder, Herr Kollege Holub hat bei Punkt 6) von der Koordination bzw. von der Vernetzung gesprochen. Auch hier wäre sicherlich in diesem Sinne zu handeln. Es geht die Bitte an die zuständige Referentin, in diesem Sinne zumindest einen Versuch zu starten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Als nächster ist Herr Kollege Lengauer zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Nur noch einen kleinen Zusatz, den ich anbringen möchte, und zwar zum Amtsbericht. Es steht hier: Überdies besteht im Bereich der Stadt Steyr keine Unterbringungsmöglichkeit für Kinder im Vorkindergartenalter. Das stimmt nicht ganz, denn auch die „Drehscheibe Kind“ bemüht sich um Kinder, die unter 3 Jahren sind. Und was ich jetzt etwas kritisch bemerken möchte: Mir scheint die Subvention in einseitige Richtung zu gehen, wenn man nur die Gruppe Tagesmütter sieht. Man müßte auch die Tätigkeit des Vereines „Drehscheibe Kind“ mit einbeziehen und beachten. Obwohl ich ganz klar dem zustimme, was Kollege Spöck jetzt gesagt

hat und was Kollege Gollatsch immer wieder vorgebracht hat, daß die Frau Vizebürgermeisterin vielleicht doch die Sozialvereine einmal zu einem Gespräch einladen sollte, ob nicht eine gemeinsame Verwaltung zu finden wäre, damit man hier Kosten einsparen könnte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das haben wir schon probiert. Da fliegen die Funken, weil sich die alle *so gut* vertragen. Danke schön. Nächste ist die Kollegin Radmoser.

GEMEINDERÄTIN EDITH RADMOSER:

Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich muß zu den Wortmeldungen, die bis jetzt gefallen sind, einfach Stellung nehmen! Man kann Verein „Tagesmütter“ und Verein „Drehscheibe“ gar nicht miteinander vergleichen. Verein „Drehscheibe“ ist ein privater Verein, Verein „Tagesmütter“ gibt es ja in ganz Oberösterreich, nicht nur in Steyr. Er wird vom Land sehr wohl gefördert, sogar mit sehr großen Beträgen. Nur muß das Land eben auch sparen und die Unterstützungen von seiten des Landes wurden gekürzt, das ist schon wahr. Alle anderen Städte und Gemeinden ...

Zwischenruf:

Verein „Tagesmütter“ ist auch ein privater Verein!

GEMEINDERÄTIN EDITH RADMOSER:

Wird aber vom Land unterstützt! Es hat nicht einfach jemand, weil er arbeitslos war und keinen Job gefunden hat, einen Verein gegründet - wie es ja öfter der Fall ist -, damit er auch wieder Beschäftigung hat, sondern es ist ein etablierter Verein. Tatsache ist, daß wir keine Betreuung für Kinder unter 3 Jahren haben, denn die „Drehscheibe“ betreut nur stundenweise. Verein „Tagesmütter“ heißt tagweise Betreuung! Die Kinder sind den ganzen Tag dort, unter Umständen auch über die Arbeitszeit der Eltern hinaus bis um 19.00 oder 20.00 Uhr, wo andere Vereine oder Institutionen bereits zu haben. Zu den Kosten von S 7.000,--: Die Tagesmütter sind angestellt, sie sind versichert! Das ist nicht so wie sonst, auf freiwilliger Basis und Nächstenliebe, wie wenn ich den Nachbarn ersuche, auf mein Kind aufzupassen. Sondern die sind dort angestellt und versichert - krankenversichert, unfallversichert - und bekommen selbstverständlich auch Urlaubsgeld wie alle anderen Beschäftigten. Das ist wie beim Verein „Heimhilfe und Hauskrankenpflege“, da sind die Krankenschwestern auch Angestellte, so hat auch der Verein „Tagesmütter“ Beschäftigte. Und daraus ergeben sich die Kosten, weil die abgesichert werden sollen und müssen, damit ihnen nicht dann etwas passiert. Darum ist der Beitrag von S 1.800,-- für die Stadt Steyr immer noch geringer, als in anderen Städten. Linz bezahlt S 2.200,-- und Lambach - oder wo es noch so etwas gibt - bezahlen sie auch wesentlich mehr als die Stadt Steyr. Es wäre auch der Antrag wesentlich höher gewesen, wir haben da ohnedies schon gekürzt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Stadtrat Eichhübl.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Der Verein „Aktion Tagesmütter“, eine durchaus sinnvolle und nützliche Einrichtung, begehrt laut Amtsbericht von der Stadt eine Aufstockung der Subvention auf S 1.900,-- pro Monat und Kind und soll - da ist ja ein Unterschied zwischen dem Begehren und der tatsächlich möglichen Förderung laut Berichterstattung im Stadtsenat - nunmehr statt S 287.000,-- im Jahr S 400.000,-- erhalten. Ich wiederhole die Fragen, die ich bereits im Stadtsenat gestellt habe, denn ich glaube, auch der Gemeinderat hat ein Recht darauf zu wissen, in welcher Größenordnung die Eigenleistungen der Eltern liegen und in welcher Form die Beiträge sozial gestaffelt sind. Ich glaube, das gehört zumindest in den Amtsbericht hinein, um hier ein klares Bild zu schaffen und abwägen zu können, wie es bei den anderen Vereinen und gleichartigen Institutionen aussieht. Das ist sicherlich für mich ein Anlaß, zumindest heute einmal diesem Antrag die Zustimmung in der Form nicht zu geben, daß ich mich der Stimme enthalten werde.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Weitere Wortmeldungen? Kollege Götz bitte.

GEMEINDERAT HANS-DIETER GÖTZ:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren! Wenn man diesen Antrag hier ansieht und die Kosten von S 7.000,-- für Selbstkosten betrachtet, dann muß man einmal eine kleine Division veranstalten und die Zuschüsse der Stadt im Jahre 1994 von S 287.000,-- durch die Anzahl der Kinder bzw. durch die Anzahl der Monate dividieren. Dann kommt man auf eine Zahl von 14 Kindern pro Monat im Durchschnitt. Da wundert es mich nicht, daß die Kosten so hoch sind, wenn man für 23 Kinder das Personal hat und nur 14 Kinder betreut!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Herr Kollege Mundorff bitte!

GEMEINDERAT DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF:

Wenn wir heute im späteren Verlauf dieser Sitzung auch noch einen Ausflug in die Bundespolitik machen, erlauben Sie mir, das auch an dieser Stelle zu tun. Es gäbe ja sicherlich viele Möglichkeiten und viel mehr Möglichkeiten zur Eigeninitiative, wenn es entsprechende steuerpolitische Voraussetzungen dafür gäbe. Man würde also ein Ausufern der Vereine vielleicht auf die Art hintanhalten können, wenn es zum Beispiel die Möglichkeit gibt, daß man derartige Kinderbetreuungshilfen oder sonstige Unterstützung im Haushalt von der Steuer absetzen könnte. Oder wenn man Splitting machen könnte bei Einkommensbezieherinnen und sich davon die eigene Betreuung organisiert. Das wäre sicherlich gescheiter, als die ganze Zeit alle nur über irgendwelche

Vereine betreuen zu wollen. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Noch eine Wortmeldung? Herr Kollege Vanek bitte.

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Ich möchte kurz zu der Stellungnahme vom Kollegen Mundorff etwas sagen. Es ist jedesmal das gleiche, daß von verschiedenen Seiten dauernd auf die Vereine losgegangen wird. Es wird immer gesagt, es gäbe zu viele Vereine, die Vereine machen sowieso nichts, außer Geld zu verlangen usw. Ich möchte aber schon einmal sagen, daß das nicht so ist! Wir haben eine Reihe von Dienstleistungen zu machen, die die Gemeinde nicht mehr imstande ist zu machen, weil es zu teuer wäre, wenn man das dauernd vom Magistrat selber machen müßte. Darum ist es sinnvoll, daß in diesem Bereich Vereine eingesetzt werden, die diese Arbeit erstens näher zum Bürger hin machen können und zweitens auch effektiver machen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nachdem es keine weitere Wortmeldung mehr gibt, würde ich die Frau Referentin bitten, Ihr Schlußwort zu halten. Herr Mundorff, etwas mehr Ruhe bitte! Am Rednerpult spricht die Referentin. Hören Sie zu, Sie können etwas lernen!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich glaube, es kann für niemanden etwas wichtigeres als Kinder geben. Man weiß ja, daß in Steyr schon jede zweite Ehe geschieden wird. Nicht jeder hat die Möglichkeit einer Großmutter oder das Geld, im Haushalt jemanden zu haben, der die Kinder betreut, also muß er die Kinder wo hingeben. Und die alleinstehenden Frauen müssen eben, wenn das Kind 2 Jahre alt ist, wieder arbeiten gehen. Vielleicht erfahren wir von Euch Einsparungsvorschläge, wie wir das anders betreiben könnten. Wahrscheinlich sind solche aber nicht vorhanden. Ich habe mir eine Ergänzung zum Amtsbericht zurechtgelegt und die möchte ich jetzt gerne vorbringen:

1) Zum Einkommen der Tagesmütter pro Kind: Alle Tagesmütter österreichweit einheitlich beziehen ein Nettogehalt für 40 Stunden pro Woche von S 2.838,-- pro Kind. Der Verpflegungskostenbeitrag für ein Kind ist S 748,--. Ich glaube, es hat keine Tagesmutter mehr als drei Kinder. Wenn ich heute eine 40 Stunden-Woche habe und dafür einen Verdienst von rund S 10.000,-- im Monat, ist das nicht überhöht! Man redet immer von steuerlichen Begünstigungen, aber da fällt die gar nicht hinein, weil sie mit S 10.000,-- sowieso dazuschauen muß! Sie ist aber immerhin angemeldet und hat als Frau einmal die Möglichkeit, Pension zu beziehen. Das ist einmal Punkt 1).

2) Dazu können maximal bis zu 3 Überstunden wöchentlich kommen, die von der Tagesmutter ausführlich zu begründen und wöchentlich abzurechnen sind. Der Restbetrag zu den monatlichen Selbstkosten ergibt sich aus der Beilage 1). Ich kann Euch gern die Beilage 1) vorlesen: Die voraussichtlichen Selbstkosten für ein Tageskind ab 1. 1. 1995 setzt sich zusammen:

Aus einem Bruttoentgelt der Tagesmutter, 40 Stunden S 3.470,--

3 Überstunden pro Woche, zusätzlich 50 % Zuschlag S 820,--

1/12 Urlaubsbeihilfe S 358,--

1/12 Weihnachtsremuneration S 358,--

Zusammen S 5.006,--

24,3 % Dienstgeberanteil S 1.042,--

23,8 % Dienstgeberanteil Sonderzahlung S 170,--

4,5 % Familienlastenausgleichsfonds S 225,--

Jetzt sind wir bei S 6.443,--

Verpflegungsgeld für ein Tageskind ist S 748,--

Ausgleichtaxe S 90,--

Gesamt S 7.281,--

Die Tagesmutter ist dabei aber versichert. Ich glaube, wenn man das nicht machen würde, hätten wir wieder mehr Arbeitslose. So geht die Frau einem Beruf nach, dieser Beruf heißt eben Tagesmutter.

3) Die Finanzierung durch die Stadt Steyr: Die Stadt Steyr fördert ausschließlich Tagespflegekinder bis zur Vollendung des 3. Lebensjahres, die in Steyr gemeldet sind, das heißt nur die 2-3jährigen. Aber wenn sie einmal 3 Jahre alt sind und trotzdem noch bei der Tagesmutter, wird das von uns - von der Stadt - nicht mehr gefördert. Die weitere Finanzierung des Vereines erfolgt durch das Land Oberösterreich mit 4 Millionen Schilling im Jahr, sowie die Arbeitsmarktverwaltung, die den Personalaufwand für Büroangestellte und den Sachaufwand teilweise fördert. Weiters zahlt die Arbeitsmarktverwaltung sogenannte Kinderbetreuungsbeihilfen, bei denen für Erziehungsberechtigte bis zu einem gewissen Einkommen finanzielle Unterstützungen gewährt werden. Ich habe eine Aufstellung mit, was alleinerziehende Mütter zahlen müssen - was an Eigenleistungen für Kinder von berufstätigen Eltern anfällt - aufgrund des Monatsnettoeinkommens incl. Sonderzahlungen. Wenn Interesse daran besteht, lese ich es vor. Wir zahlen nur S 1.800,-- pro Kind dazu. Wir haben keine Möglichkeit, die Kinder unterzubringen. Nicht jeder hat eine Großmutter oder das Vermögen, sich eine Haushälterin oder ähnliches zu leisten! Ich glaube, es ist sehr wichtig, das jetzt auch zu sagen. Ich habe Gott sei Dank eine Großmutter gehabt, die sich um mein Kind umgeschaut hat. Wahrscheinlich war das auch bei sehr vielen so, die heute herinnensitzen. Nur bin ich heute selbst Großmutter und habe keine Zeit, mich um mein Enkelkind umzuschauen. Also ist mein Kind auch gezwungen, jetzt noch zu Hause zu sein. Aber sie wird auch wieder arbeiten gehen. Denn sie sind eine junge Familie, und eine junge Familie braucht einfach das Geld, damit sie sich etwas schaffen kann. Jetzt lese ich das herunter:

Bis S 8.000,-- sind es S 0,--,

von S 8.000,-- bis S 9.000,-- muß die Mutter S 500,-- bezahlen,

von S 9.000,-- bis S 10.000,-- sind es S 600,--,

von S 10.000,-- bis S 11.000,-- sind es S 700,--,
von S 11.000,-- bis S 12.000,-- sind es S 900,--,
von S 12.000,-- bis S 13.000,-- sind es S 1.100,--,
von S 13.000,-- bis S 14.000,-- sind es S 1.400,--,
von S 14.000,-- bis S 15.000,-- sind es S 1.800,--,
von S 15.000,-- bis S 17.000,-- sind es S 2.000,--,
von S 17.000,-- bis S 19.000,-- sind es S 2.400,--.

Bei Einkommen, die über S 19.000,-- monatlich liegen, werden Eigenleistungen individuell festzusetzen sein. Das gilt für Alleinerzieher. Bei Eigenleistungen für Kinder von berufstätigen Eltern Monatsnettoeinkommen incl. Sonderzahlungen ist es folgendermaßen:

Bis S 10.000,-- ist es S 0,--,
von S 10.000,-- bis S 11.000,-- sind es S 300,--,
von S 11.000,-- bis S 12.000,-- sind es S 500,--,
von S 12.000,-- bis S 14.000,-- sind es S 900,--,
von S 14.000,-- bis S 16.000,-- sind es S 1.100,--,
von S 16.000,-- bis S 18.000,-- sind es S 1.400,--,
von S 18.000,-- bis S 20.000,-- sind es S 1.600,--,
von S 20.000,-- bis S 22.000,-- sind es S 1.800,--,
von S 22.000,-- bis S 24.000,-- sind es S 2.200,--,
von S 24.000,-- bis S 26.000,-- sind es S 2.600,--,
von S 26.000,-- bis S 28.000,-- sind es S 3.000,--,
von S 28.000,-- bis S 30.000,-- sind es S 3.500,--,
von S 30.000,-- bis S 32.000,-- sind es S 4.000,--,
von S 32.000,-- bis S 34.000,-- sind es S 4.500,--.
über S 34.000,-- sind es S 5.036,--.

Das ist die Einkommensstatistik, wonach die Zahlungen dann gehen.

Ich lasse es gerne, wenn das Interesse vorherrscht, in den Akt hineinschreiben und an jeden übermitteln.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke für diese umfassende Ausführung. Die ist im Stadtsenat verlangt worden, jetzt ist noch einmal nachgefragt worden und die Antwort umfassend erfolgt. Wer will, kann es noch schriftlich haben. So sieht das also aus. Damit kommen wir zur Abstimmung über diesen Antrag. Wer ist gegen den Antrag? 5 Gegenstimmen (F). Wer übt Stimmenthaltung? 3 Stimmenthaltungen (F). Wer stimmt für diesen Antrag, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung? Der Rest. Danke sehr. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Nächster Antrag bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Mein nächster Antrag betrifft den Rettungsbeitrag 1995. Der Antrag lautet:

9) Fin-291/94 Rettungsbeitrag 1995.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für öffentliche Rechts-angelegenheiten und Verfassungs-dienst vom 4. Jänner 1995 und in Anwendung der Verordnung der OÖ. Landesregierung vom 19. Dezember 1994 wird dem Österreichischen Roten Kreuz, Landesverband Oberösterreich, für das Jahr 1995 ein Beitrag zu den Kosten des örtlichen Hilfs- und Rettungsdienstes (Rettungsbeitrag) in Höhe von S 2.243.389,11 gewährt. Dieser Betrag ist in zwei gleichen Teilen zu je S 1.121.694,55 am 1. April und am 1. Oktober 1995 auszusahlen. Zu diesem Zweck werden bei der Voranschlagstelle 1/5300/757000.2 S 1.900.000,-- freigegeben und zusätzlich S 343.400,-- als Kreditüberschreitung bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort gemeldet ist Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Wortmeldung ist eher finanzieller Natur. Wir haben uns in unserer Klausurtagung des Stadtsenates zum Budget 1995 ausgemacht, dieses Jahr gibt es keine Kreditüberschreitungen. Ich frage, ob es eine sorgfältige Budgetvorbereitung war, wenn man Ausgaben vorhersehen kann oder wenn man die Vorhersehbarkeit einfordern kann. Wenn man den Amtsbericht durchliest, sieht man, daß es schon jahrelang Probleme gegeben hat mit der Kostendeckung des Rettungsbeitrages. Das heißt, alle Referate, alle politischen Vertreter, alle Beamten, alle, die mit dem Budget irgendwie zu tun haben, haben im Sommer einen Bericht bekommen vom Finanzreferenten, um die Budgetforderungen bzw. -wünsche für 1995 bekanntzugeben. Ich frage: Ist das auch in diesem Fall passiert? Wenn ja, ist da etwas Falsches drinnengestanden bzw. was ist da drinnengestanden? Das einmal zum einen. Dann ist es natürlich ein Problem - aber das nicht in unserer Kompetenz -, wenn das Land erst am 20. Dezember per

Verordnung den Rettungsbeitrag vorlegt, gleichzeitig aber uns vorschreibt, daß wir im Dezember 1994 ein Budget für 1995 machen. Da ersuche ich auch die maßgebenden Herren, bei den jeweiligen Landesregierungsmitgliedern - ich glaube, es ist im Moment nicht so klar, wer welches Ressort hat in der Landesregierung - zu intervenieren, daß auch hier in den Städten ordentlich geplant werden kann. Deshalb stelle ich einen Abänderungsantrag, vorerst nur die 1,9 Millionen Schilling zu bewilligen und auszuzahlen und auf die Reaktion des Landes zu warten. Zum zweiten: Warum ist nicht versucht worden, per Kreditübertragung dieses Manko wettzumachen? Hier ist auch noch keine Erklärung dafür abgegeben worden. Ich ersuche um Aufklärung. Danke. Ich möchte das als Abänderungsantrag behandelt wissen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Als nächster ist der Kollege Holub zu Wort gemeldet.

STADTRAT KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren, wir sind weder formal noch sonst etwas. Ich bin nur leicht verwirrt über die Kurzlebigkeit von Gesprächen. Im letzten Stadtsenat haben wir nämlich haargenau dasselbe gesprochen, und im letzten Stadtsenat habe ich - ich glaube fast wortwörtlich - gesagt, ich bin wohl nicht derjenige, der auftreten muß, um den Finanzreferenten in Schutz zu nehmen. Ich verspüre auch recht wenig Neigung dazu. Aber was wahr ist, soll auch wahr bleiben. Das hat weder mit den Funktionen der Parteien noch mit irgendetwas anderem als zeitlichen Abfolgen zu tun. Dem Amtsbericht war beim Stadtsenat zu entnehmen - und ist auch heute noch zu entnehmen -, wann die Verordnung bzw. der Erlaß der OÖ. Landesregierung in Durchführung des OÖ. Rettungsgesetzes ergangen ist. Dem aufmerksamen Leser ist es unschwer möglich festzustellen, daß zu diesem Zeitpunkt das Budget erstellt war. Wir - diejenigen, die sich erkundigt haben - wissen von der Zahl, die vom Land in die Prognose eingearbeitet war. Es gibt eine Budgetvorschau vom Land. Für diejenigen, die sich überhaupt noch nicht damit befaßt haben, ist das vielleicht eine sehr wichtige Information. Diese Vorschau gibt die voraussichtliche Höhe der Vollzugsverordnung bekannt. Dabei war eine Vorschau, die von der Landesfinanzabteilung angenommen wurde. Im Gespräch mit den Landesregierungsorganen, die für den Vollzug des Rettungsgesetzes zuständig sind, hat sich ergeben, daß das Rote Kreuz einen Finanzierungsnachhang aus den letzten beiden Jahren hat, wogegen die Erfordernisse des Roten Kreuzes durch das Rote Kreuz unterdotiert wurden. Nicht in Steyr, sondern auf der Landesebene. Da kann man jetzt über den Vollzug des Gesetzes nachdenken, ob das Land hier die richtigen Beschlüsse gefaßt hat. Es ist nämlich so - für die, die es wirklich noch nicht wissen und scheinbar ist das noch immer der Fall -, daß das Land vorgibt, mit wieviel Schilling der Gemeindebürger der Gemeinde für die Aufrechterhaltung des Rettungsdienstes zur Kassa bittet. Das gibt das Land mit einer Verordnung vor. Dieser Erlaß, der den Betrag regelt, ist am Jahresende gekommen. Das Budget war erstellt und verhandelt. Es war nicht möglich, das festzustellen. Ich weiß nicht, ob Sie es wirklich nicht glauben, aber wenn Sie wollen, Herr Dr. Pfeil, erzähle ich Ihnen die Geschichte noch fünfmal!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich glaube es!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Zweimal genügt mir schon!

STADTRAT KARL HOLUB:

Es ist wirklich ein Problem, wenn man ganz einfach sagt: „So kann es nicht gehen, weil ich habe es nicht gewußt und damit ist es so!“ Ich glaube, daß ich auf diese Art recht wenig kaufmännisches Verständnis finde. Auch nicht menschliches Verständnis. Ich würde Sie wirklich einladen, das OÖ. Rettungsgesetz zu vollziehen und dem Rettungsbeitrag Ihre Zustimmung zu geben. Es hat nämlich keinen Sinn, da den Aufmüpfigen zu spielen, ein Gesetz ist immerhin einzuhalten und eine Verordnung ebenso. Ob wir wollen oder nicht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Weitere Wortmeldungen gewünscht? Kollege Zagler bitte.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Ich möchte das nicht wiederholen, was der Stadtrat Holub zu meiner Verteidigung bereits gesagt hat. Es gibt nämlich keinen Grund zur Verteidigung, weil der Sachverhalt so ist. Es gibt nur ganz wenige Gemeinden, die diese Erhöhung nicht zahlen müssen. Das heißt, ganz wenige sind es auch nicht, schon weit mehr als 100 Gemeinden, nämlich jene, die den ordentlichen Haushalt nicht decken können. Denn da zahlt das Land über die Ausgleichszahlungen diese Beträge selbst. Gott sein Dank ist Steyr noch nicht in dieser mißlichen Lage und ich hoffe auch, daß wir nicht dorthin kommen. Eines ist auch noch aufzuklären, vielleicht um die Budgeterstellung und den -vollzug transparenter zu machen: Eine solche Erhöhung eines vorgeschriebenen Beitrages ist der klassische Fall einer Kreditüberschreitung und nicht der klassische Fall einer Kreditübertragung, wo durch irgendwelche anderen Zusatzwünsche aus einem Referat heraus sich der Referent eigentlich überlegen müßte, was er von anderen Vorhaben diesbezüglich auf die Seite stellt. Daher ist - glaube ich - auch diese Vorgangsweise dem Sinne der Budgeterstellung und des Budgetvollzuges angebracht. Ich ersuche daher auch - zähneknirschend, weil es Geld kostet - um die Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Eine weitere Wortmeldung, Herr Kollege Schwager bitte.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Es muß einmal vorweg gesagt werden: Keiner wird auch nur in geringster Weise die Verdienste des Roten Kreuzes anzweifeln. Keiner wird auch hier in dem Fall anzweifeln, daß - wenn überhaupt - eine Fehlprognose in der Budgetgestaltung eher gering schuldhaft ist im Sinne des § 42 StGB. Aber ich weiß, daß wir das alles vom Land vorgegeben bekommen. Wenn wir aber schon hier als autonome Gebietskörperschaft

über etwas zu entscheiden haben, was wir zu finanzieren haben, dann bitte, sehr geehrte Damen und Herren, greifen Sie sich doch einmal ans Herz - aber nicht nur symbolisch - und stimmen Sie einmal gegen das, was das Land Ihnen vorgibt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Noch einmal! Holub, die Zweite! Jetzt kommt der Rechtsdisput.

STADTRAT KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren, das ist nicht - wie der Bürgermeister meint - ein Rechtsdisput, sondern wirklich eine ganz einfache, grundsätzliche Sache. Die Gemeinde ist verpflichtet, einen Rettungsdienst aufrechtzuerhalten. Nachdem es die Summe der meisten Gemeinden aus eigener Kraft nicht kann, hat das Land das im Rettungsgesetz so organisiert, daß Verbände und Vereinigungen, die sich mit Rettungsdienst befassen, zu vorgegebenen Tarifen den Rettungsdienst übernehmen dürfen. Nur die Tarife sind vorgegeben, damit nicht ein Konkurrenzkampf am Rücken des Patienten ausbricht. Das ist die menschliche Seite des Ganzen. Ich glaube, daß das Rote Kreuz nur deshalb um so viel billiger - jetzt kommt nämlich die Wahrheit auch noch daher - sein kann, als ein professionelles Unternehmen, das den Rettungsdienst gewerbsmäßig machen würde - sehen wir nach Amerika, dort funktioniert das zum Teil so -, weil es ehrenamtliche Mitglieder hat, die wirklich ehrenamtlich arbeiten! Der Kollege Götz ist ein lebendes Beispiel dafür, Herr Dr. Alphasamer macht auch ehrenamtlich Dienst bei der Rettung. Er ist nicht nur Funktionär, sondern auch ehrenamtlich tätig, ebenso wie der Kollege Götz ehrenamtlich tätig ist. Die bringen ihre Freizeit sehr wohl in den Dienst der Allgemeinheit zum Krankentransport mit ein. Und jeder von uns sollte ihnen eigentlich dafür danke sagen, denn wenn es noch weniger Ehrenamtliche gäbe, dann wären es nicht die hier genannten Beträge, sondern ein Mehrfaches davon. Nicht höher, sondern ein Mehrfaches davon. Die überwiegende Leistung wird noch immer von Ehrenamtlichen getragen. Leider - das sagen alle beim Roten Kreuz - nicht ausreichend, aber immer noch überwiegend, Gott sei Dank. Und ich glaube, es wäre viel besser, vom Gemeinderat aus einen Appell an die Mitbürgerinnen und Mitbürger zu richten, sinnvolle Tätigkeit am Nächsten zu machen und beim Roten Kreuz mitzuarbeiten, als die Budgetkleinigkeiten, die der Sache nicht zuträglich sind, hier zu erörtern. Ich bitte also wirklich, daß da die Hilfe des Menschen vor der Budgetgenauigkeit gehen muß.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Eine weitere Wortmeldung wird mir nicht angezeigt. Schlußwort bitte, Frau Referentin.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich möchte eigentlich nur einen kurzen Satz dazu sagen, und zwar lautet der: Es ist festzustellen, daß für die Stadt Steyr eine rechtliche Verpflichtung zur Entrichtung des Rettungsbeitrages besteht und deren Bekämpfung mangels Rechtswidrigkeit keinerlei Aussicht auf Erfolg zeigt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

So ist es auf den kürzesten Nenner gebracht. Wir kommen nun zur Abstimmung. Aufgrund des § 9 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat sind Abänderungsanträge schriftlich mit einer Unterschrift einzubringen. Da das nicht geschehen ist, ist dieser Antrag als nicht eingebracht anzusehen. Wir stimmen daher nur über den Hauptantrag, der von der Frau Vizebürgermeisterin vorgetragen wurde, ab. Ist jemand gegen den Antrag? Keine Gegenstimme. Stimmenthaltungen? 6 Stimmenthaltungen (F). Wer stimmt für den Antrag? Der Rest. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Nächster Antrag bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Mein letzter Antrag betrifft die Säuglingswäschegutscheine für die Aktion 1995. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

10) JW-16/94 Säuglingswäschegutscheine; Aktion 1995.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Jugendangelegenheiten vom 29. 12. 1994 wird die Aktion „Säuglingswäschegutscheine“ unter Beibehaltung des bisherigen Regulativs und eines Nominalwertes der Gutscheine von S 600,-- pro Stück auch im Jahr 1995 durchgeführt.

Zu diesem Zweck wird bei der VAST. 1/4390/403100.0 ein Betrag von S 200.000,-- freigegeben.

Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wünscht jemand das Wort zu diesem Antrag? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen der Zustimmung zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag, übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich danke der Frau Kollegin Vizebürgermeisterin. Ich würde vorschlagen, daß wir eine Pause von 20 Minuten machen.

Pause von 16.25 - 16.45 Uhr.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Ich darf den Kollegen Eichhübl an das Rednerpult bitten.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme eines Zweckzuschusses zur Förderung von öffentlichen

Personennahverkehrsunternehmen von Seiten des Finanzministeriums ist es erforderlich, die Grundleistung der Stadt auf dieselbe Höhe, nämlich auf S 2.254.275,-- aufzustocken. Daher ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

11) PräS-31/83 Verkehrsbetriebe der Stadtwerke; Zuerkennung einer Grundleistung.

Der Gemeinderat möge beschließen: Mit Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 10. März 1994 wurde als Grundleistung für den Verkehrsbetrieb der Stadtwerke für das laufende Rechnungsjahr 1994 der Betrag von S 1.200.000,-- freigegeben. Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom 15. Dezember 1994 wird nunmehr eine Aufstockung dieser Grundleistung um einen Betrag von S 1.054.275,-- auf insgesamt S 2.254.275,-- genehmigt. Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von S 1.054.275,-- werden bei der VSt. 1/8790/759000.9 freigegeben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Vanek. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Alle Jahre wieder kommt es zur gleichen Diskussion: Wie hoch kann eigentlich der Verlust bei den Bussen sein, daß es für die Stadt noch tragbar ist? Der Kollege Zagler hat das laufend in die Diskussion geworfen. Ich glaube aber, daß diese Frage bei der Diskussion schon falsch gestellt ist. Ich glaube, sie müßte folgendermaßen lauten: Wieviel Autoverkehr ist für die Stadt noch tragbar? Vor einigen Jahren wurden Parkgebühren in der Innenstadt eingeführt. Diese Maßnahme war unter anderem als Lenkungsmaßnahme gedacht, um einen Anreiz zur Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel zu schaffen. Nur glaube ich nach mehr als 2 Jahren sagen zu können, daß das in die Hose gegangen ist. Die Stadt bekommt zwar 11 Millionen Schilling an Parkgebühren, wir haben das heute in der Zeitung lesen können, zieht man die Überwachung und die notwendigen Investitionen noch ab, bleiben für heuer 5 Millionen Schilling über. Nur der öffentliche Verkehr spürt leider nichts von diesen Millionen Schilling, die da überbleiben. Die Leute haben sich zwar jetzt schön langsam an die Parkgebühren gewöhnt, sie zahlen sehr brav dafür, aber fahren trotzdem mit dem Auto in die Stadt. Nur die wenigsten sind wirklich umgestiegen. Es wurden zwar vor kurzem die Tarife für die Busse erhöht, aber bei den Parkgebühren ist leider nichts geschehen. Die Grünen fordern schon seit längerem eine Verdopplung der Parkgebühren, diese Forderung bleibt natürlich wieder aufrecht. Wir meinen, daß es dadurch endlich gelingen könnte, die Leute dazu zu zwingen, auf den öffentlichen Verkehr umzusteigen. Es ist auch eigentlich der Anreiz dafür schon gegeben. Und die Mehreinnahmen, die dadurch entstehen, können bzw. müssen sogar für den öffentlichen Verkehr zur Verfügung gestellt werden. Zu finanzieren wäre eine ganze Menge von Sachen. Wir haben vor einem Dreivierteljahr im Rahmen der Tarifdiskussion einen Diskussionsvorschlag vorgelegt. Ich weiß nicht, ob sich die Kolleginnen und Kollegen an den noch erinnern können. Wir haben unter anderem ein Konzept für Öffentlichkeitsarbeit und eine lesbare Fahrplangestaltung gefordert. Es gibt dann noch die Möglichkeit einer Einführung eines Sammeltaxis, weiters wurde die Verringerung der Parkplätze im Stadtzentrum gefordert usw. Ich glaube, dieses Konzept ist nicht einmal ignoriert worden. Es wird irgendwie so „weitergewurstelt“ wie bisher, geschehen ist leider in diesem Punkt überhaupt nichts. Wenn wir so „weiterwursteln“, glaube ich, daß wir schön langsam in der Innenstadt durch die Autos erstickt werden. Leider wird auch der öffentliche Verkehr erstickt, aber nicht durch das zu viele Kohlendioxyd und -monoxyd, sondern durch zuwenig Geld, es geht ihm die Luft aus.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Weitere Wortmeldungen? Keine. Schlußwort bitte, Herr Kollege.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ja, ganz kurz. Es ist an und für sich erfreulich, daß ich aufgrund der Wortmeldung des Kollegen Vanek die Möglichkeit habe, auf das allgemeine Problem des öffentlichen und des Individualverkehrs einzugehen. Ich bekenne mich selbstverständlich zum öffentlichen Verkehr, habe aber immer wieder betont, daß es nur ein sinnvolles Nebeneinander geben kann und daher die Lasten der Finanzierung gleichmäßig und ausgewogen zugeordnet werden sollen. Wenn man jetzt davon ausgeht, daß der Kollege Vanek gemeint hat, daß das in die Hose gegangen ist - er meint damit die Parkraumbewirtschaftung -, dann müssen wir schon noch darüber reden, ob eine Anhebung - die ja indirekt hinter dieser Wortmeldung gestanden ist - erfolgen soll, in welcher Größenordnung und ob sie auch gerechtfertigt ist. Was mir viel mehr Sorgen macht, ist die Realisierung des OÖ. Verkehrsverbundes. Es sei mir erlaubt, auch ein bißchen abzuschweifen von dem an sich vorliegenden Antrag. Ich mache mir deshalb Sorgen, weil es beinahe stündlich, aber zumindest täglich andere Meldungen gibt. Der letzte Stand der Dinge ist der, daß am Montag zu erfahren war, daß von seiten des Bundes - nämlich des Familienministeriums und des Verkehrsministeriums - bekanntgegeben wurde, daß sie nicht mehr zu den ausgehandelten Verträgen im Zusammenhang mit der Realisierung des OÖ. Verkehrsverbundes stehen, das heißt also, daß sie die 30 %-ige Finanzierung, die angekündigt wurde, nicht übernehmen wollen. Das heißt im Klartext, daß man von den geplanten 800 - 900 Millionen Schilling, die vom Bund für die Realisierung der Verkehrsverbünde bundesländerweit zur Verfügung hätten stehen sollen, nur mehr 500 Millionen Schilling locker machen möchte. Das bedeutet in weitere Folge - nachdem ja die Vorbereitungen entsprechend vorangegangen sind -, daß jetzt - und das ist vorläufig die letzte Meldung - das Land Oberösterreich die Ausfallhaftung für den Bund übernommen hat und den Verkehrsbetrieben auch die Alteinnahmen garantiert, und das ist sehr wichtig. Das heißt also, es wird der Verkehrsverbund tatsächlich kommen, nämlich ab 1. 2. dieses Jahres, allerdings mit der Einschränkung, daß es vorerst nur die Jahreskarte geben wird. Ich glaube es war sehr wichtig, auch Ihnen, meine Damen und Herren, den letzten Stand der Dinge - sofern Sie nicht schon davon wissen - bekanntzugeben. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen der Zustimmung zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag oder übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Der nächste Antrag betrifft die Teilbetriebe Stadtbad und Kunsteisbahn, nämlich die Verlustsätze für 1994, eine Akontozahlung. Aufgrund der bekannt angespannten Liquiditätslage dieser Bereiche wird ersucht, eine Akontozahlung in der Höhe von 9 Millionen Schilling zu leisten. Ich darf darauf hinweisen, daß im Amtsbericht eine vorläufige Jahreserfolgsrechnung 1994 vorliegt. Daraus ist zu ersehen, daß im Stadtbad ein vorläufiger Verlust von S 7.840.000,-- aufscheinen wird. Der tatsächliche Verlust im Jahr 1993 hat S 7.720.448,-- betragen. Die vorläufige Jahreserfolgsabrechnung

1994 für die Kunsteisbahn weist nach, daß in diesem Bereich ein vorläufiger Verlust von S 1.560.000,-- zu erwarten ist, der tatsächliche Verlust 1993 hat S 1.900.304,26 betragen. Ich darf zum Bereich Kunsteisbahn anmerken - ich habe das auch in der Stadtssenatssitzung zum Ausdruck gebracht -, daß man zwar feststellen kann, daß einerseits - und da spielte die Saison 1993/94 bereits mit hinein - ein höherer Besucherandrang zu bemerken war, aber andererseits das nicht eingetreten ist, was Finanzreferent Kollege Zagler angekündigt hat, daß man aufgrund der Überdachung der Kunsteisbahn mit keinen Verlusten in den nächsten Jahren mehr wird rechnen müssen. Das ist nicht der Fall. Es kann auch nicht der Fall sein. Es ist zwar so - nochmals betone ich das -, daß mehr Besucher dorthin kommen, daß aber auf der anderen Seite die Aufwendungen entsprechend ansteigen, ist auch klar. Daher ist das leider nicht eingetreten, was der Kollege Zagler angekündigt hat. Ich darf aber zum Antrag selbst kommen. Der Antrag lautet:

12) Stadtw-1/95 Stadtwerke Steyr - Teilbetriebe Stadtbad und Kunsteisbahn; Verlustersätze 1994; Akontozahlung.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 9. 1. 1995 wird den Stadtwerken Steyr eine Akontozahlung in der Höhe von S 9 Millionen auf die durch die Stadt Steyr zu leistenden Verlustersätze 1994 für die Teilbetriebe Stadtbad und Kunsteisbahn gewährt. Zum genannten Zweck wird der Betrag im Ausmaß von S 9.000.000,-- bei der VSt. 1/8790/759200.5 (Rechnungsjahr 1995) freigegeben.

Herr Bürgermeister, ich darf Sie bitten, die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Herr Kollege Gollatsch bitte.

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, wertres Präsidium! Zu diesen Zahlen ist nichts zu sagen, die sind da, und ich weiß ganz genau, daß es so ein Rechnungsgesetz gibt, wo eine Bilanz zu erstellen ist, die in Gewinn und Verlust abzuschließen ist. Mich stört nur eines: Wenn ich hier lese „Vorläufige Jahreserfolgsrechnung“ und der Jahreserfolg gliedert sich auf in 9,4 Millionen Schilling Minus, kann das bitte schön nicht als Erfolg bezeichnet werden. Und wenn ich dann weitergehe zu den Städtischen Verkehrsbetrieben, habe ich einen Verkehrsbetriebserfolg von minus 30 - 35 Millionen Schilling.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Kollege Spöck bitte.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertres Präsidium, wertre Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Zum vom Kollegen Gollatsch angesprochenen Erfolg: Wenn wir uns die Liquiditätskennzahlen ansehen - für 1993 haben wir sie vom Kontrollamt da -, beträgt die Barliquidität 27 Prozent, die Liquidität zweiten Grades auf

kurze Sicht 87,1 Prozent, die dritten Grades auf lange Sicht 46,9 Prozent. Bei diesen Zahlen wäre in der Privatwirtschaft - so stellt auch das Kontrollamt fest - eine Insolvenz unausweichlich. Das Kontrollamt hat auch dementsprechende Vorschläge gefordert. Einsparungsmöglichkeiten, organisatorische Lösungsvarianten, Zielvorgaben und Zielfindungsalternativen, um nur drei Punkte zu erwähnen. Ich hätte auch noch abschließend eine Frage an den Referenten: Von der Fachabteilung für Kontrolle und Revision wurde auch die Installierung einer EDV-mäßig unterstützten Kosten- und Leistungsrechnung gefordert, um eine Verbesserung der Informationslage für den Entscheidungsträger zu erreichen. Wie weit ist hier der Stand?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Kollege Mundorff bitte.

GEMEINDERAT DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lieber Herr Stadtrat Zagler! Ich möchte Ihnen zwar nicht die von Herrn Vanek zitierte Hose anziehen, aber ich kann mich doch noch sehr genau an die Ausschusssitzung erinnern, als Sie davon ausgingen, mit der Überdachung der Kunsteisbahn aus dem laufenden Betrieb eine ausgeglichene Bilanz zu erreichen. Leider hat diese Jahresabrechnung gezeigt, daß ein großer Teil der Einnahmen eigentlich durch erhöhte Ausgaben weitgehend aufgefressen wurden und das Defizit von 1,9 Millionen im Jahr 1993 nur auf 1,56 Millionen Schilling im Jahr 1994 zurückging. Ich glaube, dies zeigt wieder einmal, daß man mit einer derartigen Argumentation sicherlich der Stadt nicht dient, sondern viel Geld ausgibt. Wirklich ohne Schadenfreude: Schmerzlichen Glückwunsch!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Noch eine Wortmeldung? Nicht mehr. Eine ganz kurze Bemerkung zur Kunsteisbahn, die tut den Blauen immer noch weh. Man kann dazusagen, daß sich hier der Verlust um rund S 400.000,-- verringert hat, daß 20.000 Menschen mehr am Eis waren, daß mehr Schleiftage waren und daß alle Veranstaltungen durchgeführt werden konnten und nicht - so wie früher - bei Schlechtwetter teilweise abgesagt werden mußten. Das wollte ich dazu schon noch bemerken. Und vor allen Dingen hat der Kollege Zagler nie gesagt, daß aus dem Titel dieser Investition absolut kein Verlust mehr resultiert. Eine Reduzierung der Energieaufwendungen wird stattfinden, das hat er angekündigt. Das ist auch geschehen. Wenn Sie sicher sind, daß er etwas anderes gesagt hat, möchte ich das gerne lesen. Suchen Sie mir das bitte bis zum nächsten Mal heraus. Schlußwort bitte, Herr Kollege.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ja, ganz kurz. Kollege Oberst Gollatsch hat den Begriff Erfolgsrechnung zu Recht kritisiert, es ist auch meiner Meinung nach kein Erfolg, wenn man heute unter dem Strich ein Minus nachweisen muß. Bedauerlicherweise ist das so, aber ich kann auch nur sagen, es heißt eben so. Ich weiß nicht, ob es möglich ist, daß man da eine Namensänderung herbeiführen kann. Ich bin durchaus dafür. Der Kollege Spöck hat in seiner Wortmeldung die Jahresbilanz 1993 angesprochen, die vorliegt, aber noch nicht im Gemeinderat behandelt wurde. Du hast vollkommen recht, daß von seiten des Kontrollamtes eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen drinnen sind, unter anderem auch diese

EDV-Unterstützung. Ich darf um Verständnis dafür bitten, wenn ich zum gegebenen Zeitpunkt - nämlich wenn der Jahresabschluß 1993 hier vor diesem Gemeinderat behandelt wird - ausführlich darauf antworten möchte und alle Bereiche mit einbeziehe.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Gegenprobe, Stimmenthaltungen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Der nächste und letzte Antrag betrifft den Neuabschluß eines Erdgasliefervertrages mit der OÖ. Ferngas AG, der notwendig geworden ist. Wie aus dem Amtsbericht zu ersehen ist, ist auf der einen Seite bei Punkt 1) bei den Verhandlungen insofern eine Verbesserung eingetreten, daß die zusätzliche Stundenmenge von 300 m³ einen Mehraufwand aufgrund dieser Verhandlungsergebnisse von S 500.000,-- als Reduktion beinhaltet. Zum zweiten - das ist aber das Bedauerliche und darauf habe ich bereits hingewiesen - hat es eine Leistungsfreiheit bis 31. 12. 1994 von seiten der OÖ. Ferngas gegenüber den Stadtwerken gegeben. Das war eine Sondervereinbarung, und diese Sondervereinbarung kann nicht weiter aufrechterhalten werden, weil eben die OÖ. Ferngas dies ausschließt. Ich darf Ihnen folgenden Antrag vorlesen:

13) Stadtw-2/95 Städtisches Gaswerk; Neuabschluß eines Erdgas- liefervertrages mit einer Laufzeit bis zum Jahre 2014 mit der OÖ. Ferngas AG.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 10. 1. 1995 wird dem Abschluß eines Erdgasliefervertrages mit der OÖ. Ferngas AG für den Zeitraum 1. 1. 1995 bis 31. 12. 2014 zugestimmt. Die Mehraufwendungen im Bereich des Leistungspreises im Ausmaß von rund 4 Millionen Schilling (Erhöhung von 4.200 m³n/h auf 7.400 m³n/h) werden aus der laufenden Gebärung des Teilbetriebes Gaswerk erbracht.

Herr Bürgermeister, ich darf Sie bitten, die Diskussion bzw. Abstimmung über den von mir vorgetragenen Antrag durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Wünscht jemand das Wort zu diesem Antrag? Das ist nicht der Fall. Doch, Entschuldigung. Herr Stadtrat Holub bitte.

STADTRAT KARL HOLUB:

Eigentlich hätte ich erwartet, daß der Kollege Zagler seine Frage stellt. Beziehungsweise wenn er schon weiß, was geschehen ist, dann wäre es nett gewesen, wenn man Antwort bekommen hätte. Damit alle wissen, worum es geht: Kollege Zagler hat in der Stadtsenatssitzung die Frage gestellt, wann denn die Stadt Steyr sich zur Beteiligung an der OÖ. Ferngas angemeldet hätte, wann dieser Antrag auf Beteiligung oder Übernahme eines Kapitalanteiles gestellt wurde und in welchem Gremium er behandelt wurde. Der Hintergrund ist - wie Kollege Zagler richtig bemerkt hatte -, daß Linz und Wels sich sehr wohl an der OÖ. Ferngas beteiligt haben und somit zumindest indirekt an

der Tarifgestaltung teilnehmen können, wo hingegen wir als Nicht-Beteiligter an der Tarifgestaltung auch teilhaben, aber nur am zahlenden Ende, nicht am gestaltenden oder mitbeteiligten Ende. Das ist an sich ein Mordsjammer und gehört in die Reihe der Versäumnisse, die leider Gottes in der Stadt Steyr nicht ganz unselten geworden sind. Darauf sollten wir achten. Jetzt bin ich recht neugierig, was ich als Antwort bekomme. Wir werden dann vergleichen, ob wir dieselbe Information bekommen haben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlußwort bitte. Vielleicht können wir jetzt hören, Herr Kollege, wie das ist.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Es kann sein, daß Du einen anderen Stand der Dinge hast. Dann war es eben nicht mein Schlußwort. Da können wir uns ja darauf einigen. Aber Spaß beiseite. Es ist tatsächlich so, daß diese Frage im Stadtsenat gestellt wurde, als ich diesen Antrag als zuständiger Referent vorgetragen habe. Aber, Kollege Holub, ich kann Dich beruhigen, ich hätte vorgehabt, das auch in meinem Schlußwort zu beantworten. Daher darf ich nun meinen Wissensstand Ihnen allen weitergeben, nicht nur dem Kollegen Holub. Es ist darum gegangen, daß die OÖ. Handelskammer und die Firma Reform und Firma Fritsch Anteile an der OÖ. Ferngas gehabt haben und sich überlegt haben - aus welchen Gründen auch immer -, diese zu veräußern. Da hat es dann folgende Regelung gegeben: Von diesen zur Verfügung stehenden Papieren wurden 50 Prozent von der OKA übernommen, weitere 50 Prozent wurden aufgeteilt zu 2/3 auf die ÖMV, 1/3 auf eine Städtebeteiligungs-gesellschaft - nämlich Linz und Wels - in der Größenordnung von 93 Millionen Schilling. Die Anteile sind nicht an die Börse gegangen und wurden - und das ist mein Informationsstand - der Stadt nicht angeboten. Du hast vollkommen recht, Kollege Holub, es hätte sicherlich bedeutet, daß man zwar nicht einen momentanen Preisvorteil beim Einkauf des Erdgases gehabt hätte, aber doch auf die Preisbildung einwirken hätte können. Allerdings habe ich auch in Erfahrung gebracht, daß vor Jahren - es liegt einige Jahre zurück, um nicht zu sagen Jahrzehnte - der Stadt eine Beteiligung von seiten der OÖ. Ferngas angeboten wurde, aber damals wurde das - von welchen Gremien auch immer - rigoros abgelehnt. Vielleicht war das indirekt der Hintergrund, daß man diesmal nicht mehr an die Stadt herangetreten ist. Das ist mein Wissensstand, den ich Ihnen gerne weitervermittelt habe.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gut. Damit sind die Fragen beantwortet. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Gegenprobe, Stimmenthaltungen? Wird nicht geübt. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich danke dem Kollegen Eichhübl. Nächster Berichterstatter ist Herr Kollege Stadtrat Karl Holub. Ich erteile ihm das Wort.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL HOLUB

Ich bitte den hohen Gemeinderat um wohlwollende Behandlung folgender Anträge:

Zum einen einen Betrag von S 250.000,-- aus ao. Subvention dem Tourismusverband zukommen zu

lassen, wobei in der Budgetklausur vereinbart wurde, das von der Tarifierhöhung bzw. von der Beitragserhöhung, die der Tourismusverband in einer Vollversammlung beschließen muß, abhängig zu machen. Der Antrag lautet:

14) Fin-286/94 Tourismusverband Steyr; Ansuchen um Gewährung einer Förderung.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bürgermeisters vom 13. Dezember 1994 wird dem Tourismusverband Steyr eine einmalige, nicht rückzahlbare, außerordentliche Subvention in Höhe von S 250.000,-- ausbezahlt. Zum genannten Zweck wird eine Kreditübertragung im Ausmaß von S 250.000,-- von der VASSt. 1/7710/728000.6 auf die VASSt. 1/7710/757000.0 bewilligt.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird das Wort gewünscht zu diesem Antrag?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Nur ein Hinweis vom Platz aus: Es handelt sich um eine Kreditübertragung!

STADTRAT KARL HOLUB:

Ja, es handelt es sich um eine Kreditübertrag, und es handelt sich um das Rechnungsjahr 1994. Ich bitte um Nachsicht, daß ich das zu erwähnen vergessen habe. Im Rechnungsjahr 1994 waren die Mittel noch zu finden an der einen, abgebenden Vorschlagsstelle, um auf die Art dem Tourismusverband zu helfen. Ich hätte nur angenommen, daß das noch aus der Budgetklausur in Erinnerung wäre. Aber offensichtlich vergesse nicht nur ich etwas.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gut. Herr Kollege Mundorff hat das Wort.

GEMEINDERAT DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF:

Nur ganz kurz auch ein formaler Hinweis: Ich möchte diesen Amtsbericht zum Anlaß nehmen, zu bemerken, daß es für uns Gemeinderäte, die mit den einzelnen Nummern und Bezeichnungen bei Kreditübertragungen nicht ständig vertraut sind - selbstverständlich könnten wir uns das auch heraussuchen -, eine Erleichterung darstellen würde, wenn man in Zukunft auch verbal beschreiben könnte, von welcher Position zu welcher diese Kreditübertragung erfolgt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wird noch ein Schlußwort gewünscht? Herr Kollege Holub bitte.

STADTRAT KARL HOLUB:

Die Anmerkung des Kollegen Mundorff ist durchaus richtig. Es würde sich auch mit meinen Wünschen decken. Es war leider Gottes nicht möglich, das von der antragstellenden Stelle zu berücksichtigen, und im Grunde genommen war es dann für mich auch nicht so bedeutsam, daß ich es nachgenannt hätte, weil es eben ein von der Budgetklausur bekannter Vorgang war.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke, Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag, übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT KARL HOLUB:

Ich habe mich zu bedanken. Das nächste kommt aus dem Ressort Denkmalpflege und betrifft die Förderung für die Firmen SAT Antriebstechnik zur Errichtung des Hochregallagers und Firma Doleschal zur Restaurierung und Neugestaltung des Betriebsobjektes im Wehrgraben. Der Antrag lautet:

15) Ha-6877/91 Bau5-4339/91

1. SAT-Steyr Antriebstechnik; Errichtung eines Hochregallagers; Förderung des Mehraufwandes für Gestaltungsmaß- nahmen zur Erhaltung des Ortsbildes - 3. Rate.
2. Fa. Doleschal, Schaftgasse 2; Restaurierung und Neugestaltung des Betriebsobjektes; 2. Rate.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes des GB III vom 7. 12. 1994 werden

1. für die Finanzierung des Mehraufwandes zur Endgestaltung des Hochregallagers der SAT-Steyr Antriebstechnik eine dritte und letzte Rate von S 500.000,-- und
2. für die Renovierung und Neugestaltung des Betriebsobjektes der Fa. Doleschal in Steyr, Schaftgasse 2, die 2. Jahresrate in Höhe von S 250.000,-- bei VSt. 5/3630/776000.2 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 47 (5) des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug des Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Zustimmung unter Berücksichtigung der Tatsache, daß der Stadtsenat schon den sofortigen Vollzug beschlossen hat.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Eine Wortmeldung gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir stimmen ab. Wer ist für den Antrag? Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag, übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT KARL HOLUB:

Dem nächsten Antrag hat auch der Stadtsenat den sofortigen Vollzug zugebilligt. Der Antrag lautet:

16) K-1/94 Maßnahmen zur Ortsbildpflege 1994 „Innere Stadt“ und „Ennsdorf“ - „Steyrdorf“ und „Wehrgrabengebiet“.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes des GB III vom 5. Dezember 1994 werden für die Subventionierung von Maßnahmen zur Ortsbildpflege Mittel wie folgt freigegeben:

A) „Innere Stadt“ und „Ennsdorf“:

bei VSt. 5/3630/778000.0

S 110.000,--

bei VSt. 5/3630/778010.9

S 1.270.000,--

B) „Steyrdorf“ und „Wehrgrabengebiet“

bei VSt. 5/3630/778040.6

S 1.126.650,--

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 47 (5) des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug des Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte Sie, diese Beträge freigeben zu wollen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird dazu eine Wortmeldung gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir stimmen ab. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag oder übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT KARL HOLUB:

Damit sind die Zivilgebäude - wenn man es so nennen will - aus dem Jahr 1994 abfinanziert. Die kirchlichen Ensembles in Steyr sind Gegenstand des nächsten Antrages. Der Antrag lautet:

17) K-1/94 Kirchliche Ensembles in Steyr

1. Stiftskirche Gleink - Innen- restaurierung und letzte Rate - Endfinanzierung.
2. Vorstadtpfarrkirche St. Michael; Renovierung der Nordseite.
3. r. k. Pfarramt „Heilige Familie“ Steyr-Tabor; Restaurierung der Werktagskapelle.
4. Errichtung eines Zuganges an der Nordostecke des Friedhofes II.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes des GB III vom 7. 12. 1994 werden für die Subventionierung der Maßnahmen zur Erhaltung der kirchlichen Ensembles von Steyr, und zwar für

1. Stiftskirche Gleink -

Innenrestaurierung

S 1.000.000,--

2. Vorstadtpfarrkirche St. Michael -

Nordseite S 340.000,--

3. r. k. Pfarramt „Heilige Familie“

Steyr-Tabor S 70.000,--

4. Friedhof II - Nordportal

S 180.000,--

bei VSt. 5/3630/777100.9 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 47 (5) des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug des Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte im nachhinein um die entsprechende Sanktionierung des Vollzugsbeschlusses des Stadtsenates.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird dazu eine Wortmeldung gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir stimmen ab. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Das ist nicht der Fall. Übt jemand Stimmenthaltung? Auch nicht. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT KARL HOLUB:

Der nächste Antrag bringt eine Kreditübertragung von S 100.000,-- mit. Diese S 100.000,-- sind - um die Voranschlagsstellen auch verbal zu bezeichnen - bei den Fenstererneuerungs-Voranschlagsstellen übergeblieben und müssen dazu dienen, Mehrkosten bei der Baumeisterarbeit zum Einbau der Lifttüren zu decken. Der Antrag lautet:

18) BauH-134/94 Alten- und Pflegeheim Tabor; Erneuerung der Liftanlage.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes des GB III / FA Hochbau vom 6. 12. 1994 wird der Auftragserhöhung für Baumeisterarbeiten bei der Liftanlage Kollerstraße, Alten- und Pflegeheim Tabor, an die Fa. Hamberger, Steyr, in Höhe von netto S 76.850,80 zugestimmt sowie Mittel für diverse Leistungen in Höhe von netto S 23.150,-- genehmigt.

Zu diesem Zweck werden Mittel in der Höhe von S 100.000,-- von VAST. 5/4200/010000.9 auf VAST. 5/4200/020400.9 durch Kreditübertragung bewilligt und freigegeben.

Ich bitte um Zustimmung. Gott sei Dank ist der Lift jetzt fertig und alle Bewohner und Betreuer im Altenheim haben die schwierige Bauzeit leidlich überstanden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag, übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich danke dem Kollegen Holub für seine Berichterstattung und ersuche ihn, für Herrn Stadtrat Schloßgangl ebenfalls zu berichten.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL HOLUB ANSTELLE VON STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ich bitte den hohen Gemeinderat um nachsichtige Behandlung der folgenden Anträge, weil ich nur der schwache Ersatz und sehr schwach informiert bin über die Details, sollten welche gesucht werden.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wenn ich jetzt böse wäre, würde ich sagen, wir sind sowieso jedesmal nachsichtig.

STADTRAT KARL HOLUB:

Dann bin ich jedesmal unaufmerksam, denn dieser Blickwinkel ist mir bis jetzt verstellt geblieben. Kanalisation Tabor, 2. Bauabschnitt, der Antrag lautet:

19) Bau6-647/88 Kanalisation Tabor; 2. Bauabschnitt, NS A2 und NK N.

Der Gemeinderat möge beschließen: Mit GR-Beschluß vom 3. Juni 1993 wurden für den Kanal Tabor, 2. Bauabschnitt, die Kanalarbeiten mit S 5.085.350,-- netto und die Straßenbauarbeiten mit S 788.538,-- brutto an die Fa. Kanzler, Waldhausen, vergeben. Für die Arbeiten wurden bereits 1993 für den Kanalbau S 4.500.000,-- und für den Straßenbau S 250.000,-- freigegeben.

Aufgrund des vorliegenden Amtsberichtes des GB III / FA Tiefbau vom 1. Dezember 1994 werden nun zur Bezahlung der restlichen Rechnungen für den Kanalbau S 458.000,-- bei VASSt. 5/8110/0050450.4 und für den Straßenbau S 421.000,-- bei VASSt. 5/6120/002080.9 freigegeben. Falls erforderlich, bleibt die Freigabe zusätzlicher Mittel für die noch nicht vorliegende Schlußrechnung einer gesonderten Beschlußfassung vorbehalten.

Ich bitte um Beschlußfassung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wird dazu eine Wortmeldung gewünscht? Ich sehe niemanden. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag oder übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT KARL HOLUB:

Der nächste Antrag lautet:

20) Bau6-6180/75 Kanalisation Ennsleite; Sanierung und Verbesserung des Kanalaltbestandes.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des vorliegenden Amtsberichtes des GB III / FA Tiefbau vom 6. Dezember 1994 wird der Auftragsvergabe von Kanalbauarbeiten an die Fa. Adami für Kanalauswechslungen bei der Kanalisation Ennsleite zu einem Preis von S 196.700,-- excl. USt zugestimmt. Zu diesem Zweck werden Mittel in Höhe von S 196.700,-- bei VASSt. 5/8110/004380.0 freigegeben. Davon S 26.700,-- in Form einer Kreditübertragung aus VASSt. 5/8110/004000.4 (Ausbau weiterer Kanäle) und S 170.000,-- in Form einer Kreditüberschreitung. Die Kreditüberschreitung wird durch Darlehensaufnahme abgedeckt, wobei im OH die VASSt. 1/8110/050010.5 um S 50.000,-- und die VASSt. 1/8110/619020.3 um S 120.000,-- eingeschränkt werden.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wird dazu eine Wortmeldung gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag oder übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT KARL HOLUB:

Der nächste Antrag lautet:

21) Bau3-1756/84 Ausbau der Hausleitnerstraße; Mittelfreigabe für die Schlußrechnung.

Der Gemeinderat möge beschließen: Mit GR-Beschluß vom 26. November 1992 wurden die Straßenbauarbeiten für den Ausbau der Hausleitnerstraße an die Fa. Zwettler zu einem Preis von S 4.760.242,-- vergeben. Die Arbeiten wurden aufgrund von Teilrechnungen bereits mit S 4.399.200,-- akontiert. Aufgrund des vorliegenden Amtsberichtes des GB III vom 13. Jänner 1995 werden für die Bezahlung der Schlußrechnung noch S 309.588,44 benötigt. Zum genannten Zweck werden zu den vorhandenen, bereits freigegebenen Mitteln noch Mittel in Höhe von S 274.000,-- bei VAST. 5/6120/002480.1 für das Rechnungsjahr 1994 freigegeben. Der Entnahme dieses Betrages, und zwar S 200.000,-- aus VAST. 5/6120/002230.0 (Arnthalmweg), S 54.000,-- aus VAST. 5/6120/002020.5 (Ausbau weiterer Straßen), S 20.000,-- aus VAST. 5/6120/002350.6 (Kronbergweg) in Form von Kreditübertragungen wird zugestimmt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wird dazu eine Wortmeldung gewünscht? Frau Kollegin Bauer bitte.

GEMEINDERÄTIN FELICITAS BAUER:

Meine verehrten Damen und Herren! Wie Sie sich alle erinnern können, war ich damals gegen die Auftragsvergabe an die Firma Zwettler, weil sie meiner Meinung nach alles andere als korrekt war. Ich habe damals dagegen gestimmt und werde auch diesmal dagegen stimmen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Schlußwort gewünscht, Herr Kollege?

STADTRAT KARL HOLUB:

Nachdem die Vergaben vom Gemeinderat beschlossen wurden, kann ich mir nicht vorstellen, daß es eine unkorrekte oder deckungslose Vergabe war. Man war damals nicht einstimmig. Ich kann mich schon an die seinerzeitige Debatte mit dem Unternehmer, der den Familiennamen Ihres Bewegungsvorsitzenden trägt, erinnern. Dennoch bitte ich um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir kommen zur Abstimmung über diesen Antrag. Wer gegen den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Eine Gegenstimme (F). Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Wer stimmt für den Antrag? Der Rest. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

STADTRAT KARL HOLUB:

Die Baumaßnahmen in der Christkindlsiedlung befassen uns im nächsten Antrag. Es geht um Vergabe von Nachträgen, die sich im Laufe der Bauarbeiten ergeben haben und um die Mittelvergabe für das Finanzjahr 1995. Der Antrag lautet:

22) Bau3-27/93 Bau6-28/93 Baumaßnahmen Christkindlsiedlung; Vergabe von Nachträgen.

Der Gemeinderat möge beschließen: Mit GR-Beschluß vom 16. September 1993 wurde der ARGE Kanal Christkindlsiedlung der Auftrag für die Errichtung der Kanalisation Christkindlsiedlung sowie die damit verbundenen Straßenbau- und Beleuchtungsarbeiten zum Preis von S 35.447.868,18 erteilt.

Aufgrund des vorliegenden Amtsberichtes des GB III / FA Tiefbau vom 2. Jänner 1995 werden nunmehr für das laufende Finanzjahr 1995 die Bauquoten für den:

1. Kanalbau

in Höhe von S 15.000.000,-- excl. MWSt. bei der VAST. 5/8110/050200.3 (Kanal Christkindlsiedlung) sowie

2. Straßenbau

in Höhe von S 1.700.000,-- incl. MWSt. bei VAST. 5/6120/002220.1 (Straßenbau Christkindlsiedlung) freigegeben.

Gleichzeitig werden die Nachtrags- bzw. Austauschangebote Nr. 1 - 3 im Kanalbau in Höhe von S 666.390,09 excl. MWSt. und Nr. 3 im Straßenbau in Höhe von S 389.718,07 incl. MWSt. der ARGE Kanal Christkindlsiedlung genehmigt und vergeben.

Weiters wird der Vergabe des Auftrages an die Stadtwerke Steyr zur Herstellung von Wasserleitungs-provisorien in der Wegererstraße in Höhe von S 17.619,17 excl. MWSt. nachträglich zugestimmt.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wünscht jemand zu debattieren? Das ist nicht der Fall. Wir stimmen ab. Wer für den Antrag ist, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag oder übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT KARL HOLUB:

Das war ganz ungewohnt für einen kleinen Referenten, soviel Geld beantragen zu dürfen. Die nächsten Beträge sind schon eher in der Größenordnung, die ich gewohnt bin. Der Antrag lautet:

23) Bau6-4080/92 Kanalisation Christkindl- Unterhimmel; Ausschreibungs- unterlagen nach LB-SW; Schlußrechnung.

Der Gemeinderat möge beschließen: Mit Stadtsenatsbeschluß vom 27. August 1992 wurde der Auftrag zur Erstellung eines Kanaldetailprojektes für die Kanalisation Christkindl-Unterhimmel an das Zivilingenieurbüro Brunner, Steyr, zum Preis von S 241.184,-- excl. MWSt. erteilt. Aufgrund des Amtsberichtes des GB III vom 3. Jänner 1995 wird nunmehr der Auftrag zur Anpassung der Ausschreibungsunterlagen „Kanalisation Christkindl-Unterhimmel“ als Folgeauftrag an das Zivilingenieurbüro Dipl.-Ing. Brunner, 4400 Steyr, Buchholzerstraße 55, in Höhe von S 44.902,-- excl. MWSt. vergeben. Zum genannten Zweck sowie zur Begleichung der Schlußrechnung werden bei der VAST. 5/8110/004150.7 (Kanal Unterhimmel-Christkindl) Mittel in Höhe von S 56.000,-- excl. MWSt. im Wege einer Kreditübertragung in Höhe von S 45.000,-- excl. MWSt. von der VAST. 5/8110/728000.9 (Entgelt für sonstige Leistungen) und S 11.000,-- excl. MWSt. von der VAST. 5/8110/050210.2 (Kanal Münchenholz) noch für das Rechnungsjahr 1994 freigegeben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wird dazu eine Wortmeldung gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir stimmen ab. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag oder übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT KARL HOLUB:

Die Kanalisation Innenstadt ist unser nächster Tagesordnungspunkt. Der Antrag lautet:

24) Bau6-4640/92 Errichtung Kanalisation Innenstadt; Erstellung Kanaldetailprojekt.

Der Gemeinderat möge beschließen: Im Zusammenhang mit dem Projekt Innenstadt wurde mit Stadtsenatsbeschluß vom 26. März 1993 der Auftrag zur Erstellung eines Detailprojektes für die Regententlastung und den Entlastungskanal Stadtplatz-Kaigasse zum Preis von S 93.000,-- excl. MWSt an das Zivilingenieurbüro Spirk/Haslinger, Steyr, vergeben.

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III vom 3. Jänner 1995 wird nunmehr der Auftrag zur Erstellung der notwendigen Detailprojektsunterlagen „Kanalisation Innenstadt“ als Folgeauftrag zum Projekt Regententlastung Kaigasse an das Zivilingenieurbüro Spirk/Haslinger, 4400 Steyr, Stefan-Fadingerring 11, in Höhe von S 390.000,-- excl. MWSt. vergeben. Die erforderlichen Mittel werden in Höhe von S 250.000,-- excl. MWSt bei VAST. 5/8110/004170.5 (Kan. Stadtplatz - Innenstadt) und im Wege einer Kreditübertragung in Höhe von S 50.000,-- excl. MWSt von der VAST. 5/8110/050390.2 (Kanal Schlüsselhof), S 50.000,-- excl. MWSt. von der VAST. 5/8110/050410.8 (Kanal Weinzierl) und S 40.000,-- excl. MWSt von der VAST. 5/8110/050210.2 (Kanal Münchenholz) zur VAST. 5/8110/004170.5 (Kanal Stadtplatz - Innenstadt) noch im Rechnungsjahr 1994 freigegeben.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, daher kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag, übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT KARL HOLUB:

Die Angelegenheit, die uns als nächste bewegen wird, ist die Änderung des Bebauungsplanes Nr. 46, und zwar die fünfte Änderung im Gebiet Ennserstraße. Es betrifft das Areal rund um die Tischlerei Ecker, das entgegen den ursprünglichen Absichten nunmehr nach Verfahren in der Form, daß eine Wohnparzelle und der Rest Betriebsgelände ist, geschaffen werden soll. Der Antrag lautet:

25) BauGru-68/94 Änderung des Bebauungs- planes Nr. 46 - Änderung Nr. 5 - Ennser Straße.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Gegenständliche Änderung des Bebauungsplanes Nr. 46 - Änderung Nr. 5 - Ennser Straße - wird entsprechend den Plänen des GB III für Bauangelegenheiten vom 11. April 1994 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der FA Baurechtsangelegenheiten vom 22. November 1994 beschlossen.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag, übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT KARL HOLUB:

Am 16. 9. 1993 hat der Gemeinderat die Aufschließung der Sandmayr-Gründe beschlossen und auch ein Aufschließungsübereinkommen darüber abgeschlossen. Es soll nunmehr ein Restbetrag von S 1.300.000,-- im Quartal 1995 fällig gestellt und auch freigegeben werden. Der Antrag lautet:

26) Ha-6604/92 Dipl.-Ing. Hermann Proyer; Aufschließung Sandmayr- Gründe; Restzahlung.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes des GB III / FA Tiefbau vom 3. 1. 1995 wird für die Aufschließung der so genannten Sandmayr-Gründe, entsprechend dem vorliegenden Übereinkommen mit Hrn. Dipl.-Ing. Hermann Proyer, der Restbetrag von S 1.300.000,-- im ersten Quartal 1995 fällig. Die Auszahlung dieses Betrages erfolgt nach Überprüfung der vorliegenden Rechnungen in mindestens doppelter Höhe durch den Bauherrn. Zum genannten Zweck werden Mittel in Höhe von S 1.300.000,-- bei VSt. 5/6120/002210.2 freigegeben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wird dazu eine Wortmeldung gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen der Zustimmung zu geben.

Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag, übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT KARL HOLUB:

Viel Freude hätte ich dabei, wenn mir den nächsten Antrag jemand abnehmen könnte. In Entsprechung des Kooperationsvertrages Industriepark Hinterberg wurden die Aufschließungskosten abgerechnet. Wie wir der Sachverhaltsdarstellung entnehmen können, bleibt letztendlich - auch das noch - ein Guthaben für die Z-GEMINI-Leasing GesmbH über, das wir rückerstatten müssen. Ich muß Ihnen mit großem inneren Verdruß den Antrag stellen, dieser Rückerstattung zuzustimmen, weil eben Verträge einzuhalten sind. Der Antrag lautet:

27) Ha-7649/89 Kooperationsvertrag „Industrie- park Hinterberg“; Abrechnung der Aufschließungskosten.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 12. Januar 1995 wird, im Zusammenhang mit dem Kooperationsvertrag „Industriepark Hinterberg“, der Rücküberweisung der zuviel bezahlten Aufschließungskosten samt Zinsen im Gesamtbetrag von S 1.099.703,70 (incl. MWSt) an die Z-Leasing GEMINI Immobilien Leasing GesmbH zugestimmt. Zu diesem Zweck werden Mittel in der Höhe von S 1.100.000,-- für das Rechnungsjahr 1995 freigegeben.

Ich bitte Sie um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Zu Wort gemeldet ist der Kollege Pfeil, ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir werden diese Beträge zähneknirschend lockermachen müssen, aber ich frage den Herrn Bürgermeister, der für Stadtentwicklung zuständig ist: Welche Betriebe werden sich in der nächsten Zeit dort ansiedeln außer der Geschützten Werkstätte?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, das ist eine schwierige Frage. Es gibt zwei mir bekannte Unternehmen, die derzeit in Verhandlungen mit der Euro-Leasing betreffs der Betriebsansiedlung sind. An sich ist es natürlich so, daß ich nach wie vor sehr froh darüber bin, daß wir diese Gründe haben. Hätten wir sie nicht, könnten wir überhaupt nicht erwarten, daß Betriebe angesiedelt werden können. Ich muß auch sagen, daß die Beträge, die für den Quadratmeter verlangt werden, für voll aufgeschlossene Gründe eigentlich sehr günstig sind. Mit einer Industriewidmung, voll aufgeschlossen mit Gleisanschluß, mit - in Bälde - Bundesstraßenanschluß, mit allen Energieformen, muß ich sagen, da wird man wohl sehr weit laufen müssen, um so ein Grundstück um S 720,-- pro Quadratmeter zu bekommen. Wir haben unseren Teil dazu geleistet. Er war nicht billig, aber wir haben 43.000 Quadratmeter Betriebsansiedlungsgrund dort in diesem Bereich, und es ist dort auch allerbeste Widmung

vorhanden.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Es fehlt der Kunde!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sie sind gerne eingeladen. Ich laufe herum, daß ich mir schon die Absätze abgelaufen habe. Es ist ja nicht so einfach, in einer Rezessionsphase Betriebe anzusiedeln. Eine weitere Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Schlußwort bitte, Herr Referent.

STADTRAT KARL HOLUB:

Der Antrag, meine Damen und Herren, ist das lebende Beispiel dafür, daß Sparsamkeit nicht immer billig sein muß. Hätte der Gemeinderat in den Jahren, als der grundsätzliche Beschluß gefaßt wurde, den Mut gehabt, das Grundstück selbst zu erwerben, dann hätten wir uns viele Debatten um die Tauschgeschäfte mit der Geschützten Werkstätte erspart und auch diese Rückerstattung. In Summe - bei der Kaufpreissteigerung, die wir schon rückerstatten mußten und der Verzinsungsabgeltung, die wir an die Grundstücksleasingfirma rückerstatten mußten - wäre es nicht unklug gewesen, aber im Nachhinein klüger zu sein, ist nicht schwer. Ich bitte Sie auch unter diesem Blickwinkel, daß der Vertrag wirklich zu erfüllen ist, um die Zustimmung zu dem Antrag. Ich möchte aber wirklich sagen, daß man genau unter diesem Gesichtspunkt auch die eine oder andere Grundtransaktion, an der sich die Stadt beteiligt hat, sehen muß. Man mußte aus dem Vorgang rund um das Gelände hinter dem Gußwerk II durchaus auch lernen und hat das auch getan. Man hat dabei viel Geld in die Hand genommen und sich dabei finanziellen Spielraum genommen, aber man hat den Fehler vermieden, daß man andere kaufen läßt und das dann aus der Verwertung mittragen muß. Ich glaube, gerade an diesem Beispiel läßt sich die Richtigkeit der großen Inverstitionen rechtfertigen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wir stimmen ab. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen der Zustimmung zu geben. Danke sehr. Gegenprobe, Stimmenthaltung. Wird nicht geübt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT KARL HOLUB: Einen habe ich noch, er lautet:

28) Wa-2/95 Wiederherstellung der Wehr- anlage bei der Zeugstätte II.

Der Gemeinderat möge beschließen: Gemäß dem Vorlagebericht des GB III / FA Tiefbau vom 12. Jänner 1995 wird der Vergabe von Reparaturarbeiten an der Wehranlage bei der Zeugstätte II durch den städt. Wirtschaftshof sowie der Mittelfreigabe für die erfolgten Arbeitsleistungen im Finanzjahr 1994 bei VASSt. 5/6320/619000.8 zugestimmt. Weiters wird den Kreditübertragungen in Höhe von S 60.000,-- von VASSt. 5/6121/002210.0 und S 12.600,-- von VASSt. 5/6121/002790.1 jeweils auf

VASSt. 5/6320/619000.8 zugestimmt.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wünscht jemand zu diesem Antrag das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag, übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig beschlossen. Ich danke dem Kollegen Holub für seine umfangreichen Ausführungen. Nächster Berichterstatter ist Herr Stadtrat Ing. Spanring.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Gegenstand meines ersten Antrages ist die Übernahme von Haftungen für die Bauabschnitte 11 und 13 des RHV Steyr und Umgebung. Um eine erfolgreiche Bewirtschaftung unserer Kanalanlagen zu erreichen und zu gewährleisten, ist im Bauabschnitt 11 die Errichtung eines Fernwirksystems erforderlich. Der Bauabschnitt 13 beinhaltet Anschluß Kanal Dietach - Wolfers. Es ist eine Förderung des Bundesministeriums für Umwelt und Jugend zugesagt, dazu ist eine Übernahme von Haftungen für die Bauabschnitte 11 und 13 notwendig. Der Antrag lautet:

29) Fin-5/95 Übernahme von Haftungen für die Bauabschnitte 11 und 13 des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 11. Januar 1995 wird der Übernahme der Haftung durch die Stadt Steyr für die Förderung des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie an den RHV Steyr und Umgebung für den Bauabschnitt 11 in der Höhe von S 1.249.765,44 und für den Bauabschnitt 13 mit einem Betrag von S 8.933.601,60 - vorbehaltlich der hierzu erforderlichen aufsichtsbehördlichen Genehmigung - zugestimmt.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Ich mache aufmerksam, daß für diesen Beschluß eine 2/3-Mehrheit erforderlich ist. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen der Zustimmung zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag, übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Nächster Antrag bitte.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Mein zweiter Antrag beinhaltet die Akontozahlungen an den RHV Steyr und Umgebung für das Finanzjahr 1995. Der Antrag lautet:

30) Fin-293/94 Akontozahlungen an den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung für das Finanzjahr 1995.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches II vom 30. Dezember 1994 wird den vierteljährlichen Akontozahlungen in Höhe von S 3.233.000,--, also insgesamt S 12.932.000,--, an den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung für den Mitgliedsbeitrag 1995 zugestimmt. Die Zahlungen erfolgen jeweils bis spätestens 5. Februar, 5. Mai, 5. August und 5. November. Zu diesem Zweck wird die Freigabe eines Betrages in Höhe von S 12.932.000,-- bei der VAST. 1/8110/774000.1 für das Rechnungsjahr 1995 genehmigt.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird dazu das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag oder übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig beschlossen. Ich danke dem Kollegen Spanring und ersuche nunmehr den Kollegen Stadtrat Tatzreiter um seine Anträge und übergebe den Vorsitz an die Kollegin Mach.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz.

BERICHTERSTATTERSTADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, sehr geehrtes Präsidium! In meinem ersten Antrag geht es um den Hausverwaltungsvertrag der Stadt Steyr mit der GWG der Stadt Steyr. Der Antrag lautet:

31) ÖAG-4/94 Hausverwaltungsvertrag Stadt Steyr - GWG der Stadt Steyr GesmbH; Änderung.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 13. Dezember 1994 wird der Änderung des zwischen der Stadt Steyr und der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, Gesellschaft mit beschränkter Haftung am 13. Juni 1994 abgeschlossenen Verwaltungsvertrages über die Verwaltung der im Eigentum der Stadt stehenden Wohnhäuser in der Form zugestimmt, daß die im Punkt VII. 2. Absatz des Verwaltungsvertrages geregelte Refundierung der Kosten für die Bedienstete VB Vollnhöfer bzw. eines möglichen Nachfolgers oder einer möglichen Nachfolgerin ersatzlos gestrichen wird. Diese Regelung tritt rückwirkend mit 1. 1. 1994 in Kraft.

Ich ersuche daher um Zustimmung, diese Refundierung aufzuheben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr Gemeinderat Spöck bitte.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Bei diesem Antrag handelt es sich in meinen Augen um einen Geldbeschaffungsantrag. Aufgrund der schlechten finanziellen Situation der Stadt wird versucht, Geld zu bekommen, wo es nur geht. In diesem Fall zu Lasten der GWG. Da jedoch die Mieter - wie wir im Aufsichtsrat gehört haben - nicht zusätzlich belastet werden, werde ich die Zustimmung geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wird ein Schlußwort gewünscht? Bitte, Herr Referent.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Ich kann dem nur beipflichten im Zusammenhang mit unserer wirtschaftlichen Situation insgesamt, aber die GWG hat damals zu Recht diesen Vertrag aufgrund der Anzahl dieser stadteigenen Wohnungen abgeschlossen, er wurde hier im Gemeinderat beschlossen, und man ist derzeit natürlich veranlaßt, eine Rückgängigkeit dieses Vertrages zumindest einmal auf eine gewisse Zeit festzulegen. Ich bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wer für den Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke sehr. Gegenstimmen, Stimmenthaltungen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Im nächsten Antrag geht es um den Ankauf von Fahrzeugen der Freiwilligen Feuerwehr. Der Antrag lautet:

32) Fin-3/95 Ankauf von Fahrzeugen für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr; Rückzahlung der Vorfinanzierung an den Sparkassenfonds Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 11. Januar 1995 wird der Rückführung eines Vorfinanzierungsbetrages in der Höhe von S 2.200.000,-- an den Sparkassenfonds Steyr zugestimmt. Zu diesem Zweck werden bei VAS. 5/1630/774000.6 Mittel in der Höhe von S 2.200.000,-- für das Rechnungsjahr 1994 freigegeben.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke sehr. Wünscht jemand das Wort? Herr Gemeinderat Spöck bitte.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! 2,2 Millionen Schilling gehen wieder an den Sparkassenfonds zurück. Aufgrund des Gemeinderatsbeschlusses vom 31. Jänner 1991 wurde ja einer Verschmelzung der Anteilsverwaltung Sparkasse Steyr als übertragende Sparkasse mit der Anteilsverwaltung Zentralsparkasse Wien als übernehmende Kasse zugestimmt. Das heißt, 230 Millionen Schilling wurden den Haftungsgemeinden als Barzahlungen zur Verfügung gestellt, insgesamt der Stadt Steyr 73,7 Prozent. Die Verwendung dieser Gelder war und ist nicht nur vom Gesetzgeber, der die Liquidationserlöse der Sparkasse ausdrücklich bestimmten Zwecken zuschreibt, vorgeschrieben, es gibt auch eine Zweckbindung seitens des Gemeinderates. Ich möchte bei dieser Gelegenheit vom Finanzreferenten den Stand der Sparkassenmillionen des Fonds wissen, und vielleicht wäre es auch ganz interessant für den Gemeinderat - da ja eine Zweckbindung vorliegt -, eine Aufstellung vom Finanzreferenten zu bekommen, wohin bisher die Millionen hingeflossen sind.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu noch jemand das Wort? Herr Finanzreferent Zagler bitte.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Die Frage ist an mich gegangen. Der Willi erwischt mich am falschen Fuß, um im Fußballerjargon zu sprechen. Ich habe mir heute bei meinen Unterlagen gedacht, daß ich das heute nicht brauche und deshalb diese Aufstellung über alle bisherigen Verwendungen nicht da. Ich würde aber den Kollegen Lemmerer bitten, uns das aus den Protokollen zu organisieren. Wenn wir dann über die Darlehen reden, werde ich gerne darüber berichten. Der Stand ist etwa 50 - 54 Millionen Schilling.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wird ein Schlußwort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke sehr. Stimmenthaltungen, Gegenstimmen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Im nächsten Antrag geht es leider um eine notwendige Erweiterung bzw. Ergänzungsarbeiten in der Dachinstandsetzung unserer Volkshochschule in der Stelzhamerstraße 11. Der Antrag lautet:

33) GHJ2-21/94 Dachinstandsetzung VHS Stelzhamerstraße 11.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 29. 12. 1994 wird der nachträglichen Auftragsvergabe bzw. Auftragserweiterung für die Dachinstandsetzung der VHS Stelzhamerstraße11 zugestimmt.

1. Nachträgliche Auftragsvergabe:

Blitzschutzerneuerung

Fa. Lamplmayr, Steyr

S 48.098,47 incl. USt

2. Auftragserweiterung

Spengler- und Dachdeckerarbeiten

Fa. Vratny, Steyr

S 48.873,39 incl. USt

Gesamterf. S 96.971,86 incl. USt

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von S 97.000,-- bei der VSt. 5/2700/010000.0 freigegeben. Infolge Dringlichkeit (Abschluß des Finanzjahres 1994) wird der Magistrat der Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Niemand. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke sehr. Gegenstimmen, Stimmenthaltungen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Im nächsten Antrag geht es um ein Bauvorhaben, und zwar Wohnhausanlagen im Bereich Sebekstraße. Der Antrag lautet:

34) Ha-5369/92 Wohnungsanlagen GesmbH Linz; Bauvorhaben Steyr IX; Zahlung des Annuitätenzuschusses; erste Rate.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 10. Januar 1995 wird zur Zahlung der ersten Rate des Annuitätenzuschusses 1995 für das Bauvorhaben Steyr IX, Sebekstraße, der Wohnungsanlagen GesmbH Linz bei der VSt. 5/4800/777010.8, Rechnungsjahr 1995, der Betrag von S 1.015.000,-- freigegeben. Von der 10%igen Kreditsperre für Subventionen wird aufgrund der vertraglichen

Verpflichtung der Stadt Abstand genommen.

Ich bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke sehr. Ist jemand dagegegen, übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Nächster Punkt bitte.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Im nächsten Antrag geht es um eine Errichtung von 26 Mietwohnungen in der Wagnerstraße 2 und 4 im ehemaligen Hotel Münchenholz. Der Antrag lautet:

35) Bau5-3267/92 Errichtung von 26 Mietwohnun- gen in Steyr, Wagnerstraße 2, 4 (ehem. Hotel Münchenholz); Aufnahme eines Wohnbau- förderungsdarlehens vom Land OÖ; Annahme.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes des GB III / FA Hochbau vom 3. 1. 1995 wird der Aufnahme eines Wohnbauförderungsdarlehens in Höhe von S 15.855.400,-- vom Land OÖ. im Zusammenhang mit der Errichtung von 26 Mietwohnungen im ehem. Hotel Münchenholz zugestimmt. Zur Sicherstellung des Darlehens wird der Einräumung folgender Rechte und Pflichten ob der EZ 164, KG Hinterberg, zugunsten des Landes OÖ. zugestimmt.

1. ein Pfandrecht für die Darlehensforderung von S 15.855.400,-- samt 3 % Zinsen, 15 % Verzugs- und Zinseszinsen sowie für die Nebengebührenkaution im Höchstbetrag von S 1.585.540,--,
2. die Beschränkung des Eigentumsrechtes durch ein Veräußerungsverbot gem. § 28 Abs. 2 OÖ. Wohnbauförderungsgesetz 1993 - OÖ. WFG 1993, LGBl. Nr. 6, und
3. die Verpflichtung des/der Eigentümer(s)/Miteigentümer(s)/Bau-berechtigten, alle im Range vorangehenden Pfandrechte im Falle gänzlicher oder teilweiser Tilgung der ihnen zugrundeliegenden Forderungen vorbehaltlos löschen zu lassen (§ 469 a ABGB).

Ich bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke sehr. Gegenstimmen, Stimmenthaltungen? Keine. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Danke, nächster Punkt.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Mein letzter Antrag lautet:

36) Ha-4371/89 Styria Gemeinnützige Steyrer Wohn- und Siedlungsgenossenschaft; Bebauung Ebner- Gründe; Zuschuß der Stadt.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 12. Januar 1995 wird zur Auszahlung des zweiten Teilbetrages zur Förderung der Bebauung der sogenannten „Ebner-Gründe“ in Steyr, Wehrgrabengasse, an die Styria Gemeinnützige Steyrer Wohn- und Siedlungsgenossenschaft, 4400 Steyr, Preuenhueberstraße 3, ein Betrag in Höhe von S 630.000,-- bei der VAST. 5/4800/777010.8, Rechnungsjahr 1995, freigegeben. Von der Anwendung der 10%igen Kreditsperre für Subventionen wird aufgrund der bestehenden vertraglichen Verpflichtung Abstand genommen.

Ich bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke sehr. Gegenstimmen, Stimmenthaltungen? Keine. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Ich danke dem Stadtrat Tatzreiter. Der nächste Berichterstatter ist Herr Stadtrat Dkfm. Zagler.

BERICHTERSTATTER DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Geschätzte Damen und Herren! Der erste Punkt ist vom Volumen her ein besonders bedeutsamer, es geht nämlich um die Darlehensaufnahme in Höhe von 157 Millionen Schilling, die nach eingehender Vorarbeit durch die zuständige Fachabteilung, den Geschäftsbereich II, vorgeschlagen wurde. Entsprechend den Vereinbarungen bei den Budgetklausurtagungen wurde Wert darauf gelegt, daß die Fristenkongruenz der neu aufzunehmenden Darlehen mit den Abschreibungsintervallen der finanzierten Investitionen deckungsgleich gemacht werden sollten. Das bedeutet, daß ein Teil dieser aufzunehmenden Darlehen eine Laufzeit von 20 Jahren aufweisen soll, und zwar beträgt dieser Teil 90 Millionen Schilling des Gesamtvolumens von 157 Millionen Schilling. Die restlichen 67 Millionen Schilling sollen in 10-jährige Laufzeiten eingeteilt werden. Es ging jetzt nicht nur darum, Bestkonditionen bei den Kreditinstituten, die sich ja in hoher Liquiditätslage befinden, zu erhalten. Sondern es ging auch darum, eine Mischung verschiedener Vertragsformen zu bringen, die uns in die Möglichkeit versetzt, Entwicklungen auf den Zinsenmärkten der Zukunft berücksichtigen zu können. Es soll auch eine Mischung geben zwischen variabler Verzinsung einerseits und Fixverzinsung andererseits. Deswegen geht der Geschäftsbereich II davon aus - und der Stadtsenat hat das auch einstimmig beschlossen -, daß bei der Österreichischen Postsparkasse in Wien 20 Millionen Schilling mit 10 Jahren Laufzeit und 60 Millionen Schilling mit 20 Jahren Laufzeit aufgenommen werden sollen, und zwar mit einer Bindung an den 6-Monats-VIBOR, das ist die **Vienna InterBank Offered Rate**, also jener Kreditsatz, unter dem sich die Banken am Bankplatz Wien 6-Monats-Geld borgen. Er liegt heute laut Veröffentlichung bei etwa 5,3 %, was eine augenblickliche Verzinsung von 5,25 % bedeutet. Das kann sich aber mit der Änderung des VIBOR variabel verändern. Der nächste Vorschlag soll ein Darlehen der Raiffeisenbank Garsten-Steyr gemeinsam mit der Raiffeisenbank Ternberg sein. Es geht hier darum, daß für 1995 und 1996 Fixkonditionen vereinbart wurden, und zwar 6 % fix, für 1996 6,25 % fix, in den Jahren 1997/98/99 die Bindung an die Sekundärmarkttrendite für Anleihen im weiteren Sinn exakt gerechnet. Und dann, ab dem Jahr 2000, die SMR plus 0,1 %. Die Sekundärmarkttrendite liegt im Augenblick bei etwa 7,3 %. Und schließlich der 3. Teil, der Restbetrag auf die 157 Millionen Schilling in der Höhe von 37 Millionen soll in einer

Laufzeit von 10 Jahren fix zu 7,5 % bei der Österr. Kommunalkredit AG aufgenommen werden. In den Budgetverhandlungen wurde auch betont, daß die Stadt Steyr bei der Darlehensgestion Interesse haben soll, die Möglichkeit zu haben, zinsen- und rückzahlungsfreie Zeiten zu haben. Es war vorgeschlagen, bereits in diesem Jahr Darlehen rückzahlungsfrei zu stellen. Es wurde aber in den Verhandlungen mit den Kreditinstituten - und ich habe schon vor der jetzigen Abstimmung, aber sozusagen noch unter Obhut, die Unterschrift unter die Darlehensverträge gesetzt - ausverhandelt, daß bis zu 4 Halbjahresraten, also insgesamt 2 Jahre faktisch eine Darlehensrückzahlung und eine Zinsrückzahlung unterbleiben kann, die dann im Anschluß an die Darlehensfrist angehängt werden kann. Es kann auch durchaus schneller zurückgezahlt werden, sollten wieder einmal entsprechende Zeiten kommen, seelige Zeiten wie jene, als die großen BMW-Gewerbesteuerzahlungen waren, oder jene, als wir die Sparkassenerlöse zur Verfügung hatten. Da könnten wir durchaus rascher zurückzahlen, um so wieder Spielraum für eine weitere Zeit zu gewinnen. Ich glaube, diese flexible Möglichkeit, daß es in unserer Option als Gemeinde liegt, die Zahlungen aussetzen zu dürfen, ist der Regelung, das fix heuer zu machen, vorzuziehen. Vor allem dann, wenn sich die Liquiditätslage der Stadt nicht so verschlechtert, daß wir heuer schon einen Zugriff machen müssen. Bei seriösem Studium dieses wirklich umfangreichen Programmpaketes kann man zu der Auffassung kommen, daß der Markt wirklich ausgereizt und ausgelotet wurde. Ich habe im Stadtsenat dem Herrn Mag. Lemmerer für diese Leistung schon herzlich gedankt, ich möchte das auch hier noch einmal machen. Er ist einer von jenen, die das Wissen, das sie sich in der Zeit, als sie noch nicht beim Magistrat waren, erworben haben, für uns - für die Stadt - in vollem Umfang weitergeben. Der entsprechende Antrag lautet:

37) Fin-230/94 Darlehensaufnahme für das Rechnungsjahr 1994.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen wird einer Darlehensaufnahme in der Höhe von insgesamt S 157.000.000,-- bei folgenden Institutionen, mit den angeführten Teilbeträgen und den dargelegten Konditionen und Laufzeiten zugestimmt:

1. Bei der Österreichischen Postsparkasse Wien:

Kondition: Bindung an den 6-Monats-VIBOR mit einem Aufschlag von 0,25 %

Betrag und Laufzeit: S 20.000.000,-- mit einer Laufzeit von 10 Jahren, S 60.000.000,-- mit einer Laufzeit von 20 Jahren.

2. Bei der Raiffeisenbank Garsten-Steyr (konsortial mit der Raiffeisenbank Ternberg):

Kondition: 1995: 6 % fix, 1996: 6,25 % fix, 1997, 1998 und 1999: Bindung an die SMR ohne Aufschlag, Restlaufzeit: Bindung an die SMR mit einem Aufschlag von 0,1 %

Betrag und Laufzeit: S 10.000.000,-- mit einer Laufzeit von 10 Jahren, S 30.000.000,-- mit einer Laufzeit von 20 Jahren.

3. Bei der Österreichischen Kommunalkredit AG:

Kondition: 7,5 % fix auf 10 Jahre

Betrag und Laufzeit: S 37.000.000,-- mit einer Laufzeit von 10 Jahren.

Die oa. Darlehenssumme stellt einen Maximalbetrag dar. Bei einem geringeren Darlehensbedarf wird der Geschäftsbereich für Finanzen ermächtigt, das Darlehensvolumen entsprechend zu verringern. Sollten aus wirtschaftlichen Gründen (Ausnützung, Prüffrist, Zahlungsziel etc.) Teile der mit diesem Darlehen finanzierten Ausgaben erst im Rechnungsjahr 1995 zur Auszahlung gelangen,

kann ein Teil dieses Darlehens auch auf Rechnung 1995 zugezählt werden. Weiters wird der o. a. Geschäftsbereich ermächtigt, die Darlehensbedingungen entsprechend den Ausschreibungsgrundlagen bzw. der Angebote festzulegen.

Ich bitte, die Diskussion zu eröffnen bzw. die Zustimmung zu dem vorgeschlagenen Bericht zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke schön, Herr Zagler. Ich gebe den Vorsitz wieder an den Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und darf die Frage stellen, wer das Wort wünscht? Herr Dr. Pfeil ist gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Nur ganz kurz: Wir haben uns nicht bereit erklärt, dem Budget 1994 die Zustimmung zu geben. Deshalb werden wir auch der Kreditaufnahme für die Darlehen 1994 nicht die Zustimmung geben. Wir werden uns aber - da viele Angelegenheiten auch unsere Zustimmung gefunden haben - der Stimme hiezu enthalten. Zur Kreditaufnahme - da bin ich ausnahmsweise auch Deiner Meinung - glaube ich, daß die Bedingungen, die uns vorgelegt werden, als günstig anzusehen sind.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Es wird auch kein Schlußwort gewünscht. Wir kommen zur Abstimmung. Wer gegen den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Niemand. Übt jemand Stimmenthaltung? 8 Stimmenthaltungen (F). Wer stimmt für den Antrag? Der Rest. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Nächster Antrag bitte.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Der nächste Antrag hat schon sehr viel mediales Aufsehen erregt. Es geht um eine Bürgschaftsübernahme für den Sportclub Vorwärts Steyr im Ausmaß von 9 Millionen Schilling. Ich darf vielleicht, um nicht den gesamten Amtsbericht vorzulesen, hier kurz auf die wichtigsten Details zu sprechen kommen. Es war der Stadtsenat schon mehrfach damit beschäftigt, eine Rettungsaktion für Vorwärts Steyr einzuleiten. So haben wir in einer Sitzung im Jänner 1994 und auch dann im April 1994 schon zweimal einen Baurechtsvertrag beschlossen. Einmal in der ursprünglichen Form, dann in einer abgeänderten Form. Sie werden sich daran erinnern können, daß die Abänderung nötig war, weil ein Tiroler Kreditinstitut auf Abänderung bestanden hat. Sie werden sich auch zurückerinnern können, daß in den Sommermonaten bei FC Tirol Innsbruck eine Finanzaffäre bekanntgeworden ist, die es gerade den Bankmanagern in Tirol unmöglich gemacht hätte, hier für den Fußball ohne besondere andere Gestion und Sicherheit ihr Geld zu verleihen. Die Zeit ist nicht

stehen geblieben, die Gläubiger von SK Vorwärts Steyr waren immer drängender. So hat der Stadtsenat nun die Aufgabe vorgefunden, hier eine Lösungsmöglichkeit zu finden. Es wurde ein Bürgschaftsvertrag erstellt und errichtet, der die Stadt Steyr mit 9 Millionen Schilling als Ausfallsbürge beziffert oder bezeichnet. Dazu ist zu sagen, daß ja für diesen Ausfallsbetrag an und für sich die Sicherstellung durch den Grundstreifen, auf dem der VIP-Parkplatz untergebracht wird und jenen Grundanteil samt Gebäude, auf dem das neue Kabinengebäude ist, sicherlich im Betrag zur Deckung ausreicht. Es ist nicht nur ein Bürgschaftsvertrag vorhanden, sondern auch zwei weitere Vereinbarungen, nämlich eine Vereinbarung mit dem Sportclub Vorwärts Steyr, wo vor allem auch der Überwachungsmodus für die Sanierung des Vereins aufgenommen wurde. Es ist auch im Amtsbericht erklärt, wie die Rückzahlungen zu geschehen haben, damit die Haftung nicht schlagend wird. Bevor die Diskussion einsetzt, darf ich noch resümierend sagen, daß die Haftung für das Budget der Stadt nach menschlichem Ermessen nie schlagend werden kann, denn selbst - und das soll man sich auch vor Augen führen - wenn der worst case, also der schlechteste Fall, eintritt, geht das zur Verwertung an die kreditgewährende Bank, was wir ohnehin im Jänner und im April im Rahmen des Baurechtsvertrages für 80 Jahre faktisch aus der Hand gegeben haben. Es ist also die andere Gestion hier erforderlich. Es zeigen ja auch die Meldungen über den Fußball der letzten Zeit, daß hier eben krisenhafte Situationen da sind, die wir aber glauben durch ein Engagement für diese Ausfallsbürgschaft bei Vorwärts abwenden zu können, um so den Sport noch viele Jahre weiterzuführen und weit über das Bestehen des Clubs hinweg den Sportbetrieb dort oben aufrechterhalten zu können. Der Antrag lautet:

38) ÖAG-2/94 SK Vorwärts Steyr; Abschluß eines Bürgschaftsvertrages mit der Raiffeisenkasse Region Sierning reg.Gen.m.b.H.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 19. Januar 1995 wird dem Abschluß der in der Anlage beigeschlossenen Verträge, namentlich des Bürgschaftsvertrages mit der Raiffeisenkasse Region Sierning reg.Gen.m.b.H., einer Vereinbarung mit dem SK Vorwärts Steyr und eines Nachtrages zum Baurechtsvertrag mit dem SK Vorwärts Steyr, zugestimmt.

BEILAGE

Ich bitte Sie um Diskussion und um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht das Wort zu diesem Antrag? Herr Dr. Tilman Schwager bitte.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren! Ich habe mich deswegen etwas zögernd zu Wort gemeldet, weil die Unterlagen, die uns hier mit dem Amtsbericht zur Verfügung gestellt wurden, eher doch sehr dürftig dafür sind, was man hier von uns verlangt. Es wäre wohl angebracht gewesen, daß der Verein Vorwärts einmal einen genauen Status vorlegt, der aktuellst wäre, und daß wir aus diesem einmal die gesamte Vermögenssituation nach derzeitigem Stand sehen, nicht nach einem Stand, der vielleicht irgendwann im Herbst gegeben war. Zu dem Status hätte aber auch noch etwas

gehört, nämlich das, was man üblicherweise von jemandem verlangt, dessen - ich möchte fast sagen - Insolvenzwürdigkeit, wenn auch das Wort scheinbar in sich ein Widerspruch ist, zu prüfen ist. Denn wir müssen erkennen, daß dieser Verein in unheimlich kurzer Zeit einen Schuldenberg angehäuft hat, der enorm ist. Es nimmt Wunder, daß hier kein genaues Finanzierungskonzept für die Zukunft vorgelegt wird, außer daß man irgendwo aus der Zeitung und da aus einem Absatz einen Verwendungsvermerk liest, daß beabsichtigt ist, Einnahmen aus irgendwelchen Werbekosten im Ausmaß von rund 1 Million Schilling jährlich hier abzutreten, damit eben die Rückführung gesichert sei. Die 15 Millionen Schilling, die hier angefordert werden, sind offenbar durch den laufenden Spielbetrieb in ihrer gewaltigen Summe angefallen, und es ist dann eigentlich schon ein gewagtes Stück, hier keine sehr konkrete Prognose anzustellen, wie man denn Kosten sparen will. Ich habe da irgendwo ein Blatt gesehen, wo als laufende Ausgaben Spielerkosten enthalten sind, wo einer 3 Millionen Schilling bezieht, ein anderer 2 Millionen und dazwischen liegt ein ...

ZWISCHENRUF:

Das ist der Marktwert!!

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Ach so! Entschuldigung, ich wußte da beim Menschenhandel nicht so genau Bescheid. Das heißt, daß die Vorwärts jetzt so bewertet werden muß, was sie an Spielern an Marktwert hat. Das heißt, im Falle der Insolvenz ist dann die Frage: Sind denn diese Spieler auch wirklich mit diesem Marktwert verwertbar? Das weiß ich nicht. Nehmen wir aber an, es geschieht etwas mit diesem Bürgschaftsvertrag. Es ist eine Ausfallsbürgschaft, das ist schon richtig, die besagt, daß sie wirklich nur im schlimmsten Fall und nachdem man den Hauptschuldner nach allen Möglichkeiten versucht hat zu exekutieren, in Anspruch genommen werden kann. Mit Rücksicht darauf, daß die Vorwärts bislang eine Gestion gezeigt hat, die zu einer sehr schnellen Schuldenanhäufung geführt hat, muß aber befürchtet werden, daß dieser Plan, in 15 Jahren die Abdeckung vorzunehmen, nicht zu bewerkstelligen ist. Es kommt ja dazu, daß Vereine in der Größenordnung der Vorwärts kaum 15 Jahre hindurch in der obersten Liga sind. Ich würde es der Vorwärts wünschen, wenn es ihr gelänge. Aber ich muß sagen, diese Ligenschicksale, die ich natürlich nur aus Tabellen kenne, sind doch etwas schwankend. Daß Fußball offenbar ein finanziell ungesunder Sport ist, sieht man an allen Ecken und Enden unseres Landes. Ich gebe zu bedenken, daß wir mit diesem Bürgschaftsvertrag ein gewaltiges finanzielles Risiko eingehen. Ich gebe auch zu bedenken, daß unsere Stadt sich derzeit selbst in einer schlechten Lage befindet. Nicht nur derzeit, denn auch das müssen wir wissen, daß die Finanzlage sich für uns in nächster Zeit kaum bessern wird, daß sich die Prognosen für die nächsten Jahre nicht wesentlich bessern. Das heißt, wenn ein finanziell Schlechter dem anderen finanziell Schlechten bürgt - und auch nur Ausfall bürgt -, so kann ich Sie nur darauf aufmerksam machen, daß dies im Strafrecht schon der Übergang von der fahrlässigen zur betrügerischen Krida wird. Ich bitte Sie, das zu beachten. Ich kann aus bestem Wissen und Gewissen diesem Konvolut von Vereinbarungen nicht zustimmen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Fürweger.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, hoher Gemeinderat! Der Antragsteller hat es schon erwähnt, das Problem mit der Vorwärts Steyr hat in den letzten Jahren - aber auch Monaten - großes mediales Echo hervorgerufen. Erlauben Sie mir nur eine kurze Reprise zum Juni 1994, wo laut Angaben von Präsident Dittrich gesagt wird: „Wir haben 16 Millionen Schilling für 1994/95 organisiert, keine Probleme!“ Im gleichen Artikel steht aber auch, daß vom Dezember bis März keine Spielergehälter ausbezahlt werden konnten. Ein paar Tage später wieder ein Artikel, in dem die Sprache davon ist, daß der Verein Schulden hat, daß es Bürgschaften gibt und Vorstandsmitglieder mit je 100.000 Schilling für einen 2-Millionen-Kredit bei der Steyrer Sparkasse haften. Es wird in diesem Artikel auch eine Offenlegung der Vorwärts-Finzen verlangt. Im Juli 1994 ein Artikel, in dem eine Baufirma klagt, sie habe schon Konkurs beantragt, weil sie bei der Neugestaltung des Trainingsplatzes investiert hat und nichts bezahlt bekommen hat. Im August 1994 ein Interview der OÖ Nachrichten mit Herrn Dittrich, Wortlaut: „Im Sommer gab es finanzielle Sorgen und Meldungen, daß Vorwärts konkursgefährdet ist. Jetzt ist alles geklärt, mit Finanz und Krankenkasse gibt es keine Probleme. Auch das Budget ist gesichert, alle bekommen pünktlich ihr Geld.“ Es kommen in letzter Zeit aber auch Artikel in den Zeitungen in allgemeiner Form, daß bei uns in Österreich viele Leute Probleme finanzieller Art haben. Schuldnerberatungen werden gegründet etc. Es wird nicht nur darauf hingewiesen, daß die Leute aufpassen sollen, wenn sie selber Schulden machen, es wird auch vor Bürgschaften gewarnt. Denn mit Bürgschaften machen sich die Leute auch zu Mitschuldern. Ich war diese Woche schon ein wenig verärgert, weil ich in der Kronen Zeitung am Dienstag lesen mußte, daß uns der Vorwärts-Präsident Radlspäc mitteilt: „Die Stadt Steyr läßt ihren Club nicht fallen.“ Als würde es den Gemeinderat nicht geben! Es sei alles im Stadtsenat abgehandelt. Ich glaube, der Präsident Radlspäc kennt die Statuten der Stadt. Es gefällt mir nicht, wenn hier vorneweg vorgeprescht wird und wir Gemeinderäte so hingestellt werden, als bräuchten wir nur noch die Hand zu heben, der Stadtsenat habe schon alles gemacht. Das ist eine unfaire Art. Ich glaube, wir haben das heute schon einmal erwähnt, das sollte sich aufhören, immer vorneweg irgendwas in die Zeitungen hineinzugeben. Wir diskutieren hier, wir machen dann Beschlüsse, so ist es. Ich glaube selber, daß der Spielbetrieb nicht leiden wird. Man sieht es beim Lask, da haben die Spieler auch Probleme mit ihrem Präsidenten gehabt, aber sie spielen weiter, auch um die Hälfte des Geldes. Ich sehe da überhaupt kein Problem. Es wird auch immer wieder erwähnt, es sei eine Werbung für die Stadt. Ich glaube, es ist eine Negativwerbung gewesen. Sehen wir uns den Tourismusverband an, da haben wir einen Direktor, der kann nicht einmal nach Deutschland zu einer Messe fahren. Dort könnte er Werbung für die Stadt machen! Diese Werbung - glaube ich - ist nicht so wichtig. Wenn wir uns Salzburg ansehen: Die Stadt Salzburg ist durch Kultur bekannter als durch den Fußball. Mit der Werbung alleine lasse ich mich nicht abpeisen. Dann noch ein Artikel vom Mittwoch, ganz kurz zur Zahlungsmoral dieses Vereines: Die Vorwärts Steyr zahlt nicht einmal die zwei Prozent der Zusehereinnahmen an den oberösterreichischen Verband. Das ist schon ein starkes Stück. Wenn sie Schulden haben an den oberösterreichischen Verband in Höhe von 137.000 Schilling, was soll das dann? Jetzt sollen sie einen Kredit abzahlen und sind nicht einmal in der Lage, an den oberösterreichischen Fußballverband die zwei Prozent Zusehereinnahmen zu zahlen! Es kommt dann noch eines dazu, im Vertrag selber fehlen mir die Personen. Es gibt nämlich auch noch die Vereinbarung von den 3 Millionen und ich glaube schon, daß es da notwendig ist, auch die Namen der Vorstandsmitglieder in diese Vereinbarung hineinzuschreiben und nicht nur immer von Personen zu sprechen. Es fehlt auch die Planskizze. Es ist hier ausgewiesen, daß die Planskizze einen integrierten Bestandteil dieser Vereinbarung darstellt. Ich habe diese Planskizze nicht bekommen. Weiters ist anzufügen, daß die Legislaturperiode bis 1997 geht. Wir sollten uns alle schon ein wenig Gedanken machen, ob wir dann solche Sachen an die nächste Legislaturperiode vererben. Was können die ab 1997 dann dafür, daß sie mit solchen Sachen leben müssen. Wir haben das schon bei Pachtverträgen in unserer Stadt erlebt, wie problematisch das ist. Es ist auch bei meinem Vorredner schon der Begriff „Spielerwert“ gefallen. Bitte, ein Fußballer ist ein relativer Wert. Denn wenn er sich den Fuß bricht, ist er nichts mehr wert. Das muß man auch einmal sagen. Das ist wie bei Pferderennen. Das teuerste Turnierpferd verliert seinen Wert, sobald es sich den Fuß gebrochen hat. Auf solche Ebene stellt sich hier dieses Gremium. Ich bin nicht bereit, das mitzumachen. Mir ist ein Ende mit Schrecken lieber als ein Schrecken ohne Ende.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Weitere Wortmeldung gewünscht? Kollege Gabath bitte.

GEMEINDERAT WALTER GABATH:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Gründungsversammlung 14. April 1919. 70 Jahre später, Frühjahr 1989, Aufstiegs-Play-Off. Es erscheint ein schönes Buch dazu, das rot-weiße Wunder. In diesem Buch habe ich folgendes gelesen: Gründung 14. April 1919, Steyrer Fußballclub Vorwärts. Die finanzielle Situation war äußerst trist, aber man wußte sich zu helfen. Aus geschenktem Fahnenstoff schneiderten hilfsbereite Anhängerinnen die ersten Dressen. Stutzen und Schuhe mußte jeder selbst mitbringen. So ausgerüstet bestritt der Club am 15. Juni 1919 sein erstes Spiel in Linz gegen den Athletik-Sportclub, das mit 2 : 2 Remis endete. Diese Zeiten sind leider lange vorbei. SK Vorwärts Steyr, ein Club, der seit 1989 mit wechselndem Erfolg einmal mehr und einmal weniger Zuschauer anzieht. Eine Mannschaft, die mit vielen Erfolgen und einigen sensationellen Ergebnissen immer wieder dafür sorgt, daß unser Steyr regelmäßig in allen Medien positiv aufscheint. Vorwärts kann also als Werbeträger für unsere Stadt bezeichnet werden und sollte unserer Stadt als Imageträger erhalten bleiben. Meiner Meinung nach ist in der obersten Spielklasse manchen Funktionären das Augenmaß verloren gegangen, und sie haben durch einige zweifelhafte Entscheidungen den Verein arg ins Trudeln gebracht. Durch mangelhafte Koordinationen innerhalb des Vorstandes wurde diese Unordnung in den Finanzen, die jetzt herrscht, verursacht. Die heutige Situation zeigt sich leider so, daß es wieder zutrifft, die finanzielle Situation als äußerst trist zu bezeichnen. Mit der freiwilligen Mitarbeit von Anhängerinnen werden die Probleme heute sicher nicht zu lösen sein. Dazu bedarf es gemeinsamer Bemühungen. Zur Rettung dieses Traditionsvereines werde ich dem vorliegenden Antrag trotz des Risikos für unsere Stadt und trotz eines bleibenden Unbehagens meine Zustimmung geben, und ich ersuche auch um Ihre Zustimmung. Allerdings rufe ich die zuständigen Stellen wie den Sportreferenten, Finanzreferenten, die zuständigen Beamten des Geschäftsbereiches II und vor allem die Funktionäre des SK Vorwärts Steyr auf, darauf zu achten, die vorliegende Vereinbarung penibel einzuhalten und dadurch mitzuhelfen, den Verein aus den Schwierigkeiten zu führen und den Schaden für unsere Stadt zu minimieren bzw. ganz zu verhindern. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Noch eine Wortmeldung gewünscht? Kollege Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Sehr geehrter Gemeinderat, wertcs Präsidium! Der Vorwärts und der Liebe Wellen schlagen anscheinend schon über das Rednerpult hier. Ich glaube, kein anderes Thema in unserem Gemeinderatsbrevier ist so mit Emotionen belastet wie dieses Thema. Versuchen wir es einmal etwas nüchterner zu betrachten. Ich erinnere mich, daß wir ursprünglich als ersten Status von Vorwärts Unterlagen bekommen haben - ich weiß nicht, wer sie kennt, manche werden sie kennen -, die die Passiva in Summe mit 13,1 Millionen darstellt. Damals ist im Vertrauen darauf, daß diese Unterlagen richtig sind, keiner auf die Idee gekommen, einen Taschenrechner zu nehmen und genauer zusammenzuzählen, was darin wirklich an Zahlen behauptet wird. Wenn man nur alleine die

Bankverbindlichkeiten betrachtet, so scheinen dort 9,74 Millionen auf. Gleich eine Seite weiter ist die gleiche Summe detailliert angeführt, da stehen von Allgemeiner Sparkasse bis Raika Rohr die einzelnen Beträge. Wenn man sich die Mühe macht, diese Beträge zusammenzuzählen, kommt ein Gesamtbetrag von 10,385 Millionen heraus. Das geht so weiter. Finanzamt ist hier betitelt mit S 603.000,--, auf der Seite 2 steht S 2.900.000,--. Ich tu mir ehrlich gesagt schwer. Wenn man das jetzt so vergleicht, kann ich schon gut verstehen, daß man als Sportfunktionär alles und jedes versucht, um den Verein am Leben zu erhalten, daß man alles und jedes versucht, um Geldmittel aufzutreiben, daß man Stimmung macht für den Verein, was eine durchaus legitime Sache ist. Im Hinblick darauf, daß Vorwärts in unserer Stadt kein unwesentlicher Faktor ist, muß man fast alles versuchen, um diesen Verein zu erhalten. Wenn man sich - wie jetzt - keine andere Möglichkeit mehr sieht und der Verein noch dazu im öffentlichen Interesse ist - und das ist er sehr wohl in Steyr -, tritt man an die Stadt heran und versucht eine Lösung zu finden. Da setze ich aber natürlich schon voraus, daß die zuständigen Gremien in dieser Stadt auch ordentlich unterrichtet werden. Ich bin dem Herrn Dr. Tilman Schwager sehr dankbar - er ist ja sicher in rechtlichen Dingen weitaus besser bewandert als ich -, daß auch er seine Überlegungen hier hat einfließen lassen. Diese passen auch ein bißchen zu diesem Bild, das ich nach Durchsicht dieser Unterlagen jetzt von der ganzen Situation habe. Worum dreht es sich wirklich im wesentlichen? Es dreht sich darum, daß die Bemühung der Stadt einerseits vielleicht heruntergespielt wird, weil es angeblich ja ohnehin zu keiner Tilgung kommen wird. Da frage ich mich ehrlich gesagt, warum man es dann macht? Warum steht man dann gut dafür, wenn es ohnehin zu keiner Tilgung kommt? Wenn ich für etwas büрге, muß ich damit rechnen, daß ich letzten Endes zur Zahlung aufgefordert werde. Der Kollege Stadtrat Zagler hat gesagt, die Haftung werde nicht schlagend. Ich frage mich, warum man dann überhaupt die Bürgschaft macht? Wenn man genau betrachtet, wann wir damit rechnen müssen, kann man auf Seite X dort lesen, daß wir damit rechnen müssen, wenn Vorwärts absteigt, wenn die Tilgung immer geringer und geringer wird, weil man aufgrund des Werbevertrages und der Summen, die durch die Lustbarkeitssteuer hereinkommen, die Tilgung ja auf diesem Weg versucht. Im schlechtesten Fall ist es ja so, daß der Werbevertrag umfällt, daß die Lustbarkeitsabgabe geringer wird, und daß mehrere andere Gründe dann schlagend werden. Das heißt, wenn wir uns dieses Blatt anschauen, das der Herr Dr. Tilman Schwager nicht bekommen hat, dann wird unter Aktiva das Baurecht angeführt, das ich seinerzeit einmal mit einem hohen Beamten dieses Hauses besprochen habe, der selbst gesagt hat, daß er es ziemlich hoch findet mit 30,6 Millionen Schilling. Zum Wert der Spieler laut Aufstellung - das ist schon einmal vom Kollegen Fürweger erwähnt worden - muß man sagen, der Wert von Spielern, die nicht mehr in einer Klasse spielen, ist ein recht variabler Wert, den man ja nicht nach Belieben, sondern nach Marktwert - der allerdings schwankt - festlegt. Bei 17,6 Millionen Schilling wäre ich eher vorsichtig. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung mit 100.000,-- Schilling ist nicht so arg. Was mir noch aufgefallen ist, sind die Förderungen, Fernsehgeld etc. Das trifft ja alles dann nicht mehr in diesem Maße zu, wenn dieser Verein absteigen würde. Das heißt, unter Aktiva würde sich dann ein ganz anderer Betrag herauschälen, als hier angenommen. Mir fällt noch auf, die Zinsengutschrift der OÖ Gebietskrankenkasse und der verhandelte Nachlaß im Finanzamt wäre auch noch schriftlich nachzuholen, den habe ich auch bislang noch nicht hier gesehen. Unter den Bankverbindlichkeiten gibt es - das habe ich Ihnen schon gesagt - eine Liste, die vorne und hinten nicht stimmt. Das ist mir aufgefallen, nachdem ich mir die Mühe gemacht habe, es zusammenzuzählen. Das ist Status per Oktober 1994. Den Status habe ich Ende 1994 bekommen und das waren die Unterlagen, von denen wir ausgegangen sind! Da lese ich unter Bankverbindlichkeiten dieses und vorne jenes und hinten wieder etwas anderes. Letzten Endes läuft es darauf hinaus, daß wir seitens der Stadt ein sehr hohes Risiko eingehen. Das ist - glaube ich - sowieso schon mehrmals erwähnt worden. Mir hat das heute sehr gut gefallen, der Herr Stadtrat Holub hat bei den Lustbarkeitsabgaben von diesem gleichen Recht für alle gesprochen. Dieses gleiche Recht für alle, wo Vereine 20.000,-- Schilling bekommen und die Vorwärts soundsoviel, mag im Hinblick darauf, daß Vorwärts mehr im Interesse dieser Stadt steht als vielleicht andere Vereine, wo das Geld nicht so hereinkommt, vielleicht passen. Nur - wenn man es ganz betrachtet, ist es doch so, daß jeder Verein im Prinzip jetzt hergehen kann ... Nein, nehmen wir keinen Verein, nehmen wir so einen Nahversorger, wie sie rundherum jetzt nacheinander wie die Fliegen sterben. Stellen Sie sich vor, der käme zum Herrn Bürgermeister und sagte: „Herr Bürgermeister, ich habe mich 30 Jahre für diese Stadt bemüht, habe mich Montag bis Samstag dorthin gestellt. Ich habe einen Fehler gemacht, habe jetzt 12 Millionen Schilling Schulden,

bitte helfen Sie mir!“ Ich wäre mir sogar sicher, daß ihm geholfen würde, wenn er im gleichen Maße im öffentlichen Interesse stehen würde wie unter Umständen ein Fußballverein. Auf der anderen Seite ist es aber nicht realistisch, weil andere Dinge - und da denke ich auch an diverse Sozialinitiativen, wo vielleicht um 12.000,-- Schilling gestritten wird - eben nicht so im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehen. Wollen wir es noch einmal rekapitulieren? Wir alle hoffen - das muß ich schon dazusagen -, daß es Vorwärts gelingen wird, daß sie in Zukunft auch ihre Leistung bringt und in der 1. Division bleibt. Auf der anderen Seite muß ich sagen - und das hat der Herr Kollege Dr. Tilman Schwager schon gesagt -, diese Schuldenentwicklung, wie sie passiert ist - im Oktober waren es 12 oder 13 Millionen und ein paar Monate später waren es auf einmal 15 Millionen -, läßt mich nicht hoffen. Ich denke mir, wenn wir jetzt dieser Bürgschaft zustimmen, dann nur unter dem Blickwinkel, daß Vorwärts Steyr in der 1. Division bleibt und ich glaube, daß das einfach ein Toto ist, ein Hoffen auf irgendeinen Gewinn. Aber ein Toto mit Gemeingut kann sich die Stadt für ihre Zukunft - auch wenn sie erst in ein paar Jahren schlagend wird - nicht leisten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster ist der Herr Kollege Holub.

STADTRAT KARL HOLUB:

Kollege Apfelthaler, Deine Einleitung war wirklich recht gekonnt mit der Vorwärts und der Liebe Wellen. Ich glaube, es geht ganz einfach um eine bloße Frage. Der Kollege Gabath hat es richtig gesagt, wir alle haben dabei Bauchweh. Alles was an Konter vorgebracht werden kann, hat aus irgendeinem Blickwinkel seine Richtigkeit. Alles, was an Pro vorgebracht werden kann, hat aus einem anderen Blickwinkel viel für sich. Übrig bleibt also die reine, einfache Frage: Wer von uns will schuld daran sein, wenn der Traditionsclub Vorwärts Steyr untergeht? Ganz einfach. Ich bitte doch wirklich sehr, auch dafür zu sorgen, daß genau das nicht passiert. Wir haben im Zug der Gespräche, die es wirklich vielfach gegeben hat, quer über die Fraktionen hinweg versucht, Klarheit zu gewinnen über die Situationen. Wir haben versucht, über Erklärungen auch die Richtigkeit der Daten bestätigt zu bekommen. Das ist alles geschehen. Ich muß sagen, daß ich wirklich sehr hoffe, daß die Turbulenzen, die sich im letzten Finanzjahr widergespiegelt haben - das ist ja nicht nur eine Turbulenz der Zahlen, sondern auch eine Turbulenz der Vereinsführung an sich -, überwunden wurden. Das ist die Hoffnung, die wir als Gemeinderat vorinvestieren mit dem Beschluß, den Sie heute nach meiner Meinung bitte fassen mögen. Das ist die Hoffnung, daß der Verein, wenn er sich in sich selbst konsolidiert, wieder zu geordneten Vorgängen, wie sie der Normalität entsprechen, hinfindet, daß der Verein mit dem Enthusiasmus der Steyrerinnen und Steyrer, die zu ihm stehen, mit der Situation fertigwerden kann. Natürlich ist ein Vergleich mit den Gewerbetreibenden richtig, natürlich hast Du recht. Es ist auch kaum zu entkräften, wenn man sich vorstellt, es gäbe die Vergleichssituation. Aber natürlich liegt uns - sofern wir ein bißchen vom Fußballsport angetan sind oder ein bißchen darauf achten, daß auch Positives über die Stadt kommt - ein florierender Verein recht am Herzen. Es kann uns nicht am Herzen liegen, daß der Verein erstens erfolglos spielt, und es kann uns zum zweiten nicht am Herzen liegen, daß der Verein durch Vermengung von Zahlen noch schlechter dargestellt wird, als er es aus eigener Kraft ohnehin geschafft hat, sich schlecht zu präsentieren, nahezu weltmeisterlich. Viel schlimmer könnte es eigentlich nicht mehr sein, als das, was da im letzten halben Jahr über widersprüchliche Meldungen an die Öffentlichkeit „geturnt“ wird. Ich kann mit kein besseres Vokabel dafür einfallen lassen. Ich hoffe, daß diese Turnübungen zu Ende sein können, und ich hoffe, daß der Gemeinderat der Stadt Steyr sein Gewicht dem Club gegenüber einsetzen wird und denen, die dort die Geschicke führen, auch nachdrücklich mitteilt: Dieses Theaterspiel ist zu Ende, liebe Freunde! Jetzt ist es Zeit zu arbeiten, nicht mehr Zeit, sich vor irgendeinen Scheinwerfer hinzustellen, sondern Ärmel hoch, alle Mann an die Ruder und fest

werken. So gut es geht im Sinn unserer Stadt Steyr, damit die Botschaft, die von da wegtransportiert wird nicht die ist, daß da ein paar Wahnsinnige zusammensitzen, die nicht einmal einen Fußballverein führen können, sondern diejenige ist, daß eine Stadt hinter ihrem Aushängeverein steht. Die Gleichheit, meine Damen und Herren, hoffe ich schon, daß wir allen Vereinen widmen können, die in hohen Divisionen Sport betreiben. Ich denke an die Basketballer, die sehr froh wären um jede Unterstützung. Ich will jetzt gar nicht eine Vereinslizitation anfangen, weil jeder in seinem geheimsten Herzwinkel irgendein Interesse hat für irgendeine Institution, die ihm besonders förderungswürdig ist. Aber vielleicht gelingt es uns mit dem Signal, das von hier ausgeht, einen Impuls an die Vereine zu geben: Haltet Ordnung, zeigt euch kaufmännisch sorgfältig und bemüht euch um den sportlichen Erfolg, der nicht aus dem Streit, sondern aus dem Zusammenhang kommt! Ich bitte den Gemeinderat, aus dem Zusammenhang das Vorbild für die Vereinsführung zu geben und im Zusammenhalt dem vorliegenden Antrag zuzustimmen. Nicht mit lautem Jauchzen - ich glaube, das empfindet keiner -, aber mit dem Bewußtsein, daß es ohne diesen Beschluß nicht ginge.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird noch das Wort gewünscht? Herr Kollege Eichhübl.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Herren Bürgermeister! Hier steht jemand am Rednerpult vor Ihnen, der von sich behaupten kann, daß er nicht unbedingt DER Fußballfan ist, aber gerade aus diesem distanzierten Verhältnis heraus zu erkennen glaubt, daß gerade der Verein Vorwärts aus traditionellen Gründen, die vorhin vom Kollegen Gabath so treffend dargestellt wurden, eine sehr große Bedeutung für die Stadt hat und auch in Zukunft haben soll. Daraus, meine Damen und Herren des Gemeinderates, leite ich eine gewisse Verpflichtung ab, von seiten dieses Gremiums dem Verein Vorwärts in dieser wirklich sehr tragischen Stunde beizustehen. Natürlich, meine Damen und Herren - und das haben ja auch die Wortmeldungen gezeigt -, kann man unterschiedlicher Auffassung sein, das ist auch bei uns in der Fraktion so. Es war so, daß wir offene Worte gesprochen haben und niemand dazu verdonnert wurde, die Zustimmung zu geben, aus welchen Gründen auch immer. Das haben Sie auch aus den Wortmeldungen erkannt. Ich anerkenne auch die Wortmeldungen der Fraktionskollegen. Einerseits Herr Dr. Schwager, der das aus rechtlicher Sicht dargelegt hat, andererseits der Kollege Fürweger, der eben aus seiner Sicht seine Position zu diesem vorliegenden Antrag zum Ausdruck gebracht hat. Aber ich - wie gesagt - gebe hier auch in einer gewissen Stimmung, die vorher der Kollege Holub zitiert hat, diesem Antrag deshalb die Zustimmung, weil ich glaube es nicht verantworten zu können, daß der Verein Vorwärts nicht mehr existent ist. Um das geht es und ich glaube, das soll auch der Gemeinderat so sehen. Es soll auch - und ich glaube, es wird ja dazu kommen - ein positiver Beschluß gefaßt werden, um den Verein Vorwärts zu erhalten, damit er auch weiterhin für die Stadt Steyr auf allen Ebenen existent bleibt und auch sein Positives zur Fremdenverkehrs-situation beiträgt. Das ist ja auch nicht unerheblich. Man redet immer von Umwegrentabilität, ich glaube auch, daß es in diesem Fall zutrifft. Es ist zwar nicht meßbar, was der Verein Vorwärts für die Stadt Steyr bereits gebracht hat, ich glaube aber doch davon sprechen zu können, nachdem ich sehr viel in Österreich herum-komme. Ob das in Vorarlberg oder in Wien ist, ich wurde immer wieder auf den Fußballverein Vorwärts angesprochen. Man hat mir mitgeteilt, daß Leute hierher zu einem Spiel kommen und dann feststellen, daß die Stadt Steyr ihre besonderen Reize hat und die Leute dann auch herkommen, wenn hier gerade kein Fußballspiel ausgetragen wird. Wie gesagt, es ist nicht meßbar, aber ich glaube die Namensnennung der Stadt Steyr, die weit über die Bundesländergrenzen hinausgeht, hat sicherlich seine Bedeutung, wenn man das von dieser Sicht aus betrachtet ohne ein Fußballexperte zu sein. Daher darf ich nochmals dafür sprechen, aus dieser Überlegung heraus und vor allen Dingen aus der

Überlegung, daß das Risiko für die Stadt Steyr auf ein erträgliches Maß heruntergeschraubt wurde. Ursprünglich hätte ja das Verhandlungsergebnis anders ausgesehen, da hätte nämlich die Stadt Steyr als Bürge und Zahler auftreten sollen. Der Kollege Zagler hat ja auf den Unterschied bereits hingewiesen. Ich habe mich auch belehren lassen, ich habe den Unterschied vorher nicht gekannt, muß ich ganz offen sagen, denn mir ist nach wie vor lieber, ich leihe mir das Geld bei meiner Frau aus, da brauche ich es nicht zurückgeben. Aber Spaß beiseite. Jetzt habe ich ein paar dazu animiert, die werden alle das Geld zu Hause bei ihrer Frau ausleihen, das kann ja etwas werden! Das erträgliche Maß des Risikos, das die Stadt Steyr hier eingeht, ist aus meiner Sicht zu verantworten. Danke für die Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Noch ein Wortmeldung? Dr. Tilman Schwager die Zweite.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Zu einer Zweiten fühle ich mich deshalb veranlaßt, weil ich einmal vorweg nicht in der Richtung mißverstanden werden will, daß ich irgendetwas gegen die Vorwärts als solche hätte. Ich kann voll unterstreichen, was meine Vorredner - insbesondere Gabath und Holub - gesagt haben. Bei Gabath hat man die Bauchschmerzen wirklich gemerkt. Ich muß sagen, es ist Ihnen sicher sehr hoch anzurechnen, wie Sie um Ihre Entscheidung gerungen haben, auch wenn sie vermutlich in einer andere Richtung gehen wird als meine. Und bei Dir, lieber Karl Holub, habe ich auch viel erkannt. Aber ich bin doch irgendwie zur Auffassung gekommen, daß Du Deine Wortmeldung eher aus dem Gesichtspunkt des Politikers, als aus dem des Bankers abgegeben hast. Ich kann mir nicht unbedingt vorstellen, daß Du Dich in Deiner beruflichen Qualifikation, die wir alle sehr schätzen, im selben Sinne hättest äußern können. Wir müssen eine Art Sorgfalt des ordentlichen Kaufmannes anwenden, wenn es darum geht, daß die Stadt Gefahr laufen könnte, in eine Haftung zu kommen. Es kommt etwas zu scharf auf uns zu, um der Vorwärts von uns aus irgendwelche besseren Lösungsvorschläge anzubieten. Noch dazu wo die Unterlagen, die uns von Vorwärts zur Verfügung gestellt worden sind, nicht nur unrichtig - wie Sie es aufgezeigt haben -, sondern aus meiner Warte heraus auch unvollständig sind. Es fehlt zum Beispiel auch etwas, was sehr wesentlich ist, nämlich eine Darstellung, warum es zu diesem rapiden Vermögensverlust gekommen ist. Das gehört doch erklärt, meine Damen und Herren, wenn ich jemanden einlade dazu, für mich eine - wenn auch nur - Ausfallsbürgschaft zu übernehmen. Ich erinnere Sie an den alten, lateinischen Spruch, an die Aufforderung, die übersetzt heißt: Konsuls, paßt auf, damit die öffentliche Sache keinen Schaden nehme!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Noch eine Wortmeldung? Keine mehr, Schlußwort bitte, Herr Referent.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Vieles ist schon gesagt worden, aber mich wundert, daß eines bislang unerwähnt geblieben ist. Nämlich daß zwar die Stadt Steyr hier beabsichtigt, eine Bürgschaft zu übernehmen, daß sich aber auch SK Vorwärts - und damit das Präsidium und der Vorstand - verpflichtet, für zusätzliche 3

Millionen Schilling persönliche Haftungen zu übernehmen und damit auch an den Bestand dieses Vereines in der Zukunft glauben. Unsere Ausfallsbürgschaft steht mit der Rückzahlung in Verbindung und auch mit diesen Privatpersonen, die ihr Leben mehr an den Fußball binden, als manch anderer. Es ist auch keine Zwangsgemeinschaft, die man mit dem Fußball eingehen muß. Wenn ich die Chance habe, Günter Fürweger, Dich umzustimmen, werde ich sehr gerne und sehr breit und sehr bereitwillig Deine Argumente - oder Deine Fragen, die Du gestellt hast, oder Deine Behauptungen, die Du gemacht hast - herausarbeiten und zu beantworten versuchen. Ich möchte das in dem Sinn tun, wie das Tilman Schwager zum Schluß gesagt hat: Man sollte endlich wissen, warum es dazu kam. Dazu gibt es eine relativ einfache Erklärung. Es hat eine Ära der SK Vorwärts Steyr gegeben, wo ein selbsttitulierter Manager namens Riepl einen Trainer namens Latzke verpflichtet hat, der aus Deutschland Spieler um viel Geld gekauft hat, die leider vom Fußballspielen zu wenig verstanden haben. Es waren Rettungsmaßnahmen erforderlich, ansonsten wäre nämlich der Club damals bereits in den Abstieg gekommen. Eines ist auch keine Binsenweisheit: Dort, wo der Erfolg ist, kommen auch die Zuschauer! Das Salzburger Beispiel auf der einen Seite, dort, wo Erfolglosigkeit ist, auf der anderen Seite. Wenn ich Fehlankäufe tätige, die viel Geld kosten und mich noch an den Rand des Abstiegs bringen, dann ist hier eine Schraube gedreht, aus der man schwer herauskommt. Ein zweiter Punkt hat in diese Lage geführt, nämlich daß vor einigen Jahren noch Finanzamt und Gebietskrankenkassa die Profisportvereine mehr oder weniger harmlos geprüft haben. Es sind hier Gegebenheiten gewesen, daß Gehaltsvereinbarungen so darstellbar waren, daß sie sehr steuer- und abgabenschonend gewesen sind. Das hat sich in den letzten Jahren auch geändert, und es ist deswegen kein einziger Zuschauer mehr in das Stadion gekommen. Wenn Dietrich sagt, es seien keine Probleme da, dann betrifft das den laufenden Betrieb. Die Probleme verursacht ja im Prinzip der Schuldenberg und die daraus resultierenden Zinsen. Die Frage, die uns wir stellen müßten: Was passiert, wenn wir diese Bürgschaft nicht beschließen? Die Gläubiger werden in einem Konkurs- oder Ausgleichs- und Zwangsausgleichsfall versuchen, aus dem Liquidationserlös ihren Betrag sozusagen zurückerstattet zu bekommen. Was passiert dann? Es wird das Baurecht vermarktet werden, ob wir das wollen oder nicht. Ob das Baurecht an die 30 Millionen Schilling, die in diesem Status drinnen sind, laut Experten wert ist oder vielleicht nur - was meine persönliche Schätzung ist - etwa 15 Millionen Schilling, im Verwertungsfall - im Extremfall - vielleicht noch etwas weniger, zugegeben, aber immerhin, die Schulden der Vorwärts sind nicht dramatisch über diesem Betrag in dieser Verpflichtung drinnen. Und dann ist da noch etwas, das man jedem seriösen Kaufmann klarerweise abnehmen würde: Daß er seine Aktivposten bewertet. Da gehören eben auch die Spieler mit ihren Marktwerten dazu. Auch hier kann man wieder die Meinung vertreten, die 17 Millionen Schilling stimmen nicht, bzw. wären es im Verwertungsfall weniger, vielleicht sind es nur 10 Millionen oder 9 oder 8 Millionen Schilling. Aber es ist so, wenn man die Bilanz hier macht und eine Saldierung durchführt, daß diese Haftung für die Stadt nicht tragend wird. Zur Frage, warum man überhaupt bürgt, wenn man sowieso weiß, daß man nicht zahlen muß: Das ist so ähnlich wie: Warum wollen die Banken nur demjenigen einen Kredit geben, der ihn sowieso nicht braucht, weil er so gut gestellt ist? Es ist eben ein Sicherheitsdenken da und das wird durch die Landschaft im Fußball verstärkt. Wenn die Nationalmannschaft alle paar Wochen antritt und neuerliche Rufschädigung am Fußball betreibt - gäbe es nicht Salzburg, wo eine Kompensation möglich ist -, dann ist das eben auch eine Sache, die man berücksichtigen muß, die dann Vereine wie St. Pölten oder LASK oder andere entweder in den Ruin - in den Konkurs - treiben - Krems noch als Beispiel dazwischen. In St. Pölten hat auch die Stadt aufgeschrien: „Nein, wir zahlen keinen Groschen für den Fußball!“ Sie haben vielleicht eine Woche später die Zeitungen gelesen, wo die Stadt klarerweise in die Tasche gegriffen und gezahlt hat. Jetzt gibt es einen Vorwärts-Vorstand, der sagt: Wir wollen das am Leben erhalten, wir wollen die Sanierung, wir können es mit Hilfe der Stadt schaffen und damit diesen Problempunkt entsprechend beseitigen! Sie alle kennen mich als sparsamen Menschen und als einen, der in finanziellen Angelegenheiten - nicht nur, was privat anbelangt, sondern auch das Geschäftliche betreffend - seriös vorgeht. Darum ist mir Dein Spruch, Dr. Schwager, ein bißchen zu starker Tobak gewesen, daß wir betrügerische Krida oder ähnliches begehen oder fast begehen würden, wenn wir hier zustimmen. Ich glaube, es ist seriös geprüft. Man muß sich vorstellen, was wäre, wenn wir das nicht tun. Es würde die Vorwärts sterben und wir würden im Falle, daß wir das tun, nicht weniger verlieren, als wir verlieren würden, wenn der Konkurs eintritt. Darum bitte ich wirklich alle, in diesem Sinne die Entscheidung zu überdenken und

einen klaren Appell dafür zu geben, daß wir in unserer Stadt weiterhin einen guten Fußball haben wollen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Es geht darum, eine Konstruktion zu finden, die es der Vorwärts erlaubt, sich zu konsolidieren, die der Bank genug Sicherheit bietet, daß sie das Darlehen gewährt und die hoffentlich ausreichend ist, daß die Stadt nicht zahlen muß. Es war schwierig, diese Konstruktion zu finden. Wir glauben, wir haben in dieser Situation gemeinsam das Beste gemacht. Ich würde nunmehr bitten, daß wir zur Abstimmung kommen.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Herr Bürgermeister, ich beantrage laut § 19 Abs. 4 des Stadtstatutes, diesen Antrag geheim abzustimmen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sehen wir nach, wie das genau ist, damit wir da keinen Formalfehler begehen. Gibt es ein Drittel der Gemeinderäte, die eine geheime Abstimmung verlangen? 5 Stimmen dafür, das ist kein Drittel. Daher wird eine offene Abstimmung durchgeführt. Ich weise darauf hin, daß eine 2/3-Mehrheit erforderlich ist. Wenn ich frage, ob ein Drittel sich für eine geheime Abstimmung ausspricht, muß das eigentlich im Umkehrschluß dazu führen, daß die Mehrheit dafür ist, eine offene Abstimmung zu machen. Ich gehe daher so vor und weise darauf hin, daß eine 2/3-Mehrheit für einen rechtskräftigen Beschluß erforderlich ist. Der Antrag steht zur Abstimmung. Wer gegen den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen. 4 Gegenstimmen (2 F, 2 GAL). Stimmenthaltungen? 1 Stimmenthaltung (VP). Wer ist für den Antrag? Der Rest. Der Antrag ist mit der erforderlichen qualifizierten Mehrheit angenommen. Nächster Antrag bitte.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Beim nächsten Antrag geht es um die Gemeindebediensteten-Schutzkommission und die Berichterstattung an den Gemeinderat über das Jahr 1994. Es wurden die Deponie-Entgasungsanlage und das Pumpwerk F, die adaptierten Büroräumlichkeiten im Volksbank-Gebäude und das zweite Obergeschoß des Rathauses - und zwar der Umbau - überprüft. Der Bericht liegt vor. Ich bitte Sie, diesen Bericht anzunehmen. Es ist keine Überprüfung der Garage des Verkehrsbetriebes dabei. Der Antrag lautet:

39) Pers-434/85 Pers-1020/85 Gemeindebediensteten Schutzkommission; Bericht- erstattung an den Gemeinderat über das Jahr 1994.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes der Gemeindebediensteten-Schutzkommission beim Magistrat der Stadt Steyr vom 10. Jänner 1995 wird der Tätigkeitsbericht dieser Schutzkommission für das Jahr 1994 zur Kenntnis genommen.

Ich bitte um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wünscht jemand zu diesem Antrag das Wort? Das ist nicht Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag, übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Nächster Antrag bitte.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Beim nächsten Antrag geht es um eine Beitragssatzerhöhung für die Krankenfürsorgeanstalt der Beamten des Magistrates Steyr. Von der Geschäftsführung der KFA wurde festgestellt, daß zu einer selbstdeckenden und kostentragenden Finanzierung eine Erhöhung nötig ist, und zwar nicht wie im Amtsbericht dargestellt - der Amtsbericht stammt vom 5. Dezember 1994 -, sondern wie im KFA-Kuratorium, im Personalbeirat und in der Stadtssenatssitzung berichtet und beschlossen in der Form, daß die künftigen Beiträge insgesamt 10,2 Prozent bei den Beamten ausmachen sollen, wovon je 5,1 Prozent - also je die Hälfte, so wie bisher auch - die Stadt Steyr und der Bedienstete zu zahlen haben wird. Die angenehme Nebenwirkung dieses Beschlusses ist auch, daß über den Sozialversicherungsausgleich bei den Vertragsbediensteten ein Betrag in Höhe von etwa 1,7 Millionen Schilling Einsparungspotential vorhanden ist, der uns unserem Sparziel, das wir in den Budgetklausurstunden festgelegt haben, näher bringt. Der Antrag lautet:

40) SV-7400/82

SV-7527/91

SV-195/93

SV-171/94

KFA Steyr - Satzungsänderung.

Der Gemeinderat möge beschließen: Die Satzungen der Krankenfürsorgeanstalt der Beamten der Stadt Steyr (KFA), GR-Beschluß vom 30. 11. 1972, SV-1879/72, i. d. d. g. F., werden wie folgt geändert:

Der § 26, Absatz 1, ist wie folgt zu ändern:

Die Wortfolge „... alle Mitglieder und die Stadt Steyr Beiträge in Höhe von je 4,25 v. H. der Monatsbezüge ...“ ist durch die Wortfolge „... alle Mitglieder und die Stadt Steyr Beiträge in Höhe von je 5,1 v. H. der Monatsbezüge ...“ zu ersetzen.

Diese Verordnung tritt mit 1. Jänner 1995 in Kraft.

Die Kundmachung dieser Verordnung hat durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte Sie, diesem Antrag ebenfalls die erforderliche Mehrheit zu geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich darf fragen, ob zu diesem Antrag das Wort gewünscht wird? Ich sehe keine Wortmeldung. Wir kommen daher zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag oder übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Beim nächsten Antrag geht es um die Entsendung in die Disziplinaroberkommission. Ich hoffe, daß die zu Entsendenden dort nicht zu tagen brauchen, weil sich unsere Bediensteten nichts Disziplinäres zuschulden kommen lassen. Durch das Ausscheiden von Vizebürgermeister Sablik ist die Nachbesetzung mit Frau Vizebürgermeisterin Friederike Mach vorgeschlagen, durch das Ausscheiden von Stadträtin Ingrid Ehrenhuber das Eintreten von Herrn Stadtrat Ing. Dietmar Spanring. Der Antrag lautet:

41) PräS-11/94 Änderung in der Zusammensetzung der Disziplinaroberkommission.

Der Gemeinderat möge beschließen: Durch das Ausscheiden von Vizebürgermeister Erich Sablik wird mit sofortiger Wirksamkeit bis einschl. 31. 12. 1996 Frau Vizebürgermeisterin Friederike Mach zum Mitglied der Disziplinaroberkommission gem. § 76 StGBG bzw. zur Stellvertreterin des Vorsitzenden für sämtliche Senate der Disziplinaroberkommission gem. § 77 StGBG bestellt. Gleichzeitig wird anstelle der ausgeschiedenen Stadträtin Ingrid Ehrenhuber Herr Stadtrat Ing. Dietmar Spanring für den gleichen Zeitraum zum Mitglied der Disziplinaroberkommission bzw. als Stellvertreter der stadträtl. Beisitzer für sämtliche Berufungssenate der Disziplinaroberkommission bestellt.

Ich bitte, das so beschließen zu wollen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird dazu eine Wortmeldung gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag, übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Ein eher formal als inhaltlich notwendiger Akt ist der nächste, in dem es um die Bezugsregulierung geht, die zwischen der Bundesregierung und der Beamtengewerkschaft bzw. Gewerkschaft öffentl. Dienst ausgehandelt wurde, damit man die 2,87 Prozent Gehaltserhöhung auch durchrechnen kann. Denn die Beschlüsse vom Bund über das Land bis in die Gemeinde würden längere Zeit dauern, und es würde Zeit verstreichen, während der man ansonsten ein Provisorium fahren müßte. Es wird gebeten, diesem Antrag sozusagen vorab die Wirkung zu geben, bis die Beschlüsse, die sicherlich in

den nächsten Wochen und Monaten auch am legislativen Weg abgehandelt werden, bis zu uns hereinkommen. Der Antrag lautet:

42) Präs-922/94 Bezugsregulierung ab 1. 1. 1995.

Der Gemeinderat möge beschließen: **Abschnitt I**

a) Den Beamten der Stadt Steyr werden bis zum Inkrafttreten der entsprechenden landesgesetzlichen Vorschriften vorgriffsweise monatliche Ergänzungszahlungen in Höhe der Differenz zwischen den am 1. 12. 1994 geltenden Bezugsansätzen und den in den Anlagen angegebenen Bezugsansätzen gewährt. Die Ergänzungszahlungen unterliegen der Pensions- und Krankenfürsorgebeitragspflicht sowie der Pensionsautomatik.

b) Auf die Vertragsbediensteten finden die Bestimmungen der lit. a sinngemäß Anwendung, wobei diese Bezüge nach den Bestimmungen des § 10 der für die Vertragsbediensteten der Stadt Steyr seit 1. 1. 1991 in Kraft stehenden Vertragsbedienstetenordnung (VBO) festgesetzt werden.

Abschnitt II

Die Pflegedienstzulage und die Pflegedienst-Chargenzulage werden gegenüber dem Stand vom 1. 12. 1994 um 2,87 v. H. erhöht.

Abschnitt III

Die Nebengebühren werden gegenüber dem Stand vom 1. 12. 1994 um 2,87 v. H. (=Valorisierungsfaktor des Gehaltes von V/2) erhöht.

Abschnitt IV

Die Bestimmungen der Abschnitte I, II und III treten ab 1. 1. 1995 in Kraft. Wegen der Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 (5) des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte, auch das beschließen zu wollen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Gollatsch.

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir können diese Bezugsregelung, die mit 1. Jänner 1995 bundesweit in Kraft treten soll oder in Kraft getreten ist, natürlich nur zur Kenntnis nehmen. Mir ist an der Beilage aufgefallen - ich habe das bis jetzt wissentlich so nicht angeschaut -, daß hier die Schemata der Beamten der allgemeinen Verwaltung genau - nicht nur im Wortlaut, sondern in der Summe - übereinstimmen. Die Summe eines Bediensteten der Dienstklasse IV sind genau die Zahlen eines Beamten der Dienstklasse IV beim Bund oder wahrscheinlich beim Land. Was mich aber verwundert hat, als ich es mir angesehen habe, sind die Beförderungsrichtlinien des Magistrates. Bei allem sind Beamte der allgemeinen Verwaltung gleich, nur bei der Beförderung sieht es anders aus.

Wenn einer - und jetzt nehme ich die Dienstklasse VII, meine Dienstklasse, heraus - beim Bund als Beamter seinen Dienst macht, kann er frühestens mit 30 Dienstjahren in die Dienstklasse VII kommen. Das ist Bestlaufbahn bei ausgezeichnete r Dienstleistung und entsprechendem Dienstposten. Wenn er den nicht hat, kommt er nicht in die Dienstklasse VII. Beim Magistrat ist das anders. Da komme ich mit 23 Dienstjahren in die Dienstklasse VII und wenn es mir noch besser geht, sogar ein oder zwei Jahre vorher. Auch ohne entsprechenden Dienstposten. Ich würde ersuchen, diese Sachen zu überprüfen. Es kann doch im Land Österreich nicht verschiedene Beamte der allgemeinen Verwaltung geben!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht mehr der Fall. Schlußwort bitte, Herr Referent.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

An und für sich wäre es jetzt natürlich verlockend, eine Beamtengehaltsdiskussion - in der wir Lehrergehälter und alles andere auch gleich mit abhandeln - vom Zaun zu brechen. Aber ich glaube, wir haben bei der Solidarabgabe noch die Gelegenheit, über Gleichheit und Ungleichheit zu reden. Ich glaube, Du hast Dich ja nicht gegen den Beschluß, daß die 2,87 Prozent weitergegeben werden sollen, ausgesprochen. Daher bitte ich den Herrn Bürgermeister, diesen Beschluß herbeiführen zu wollen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, ich führe herbei. Wer mit dem Antrag einverstanden ist und ihm zustimmt, den bitte ich, ein entsprechendes Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Niemand. Übt jemand Stimmenthaltung? Auch nicht. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Danke dem Kollegen Zagler für die Abwicklung dieser schwierigen Positionen unserer Tagesordnung. Gemäß unseres Beschlusses kommen wir nun zur Debatte bzw. Beschlußfassung über die als dringlich eingereihte Resolution. Ich darf fragen, ob jemand dazu das Wort wünscht? Zur Geschäftsordnung, bitte sehr.

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

§ 17 der Geschäftsordnung sagt: Der Vorsitzende hat dafür zu sorgen, daß nur solche Angelegenheiten durch den Gemeinderat behandelt werden sollen, die in den eigenen Wirkungsbereich der Stadt fallen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Da hat der rechtsfreundliche Berater meiner Person auch schon nachgeschaut. Er hat einen Paragraphen gefunden, in dem steht, daß wir ein Resolutionsrecht haben und daher solche Resolutionen beschließen können. Wir haben uns übrigens auch schon mit Atomkraftwerken im Ausland beschäftigt - wenn ich erinnern darf - und anderen Dingen mehr, die nicht unmittelbar von

uns beeinflusst werden können. Wenn der Wunsch im Gemeinderat da ist, bin ich immer der Meinung, daß wir darüber diskutieren sollten. Aber vielleicht kann der Kollege Schmidl ganz konkret auf diesen Passus hinweisen, der in meinem Buch wieder anders drinnensteht, Herr Kollege Gollatsch.

MAGISTRATSDIREKTOR DR. KURT SCHMIDL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, wertige Mitglieder des Gemeinderates! Es gibt nicht unterschiedliche Bücher! Der Herr Gemeinderat Gollatsch hat sehr richtig einen Paragraphen aus der Geschäftsordnung zitiert, daß nur jene Angelegenheiten im Gemeinderat behandelt werden dürfen, die in den eigenen Wirkungsbereich fallen. Aber dem Gemeinderat steht auch zu, Resolutionen zu fassen, er hat ein Resolutionsrecht. Es gibt da auch Kommentare zu den ganzen Stadtstatuten und Gemeindeordnungen und da heißt es unter anderem, daß der Gemeinderat seinen Wünschen über die Besorgung nicht-behördlicher Angelegenheiten in Entschließungen, sogenannten Resolutionen, Ausdruck verleihen kann. Es handelt sich hier um eine nicht-behördliche Angelegenheit - es wäre etwas anderes, wenn es um Verkehrstafeln ginge, das sind behördliche Angelegenheiten -, daher ist dieser Antrag richtig eingebracht, hat die notwendige Anzahl an Unterschriften und kann behandelt werden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gut. Das war die rechtsfreundliche Auskunft. Wir gehen in die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes ein. Den Dringlichkeitsantrag habe ich ja bereits am Anfang verlesen. Ich darf daher fragen, ob jemand das Wort dazu wünscht? Herr Kollege Vanek bitte.

BEILAGE

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Ich gebe Ihnen schon recht, Herr Gollatsch, daß wir diese Abgabe hier in diesem Gremium nicht beschließen können, denn das wäre dann nicht in unserem Wirkungsbereich. Es geht aber nur darum, daß wir einen Wunsch aussprechen können, und das ist ja im Grunde das Resolutionsrecht, das wir hier in Gebrauch nehmen. Es geht jetzt um folgendes: Sie wissen, die ganze Diskussion ist sehr aktuell in den Medien und es betrifft auch den Gemeinderat. Es wurde vorhin gesagt, daß das den Gemeinderat bzw. die Gemeinde überhaupt nicht betrifft, aber ich glaube schon, daß es die Gemeinde betrifft. Manche Maßnahmen gehen ja über Umwege dann zu unseren Lasten, z. B. wenn dann aufgrund verschiedener Maßnahmen der ganze Sozialhilfebereich in Wirkung kommt, dann ist das im Grunde Gemeindeangelegenheit. Jetzt zum Inhaltlichen: Sie wissen, das Sparpaket trifft vor allem die Ärmsten und Benachteiligten in unserer Gesellschaft, das sind vor allem Alleinerzieher und -erzieherinnen, kinderreiche Familien, Arbeitslose und ältere Arbeitnehmer. Ich möchte hier nur kurz eine Zahl bekanntgeben: Einer arbeitslosen Alleinerzieherin von 2 Kindern kann es etwa passieren, wenn diese ganzen Maßnahmen in Kraft treten, daß sie 20 Prozent von ihrem ohnehin kärglichen Einkommen verlieren wird. Die Verluste bei Einkommen über 50.000 Schilling würden demgegenüber nicht einmal 1 Prozent betragen. Je nach Berechnungsmethode leben in Österreich zwischen 750.000 und 1,5 Millionen Menschen im Bereich der Armut. 46 Prozent aller Alleinverdienerfamilien mit 3 oder 4 Kindern leben unter der Armutsgrenze. Armut durch Jobverlust

wird immer wahrscheinlicher. Die durchschnittliche Arbeitslosenunterstützung liegt bei 8.500 Schilling, die der durchschnittlichen Notstandshilfe bei 6.700 Schilling im Monat. Alle diese Gruppen wären am meisten betroffen. Dadurch wird Unsolidarisierung und soziale Spaltung am meisten vorangetrieben. Eine solche Solidarabgabe würde ein Signal darstellen, daß auch Besserverdienende einen Beitrag zur Budgetkonsolidierung leisten. Die Einnahmen von rund 3,5 Milliarden Schilling im Jahr sollen zweckgebunden anstelle der Belastung für Familien und Alleinverdienende und für arbeitsplatzfördernde Maßnahmen verwendet werden!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Herr Dr. Pfeil ist der nächste, der zu Wort gemeldet ist. Bitte sehr, ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Dieser Dringlichkeitsantrag ist sehr poetisch formuliert. Gleich im ersten Satz steht: „Im Lichte der von der Bundesregierung vorgegebenen Sparmaßnahmen zur Konsolidierung des Staatshaushaltes, wurde auch eine Solidarabgabe für Besserverdienende ins Gespräch gebracht.“ Ich weiß nicht, ob im Lichte dieser Resolution unser Herr Bundeskanzler sich davon verleiten läßt, dafür und somit gegen eine Solidarabgabe zu stimmen. Ich weiß es nicht, aber wir werden es prüfen. Ich bin neugierig, wer ihm das überbringt. Nur ist das keine Solidarabgabe, sondern eine ganz normale, brutale Steuererhöhung, Freunde, sonst gar nichts! Es gab vor wenigen Jahren einen amerikanischen Präsidenten, jetzt gibt es ihn nicht mehr. George Bush sagte - und hat damit die nächste Wahl verloren: „Read my lips, no more taxes.“ Bundeskanzler Vranitzky ist landauf landab gegangen im Herbst und versprach: „Keine Steuererhöhungen in dieser nächsten Legislaturperiode.“ Wenn jetzt bei diesem Sparpaket, das in diesen Tagen so zerpfückt wird - da bleibt ja kein Stein mehr auf dem anderen -, alleine eine Steuererhöhung für eine gewisse Einkommensschicht, die die Mehrheit der Belastungen trägt, überbleibt, dann muß ich wirklich - um beim poetischen zu bleiben - sagen: Gute Nacht Österreich. Ich glaube, wir müssen ausgabenwirksame Sparmaßnahmen treffen. Die Freiheitlichen haben letzten Freitag in Linz bundesweit das 42-Punkte-Sparprogramm vorgestellt und es ist in den Medien publiziert worden. Es ist auch interessant, daß dieser Dringlichkeitsantrag, der - wie uns mitgeteilt worden ist - von den Grünen eingebracht worden ist, von mehreren Mitgliedern der Sozialdemokratischen Fraktion mitunterschrieben worden ist. Vielleicht ein Zeichen für die Zukunft, wie auch immer, kann ja durchaus sein. Aber ich denke, die Bürger werden genug geschröpft. Wir haben auch in Steyr eine massive weitere Belastung unserer Bürger, die wir selber beschlossen haben, weil unsere Finanzen vorne und hinten nicht zusammengehen. Wir haben den Mittelstand - wie bereits erwähnt - wirklich im Moment über Gebühr beansprucht bzw. strapaziert. Was uns wirklich nottut - ich nehme nur einen Punkt heraus -, das ist, daß die Leute, die arbeiten wollen, wieder Spaß daran finden, arbeiten zu können, daß sie sich auch Angestellte leisten können. Wir leben im Spitzenfeld in Europa mit den Lohnnebenkosten, hier müssen auch die Voraussetzungen wieder geschaffen werden. Es muß auch im Bereich der verstaatlichten Industrie enorm gespart werden. Diejenigen, die Gelegenheit gehabt haben, den Rechnungshofbericht zu lesen, der in den letzten Wochen bezüglich Steyr-Daimler-Puch AG erschienen ist, wissen, daß darin steht, daß es besser gewesen wäre, den Standort Steyr - ich sage es vorsichtig - 1989 generell zu überdenken. Wenn dann im Wahlkampf auch noch plakatiert wird vom Herrn Nationalrat Gartlehner und vom Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Hochmayr, daß 3,5 Milliarden Schilling in die Region hineingepumpt worden sind für die Belebung der Infrastruktur, dann frage ich, wo sind sie denn, wenn wir jetzt vor dem Zusperrn sind? Das sind die Dinge! Wir können mit Sicherheit nicht mit einer weiteren Steuererhöhung das Budgetschiff der Regierung auf einen anderen Kurs bringen. Ich bin ganz strikt gegen den Inhalt dieser Resolution, ich würde genau dagegen stimmen! Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte sehr! Der nächste ist der Kollege Zagler.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Um die Frage des Kollegen Pfeil gleich vorweg zu beantworten: Ich bin dafür! Wenn meine Unterschrift fehlt, heißt das nicht, daß ich dagegen bin. Da hätte ich ja schon oft gegen etwas sein müssen! Ich bin vor allem deswegen dafür, weil ich glaube, daß eine Symmetrie in den Spar- und Sanierungsvorschlägen schlecht oder nicht funktionierender Haushalte hergestellt werden kann, muß und soll. Ich bekenne mich voll zum Inhalt des Sparpaketes, das haben wir neun im Stadtsenat plus dem Kollegen Apfelthaler bei unserer Budgeterstellung für heuer berücksichtigt. Wir haben uns aber auch dort zu einnahmenseitigen Korrekturen durchgerungen und diese ja zum größten Teil auch schon beschlossen. Ich bekenne mich dazu. Mir ist es lieber, selbst beim Sparen mitzugestalten, auch selbst beim Sanieren eines defekten Haushaltes mitzuhelfen, als zwangsbeglückt zu werden durch wirtschaftliche Entwicklungen, die unabsehbar größere Schäden hervorrufen würden, wenn beispielsweise eine Notenpresse zu laufen anfinge und der Staat eine Inflation zur Tilgung seiner Schulden heranziehen würde. Es ist sicherlich die sozial gerechtere und ausgewogenere Form, hier ein vernünftiges Sparpaket zustande zu bringen. Man kann sich auch zu Tode sparen, das soll es also nicht sein, aber man kann das auch durchaus einnahmenseitig machen und unterstützen. Ich bekenne mich dazu als einer, der eben besser verdient. Es ist ja vielfach so, daß die Gelder der Besserverdienenden thesauriert werden, gespart werden, auf Sparkonten wandern. Wer hier die Landschaft sieht, sieht auch, daß die Staatshaushaltsdefizite bei weitem übergedeckt sind durch das Sparvermögen von Herrn und Frau Österreicher. Das möchte ich aber auch den Besserverdienenden nicht wünschen, daß hier einmal eine Regierung sagt: „Schnipp schnapp, Rübe ab, wir schneiden Eure Sparbestände zusammen, um die Haushalte wieder auszugleichen.“ Das hat es schon einmal gegeben, und das möchte ich nicht erleben. Ich war damals nicht dabei, aber aus der Geschichte kann man hier sicherlich lernen. Noch etwas, was ich dazusagen möchte, ich habe es beim Beförderungstermin bei den Bediensteten des Hauses auch gemacht. Leider wird man durch mediale und stimmungsmäßige und emotionelle Berichte oftmals verführt, Handlungen zu setzen, die das Gegenteil dessen bewirken, was eigentlich günstig und vernünftig wäre. Ich habe das Beispiel gebracht mit dem Schifahrer, der am steilen Hang ins Rutschen kommt und glaubt, um das Rutschen zu vermeiden, muß er sich noch weiter zum Hang hinlegen. Genau das Gegenteil ist der Fall, er muß sich vom Hang wegbewegen, um den Schwerpunkt besser auf die Kanten zu bringen und nicht zu stürzen. Ich meine das hier so, daß unsere Wirtschaft deswegen auch Gefahr läuft, ein Sanierungsfall zu werden, weil jener, der eigentlich Kaufkraft in die Wirtschaft bringen sollte, aus Angst - und die Menge schürt diese Angst - diese Fehlreaktion macht. Würde man weiter konsumieren und das Geld vernünftig in Umlauf halten, hätten wir viel weniger Probleme, als durch diese Eigenvorsorge, weil dadurch etwas anderes zustandekommt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Kollege Stadtrat Holub bitte.

STADTRAT KARL HOLUB:

Ich bedanke mich dafür, daß es wenigstens technisch möglich ist, mich zu hören. Ich bin mir jedoch aus mehreren Gründen ganz sicher, daß ich nicht von allen verstanden werde und werde das auch klarlegen. Zum ersten: Ich hätte mich sehr bemüht, die Debatte, in der wir mittendrin sind, vom Gemeinderat wegzuhalten, weil an sich dieses Spiel auf einer anderen Bühne gespielt wird. Es ist in meinem tiefen Herzen ein starker Unmut darüber, daß wir in eine Debatte eintreten, die wir in ihrer eigenen Ausformung nicht entscheidend beeinflussen können. Es ist in meinem tiefen Herzen ein starker Unmut darüber, daß wir hier jetzt eine Reservebühne bilden für Muskelmänner, die auf anderen Ebenen auftreten. Es verursacht mir ein starkes Unbehagen, daß wir tagelang um Sanierungsmöglichkeiten diskutieren und dann plötzlich in eine Steuererhöhungsdebatte eintreten, der der reale Hintergrund fehlt. Ich möchte in den moralischen Hintergrund dieser Debatte zunächst einmal einsteigen und über die Bezeichnung diskutieren dürfen. Es heißt, es handle sich um eine Abgabe aus Solidarität. Wenn man sich die Ausformung dieser Abgabe anschaut, entdeckt man ganz plötzlich die ideologischen Hintergründe. Nämlich daß es zwei Arten von Solidarität gibt. Tatsächlich! Die eine ist die sozialistische Solidarität, die aus der Tradition kommt, daß eine Kampfgemeinschaft gegen etwas solidarisch miteinander ist. Das ist die sozialistische Solidarität, das werden mir die Politiktheoretiker hier im Saal so bestätigen. Dann gibt es eine zweite Form der Solidarität, das ist die Solidarität aus der Orientierungshälfte, aus der ich meine Hilfen beziehe, nämlich aus der christlichen Soziallehre. Das ist die Solidarität aller mit den Schwachen. Für diese Solidarität bin ich Politiker der Österreichischen Volkspartei. Jetzt erkennen wir aus dem Antrag und aus der Idee, die dahintersteckt, eher das Auftreten der Gemeinschaft gegen ein schmales Segment, dem gegenüber man Neid recht populär äußern kann. Die Budgetwirksamkeit der Abgabe ist in Zweifel zu ziehen. Die Gerechtigkeit der Abgabe kann nur aus dem Neidblickwinkel voll verstanden werden. Sonst müßte man nämlich in die andere Solidaritätsdebatte eintreten, die ich so gerne geführt hätte mit denen, die das Sparpaket entwickelt haben, daß es durchaus vernünftig wäre, allen Bürgern in der äußeren Not, wenn sie so existiert, Solidarität abzuverlangen. Eine durchgehende prozentuelle Steuererhöhung - nur müßten wir dann ehrlich sein, nicht am Neidkomplex schwimmen, sondern ehrlich sein - hätte den bestechenden Vorteil der sozialen Ausgewogenheit. Damit der Kleinverdiener ganz klein oder gar nicht belastet wird, könnte man auch Sockel einführen, die steuerfrei blieben, darüber ließe sich reden! In der Progression würde eine Erhöhung ohnehin gleich mit wirksam. Das wäre die allseitige Solidarität. Was hier in diesem Antrag präsentiert wird, ist die Kampfsolidarität einer Klasse gegen eine kleine andere Klasse, die besser verdient. Ich persönlich wäre bereit, gemeinsam mit allen Solidaritätsoffer zu bringen. Ich persönlich würde das auch in meiner eigenen Partei ganz gern diskutieren und weiß mich da durchaus nicht alleine! Aber die Bühne ist hier nicht dafür, das hätte man beachten sollen, als man den Antrag eingebracht wird. Der materielle Hintergrund ist der Versuch der Bundesregierung, den entglittenen Haushalt zu sanieren. So wie wir in der Stadt zusammengesessen sind und versucht haben, einen entglittenen Haushalt auf die Schienen zu bringen, so haben die das auch gemacht. Es ist nur dabei unter dem Druck der Öffentlichkeit eines vergessen worden, nämlich das umfassende Gespräch. Das ist mein Eindruck dabei und diesen Vorwurf erhebe ich auch an die, die in meiner eigenen Partei verhandelt haben. Und es ist noch etwas abhanden gekommen, nämlich das Suchen nach den möglichen Spielräumen. Die ausgaben- oder einnahmenseitige Sanierung von Haushalten, darüber hat der Kollege Zagler schon mehrfach Vorlesungen im Rahmen der Klausur gehalten, zu denen man nicht immer applaudieren muß, aber im Grunde genommen ist ein Haufen Wahrheit darin. Man kann über Ausgabenbudgets sanieren - logisch. Und zwar effektiv nur über die Ausgaben, kaum effektiv über die Einnahmen, weil das große Match bei den großen Ausgaben verloren wird. Die erste Gelegenheit, diese Sanierung tatsächlich wahrzunehmen, hat die Beamtengewerkschaft mit Grandezza vertan, nämlich mit dem Erfolg ihrer Verhandler - aus der gewerkschaftlichen Sicht eine tolle Sache. In schwierigen Zeiten eine lineare Erhöhung durchzusetzen, ist wirklich gewaltig. Ich bin davon nicht sehr positiv beeindruckt und meine, daß man in schwierigen Zeiten auch solidarisch verhandeln hätte können, also Sockeldiskussionen und alles ähnliche wäre denkbar gewesen. Eine kleine lineare Erhöhung und ein Sockel für alle wäre in meinem sozialen Bewußtsein gut und vernünftig gewesen und hätte geholfen, überflüssige Härten, die in den Haushalt einströmen, zu vermeiden. Gut, das ist Geschichte, haken wir das ab. Auf gut Deutsch gesagt, das Thema ist gegessen. Wir können das von hier aus sowieso nicht ändern und auch die hohe Bundesregierung kann es nicht ändern, weil sie einen Vertrag mit den Beamten abgeschlossen hat. Das nächste sind

die Transferzahlungen, der nächste große Ausgabenblock auch im Bundeshaushalt. Die Transferzahlungen, die wir an die sozial Schwächeren ausgeben, die Transferzahlungen, die wir für die Krankenvorsorge, für die Pensionssicherung ausgeben, die wir für die Familienförderung ausgeben. Da hätte man vielleicht nach anderen Gesichtspunkten urteilen können. Da findet man wieder die Abkehr vom Hausverstand hin zur politischen Grundsatzentscheidung. Entweder sage ich: „Alle Kinder sind gleich, wir nehmen allen etwas weg“, dann sind wieder alle gleich, oder ich ankenne die Fährnisse der Mehrkinderfamilie. Schlagworte nur: Familiensplitting als Härteausgleich, oder die Ankenne, daß mehr Kinder auch mehr Belastung in einen Haushalt bringen, der ohnehin dann mit weniger Ressourcen auskommen muß, weil mehr Aufmerksamkeit des erziehenden Elternteils oder der erziehenden Eltern damit verbunden sein muß. Es wird also ganz schlecht gehen, auf dem Weg der Transferzahlungen die Einsparungen, die ich nicht verstehe, auch durchzusetzen. Das kann ich mir auch nicht vorstellen. Das dritte ist die Investition in die breite Familie, um die wir als Familie Österreicher auch kaum herumkönnen, wenn jeder glaubt, er muß seine Lieblingssteckenpferde unter Bergen durchbohren und ähnliches. Auch hier wird man nicht bei der kleinen Investition schauen müssen, sondern man wird die großen Dinge hinterfragen müssen, ob sie die Effektivität bringen, die unser Staat braucht? Ist es sinnvoll, Hunderte Milliarden aufzuwenden, damit ein Zug 10 Minuten schneller von Wien von Salzburg kommt? Ist das sinnvoll, wenn auf der anderen Seite für den sozialen Spielraum im Staat wenig Platz bleibt? Das wäre die Debatte, die ich gerne miterlebt hätte. Es wäre auch das gewesen, was ich in unseren eigenen hundert Stunden - haben wir sie irgendwann einmal in einem Anfall von Mut im Nachhinein getauft - gerne besprochen hätte. Ich mußte im Laufe der Zeit feststellen, daß wir uns hier über die Bedeutsamkeit und über die Effizienz von Einzelmaßnahmen doch zu wenig auseinandersetzen konnten, weil es auch ein Gespräch ohne Ende ist. Es ist aber auch sicher dann ohne Ende, wenn es ohne Anfang ist. Wir haben zumindest in der Stadt Steyr einen ersten Anfang gesetzt und ich hoffe, daß wir diesen Weg weitergehen werden. Ich möchte Ihnen allen meine Überlegungen zur grundsätzlichen Solidarität noch einmal anheimstellen, ob wir wirklich gut beraten sind, die klassenkämpferische Solidarität als Gemeinderat der Stadt Steyr im Weg einer Resolution zu fordern, oder ob wir nicht viel besser dran wären, jeder auf seiner eigenen Front an die allumfassende Solidarität zu appellieren, die in ihrer Dimension die soziale Ausgewogenheit sehr wohl bringen könnte. Es darf nicht heißen: „Haut den Paulus!“, sondern „Helfen wir zusammen!“ Das sollte die Devise sein und darum bin ich mit dieser Resolution, wer immer sie auch eingebracht hat, nicht einverstanden, weil sie meiner Meinung nach den falschen Weg beschreitet. Ich würde wirklich bitten, der Resolution - so wie sie da liegt - nicht zuzustimmen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Der nächste ist Herr Dr. Schwager.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Hohes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Es war ja bei der Geschäftsordnungsdebatte schon abzusehen, daß die Dringlichkeit durchgeht. Wenn Sie schon unbedingt eine Diskussion über ein Thema wollen, das an sich hier wirklich nicht ins Haus gehört, dann sollen Sie sie haben! Aber ich muß sagen, im Prinzip möchte ich mich wirklich hier vollinhaltlich - ich habe keinen Halbsatz gefunden, den ich nicht unterschreiben könnte - den Ausführungen von Stadtrat Holub anschließen, der ja in sehr moderater Form zu dem hier vorliegenden Thema Stellung genommen hat. Ich halte es auch als Gemeinderat für alles andere als günstig, wenn wir hier in diesem Haus, wo wir wirklich andere Sorgen haben, versucht werden könnten, zu ideologisieren und vielleicht manchen Ansatz einer überfraktionellen Zusammenarbeit wieder dadurch zu belasten, daß man in gefährliche Ideologiedebatten eingebunden wird, die wir eigentlich gar nicht nötig hätten. Über Begriffe wie

Solidarität hat Karl Holub bereits genug gesagt. Was wir darunter verstehen, kann nur die Solidarität sein, die alle trifft und sich nicht gegen irgendeine - nennen wir es ruhig, wie es gemeint ist - Klasse richtet. Das ist etwas, was sehr gefährlich ist. Ich habe Ihnen natürlich nichts reinzureden, aber ich könnte mir vorstellen, daß Sie im Interesse des Friedens in diesem Hause diesen Resolutionsantrag zurückziehen, zumal das Abstimmungsverhalten nicht ganz durchsichtig ist. Es ist darauf hinzuweisen - und dazu nötigen Sie uns in einer derartigen Diskussion -, daß mit dem Vorschlag des ÖGB-Präsidenten Verzetnitsch ein Wahlversprechen, das von seiten der Bundeskoalition einmütigst abgegeben wurde, gebrochen werden soll. Mit dieser klaren, sehr deutlich und höflich formulierten Aussage und Frage eines ORF-Korrespondenten konfrontiert, ist der Herr Bundeskanzler erstmals in einer Weise ausgeflippt - ich darf es so nennen -, wie ich es von ihm, der ja immer sehr überlegt formuliert, noch nicht erlebt habe. Daß er zu jemandem, der ihm eine klare Frage stellt und ihm vorhält, daß das doch im Widerspruch zu seinen eigenen Wahlversprechen sei, was er hier jetzt möglicherweise aufgedrückt bekommt, sagt, die Frage sei schnoddrig, daß er dann, wenn jemand in dieser Frage noch einmal nachsetzt, sagt: „Ich habe genug, mir reicht es!“, das ist neu. Aber es zeigt, in welchen Gewissensphase der Herr Bundeskanzler ist. Wollen Sie unbedingt, daß wir diese nicht gerade schönen Aspekte von Bundespolitik hier in unserem Haus beleuchten? Wollen Sie unbedingt, daß Sie durch eine derartige Resolution gegenüber Ihren Wählern, denen ja schließlich die Nicht-Steuererhöhung verkauft wurde, die Glaubwürdigkeit verlieren? Ich habe sie nicht zu verteidigen, Sie haben diesen Resolutionsantrag hier eingebracht. Ich kann Ihnen nur empfehlen, ihn zurückzuziehen. Das wäre wirklich das Gescheiteste, weil wir hier nicht nur Reservebühne sind, sondern nicht einmal der Schnürlboden von dem, was auf der Bundesebene passiert.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übergebe den Vorsitz an die Frau Vizebürgermeisterin Mach.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz. Der nächste ist Herr Gemeinderat Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich bin offensichtlich der erste Debattenredner, der nicht zu den Besserverdienenden gehört. Ich kenne auch eine Reihe von Leuten, die ebenfalls nicht zu den Besserverdienenden gehören. Und trotzdem, meine Damen und Herren, sage ich gleich vorweg, daß ich dieser Resolution die Zustimmung verweigere, und zwar aus einem ganz einfachen Grund. Ich darf hinzufügen, daß ich außerdem noch Gewerkschaftsbundmitglied bin. Aber ich möchte nun zur Begründung kommen, warum ich diese sogenannten Solidarabgabe für Besserverdienende nicht unterstütze. Denn meine Vorredner haben ja bereits darauf hingewiesen, worum es eigentlich geht. Hier wird unter dem Deckmantel der Solidarabgabe einem Teil der Bevölkerung eine Steuererhöhung aufgebürdet. Ich nenne das schlicht und einfach einen Wählerbetrug, denn es ist nichts anderes! Obwohl ich sehr laut dagegen protestiere und auch protestiert habe, daß die Wenigerverdienenden bei diesem Sparpaket sehr arg unter die Räder kommen, muß ich sagen, man kann doch nicht das eine Unrecht mit einem anderen Unrecht wieder ausbessern. So kann es bitte nicht sein! So darf es nicht sein! Ich bin nicht bereit, die Kastanien für den Herrn Verzetnitsch oder für den Herrn Bundeskanzler aus dem Feuer zu holen, denn es ist ja wirklich sehr eigenartig. Es läßt durchaus den Schluß zu, daß der Herr Bundeskanzler - der sich ja in letzter Zeit an der Schulter gepackt fühlt und keine Auskünfte mehr geben will und den ORF als sehr

mächtig hinstellt - offensichtlich vor Schnürung dieses Sparpaketes mit dem wichtigen ÖGB-Präsidenten Fritz Verzetnitsch nicht geredet hat. Denn es ist mir wirklich unerklärlich, daß plötzlich der ÖGB-Präsident auf die Idee kommt - offensichtlich um einen Existenznachweis zu erbringen -, gegen das beschlossene Sparpaket der Bundesregierung aufzutreten. Das ist wirklich eine eigenartige Vorgangsweise, die ich nicht unterstützen werde. Und das sage ich sehr deutlich auch als Arbeitnehmer. Ich halte eines für wirklich nicht gut, daß man in schlechten Zeiten - wer auch immer daran die politische Schuld trägt - einen Klassenkampf prolongiert. Das würde man mit derartigen Anträgen machen. Daher sage ich sehr deutlich als Arbeitnehmer: Ich werde diesem Antrag, dieser Resolution die Zustimmung verweigern.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke Herr Stadtrat Eichhübl. Herr Stadtrat Spanring bitte.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich stehe auf dieser Liste und habe unterschrieben, aber ich rede vielleicht aus einem etwas anderen Winkel heraus. Herr Dr. Pfeil, es gibt tatsächlich Leute in Oberösterreich, die schon lange vor diesem unglückseligen Sparpaket über solche Sachen geredet haben. Das ist der Vorsitzende der GPA Oberösterreich, der ich mich freue auch anzugehören, der zur Diskussion gebracht hat, für Besserverdienende einen gewissen Prozentanteil - ganz egal, wie man es jetzt nennt, Solidaritätsabgabe oder ähnliches - zweckgebunden zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einzubehalten. Diese Beträge sollen zweckgebunden gehen an die Kommunen zur Erfüllung von Aufträgen, von Baumaßnahmen und ähnlichem, die zum Teil mit mehrjährigen Projekten bezogen sind, um diese aus diesem Fonds heraus entsprechend in Angriff zu nehmen und dadurch Arbeitsplätze entsprechend zu gestalten, für Arbeit zu sorgen und die Wirtschaft zu beleben. Das war eine Idee vom Kollegen Freyschlag, die vor ungefähr einem Dreivierteljahr eingebracht wurde. Er wurde „rundherum hergefotzt“, wenn ich das so gut österreichisch sagen darf, wie er das gesagt hat, hat das aber bei jeder Veranstaltung, die er durchgeführt hat, klar und deutlich zum Ausdruck gebracht. Daher steht auch meine Unterschrift unter diesem Antrag, weil ich mich aus dieser Sicht - darum habe ich gesagt, ich sehe es aus einer etwas anderen Sicht - von dem Kollegen Freyschlag als Mitglied der GPA vor einem Dreivierteljahr schon dazu bekannt habe, ein solches Modell zu erarbeiten. Das ist der Grund und nicht, weil jetzt hier ein Zirkus im Rahmen des Budgets passiert, sondern das ist einfach - wie gesagt - ungefähr ein Dreivierteljahr her. Das nur als Erklärung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich gebe den Vorsitz an den Herrn Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz wieder und erteile dem Kollegen Spöck das Wort.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Zur Solidaritätsabgabe: Solidarität bedeutet für mich auch, was der Kollege Holub angesprochen hat und ich möchte es nur voll unterstreichen. Wenn schon, dann müßte man auch ehrlich sein und sagen, es ist eine Steuererhöhung, ehrlich sein, wenn man die Solidarität ernst nimmt und alle belasten, den Kleinen weniger, den Größeren mehr. Das ist ehrlich! Es ist zwar eine Steuererhöhung, bedeutet aber aufgrund der budgetären Situation unter Umständen, wenn man die Ehrlichkeit in den Mund nimmt, die Wahrheit. Es sei mir bei dieser Gelegenheit auch noch ein Wort gestattet - wir haben ja über das Sparpaket schon den einen oder anderen Redner gehört: Ich bezeichne - und das ist meine persönliche Meinung sowohl als Arbeitnehmervertreter als auch Familienvater - dieses Sparpaket der Regierung nicht als Sparpaket, sondern als einseitiges Belastungspaket. Einseitig zulasten der Familie - das ist auch schon besprochen worden -, wenn ich nur an die Mehrkinderstaffelung denke, die wegfallen soll. Einseitig aber auch - und das sei hier offen gesagt als Beamtenvertreter - wird bei diesem Sparpaket der Beamte zum Prügelknaben der Nation gemacht. Es wird das Feindbild des Beamten geschaffen, anstatt - was der richtige Weg wäre - die Gesetzesflut einzudämmen. Um nur ein Beispiel zu nennen: Nehmen wir an, der Biennalsprung geht so über die Bühne, der eine oder andere würde glauben, das bedeute für den Beamten eben ein paar tausend Schilling weniger. Das ist nicht so! Das trifft vor allem auch den kleinen Beamten, und allein dieser Biennalsprung würde in der Lebensverdienstzone hunderttausende Schilling bedeuten. Zum Bundesdienst: Der Kollege Gollatsch ist hier und hat heute schon die Beförderungsrichtlinien Gemeindedienst - Bundesdienst angesprochen. Hier hat der Bundesbedienstete schon sehr viele Nachteile! Ich habe immer das Beispiel mit den 20/21 Dienstjahren angesprochen, wo beim B-Beamten im Monat Differenzen bis zu 8.000 Schilling sind. Jetzt soll der Beamte noch zusätzlich belastet werden. In meinen Augen ist das sicherlich ein Vertragsbruch seitens der Regierung. Auch die Streichung der Sonderunterstützung beim Arbeitslosengeld finde ich nicht gerechtfertigt. Gerade das würde auch viele Steyrerinnen und Steyrer treffen. Ich könnte mir die Solidaritätsvorgabe - wie sie Kollege Holub gemeint hat - vorstellen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es noch eine Wortmeldung? Herr Kollege Zagler bitte.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Ich möchte auch den Platz einnehmen, um besser zählen zu können. Nein, ernsthaft, ich möchte zwei Dinge doch noch einmal ins Blickfeld rücken. Das eine ist die letzte Einkommenssteuertarifregelung. Ich möchte daran erinnern, daß der Höchststeuersatz damals 62 Prozent betragen hat, zugegeben, ab einem Jahreseinkommen von über 1,5 Millionen Schilling, daß aber durchaus hier - und das meine ich auch - als Solidaritätsappell jene, die gut verdienen, einen Beitrag leisten, um Maßnahmen für die sozial Schwachen zu unterstützen. Warum kommt es denn zu einer - zugegebenen - Steuererhöhung? Es kommt deswegen dazu, weil das Sparpaket nicht so straff geschnürt werden kann, um eben entsprechend finanzierbar zu bleiben. Das heißt, man könnte sich wieder aussuchen, entweder bei manchen Leistungen den Gürtel noch enger zu schnallen und noch mehr herauszupressen, um auf diese Steuer zu verzichten. Da ist mir die Symmetrie des Sparens wichtig. Ich glaube, wenn das eine befristete Maßnahme ist, dann kann das - so wie es die Bundesrepublik Deutschland gezeigt hat - auch in Österreich greifen und zu Taten führen, die uns in einigen Jahren keinen Trümmerhaufen bringen. Ich darf also jetzt die Kaffeehausdebatte verlassen und trotzdem bitten

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, ich würde auch bitten! Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht mehr der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für diese Resolution stimmt, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. 14 Stimmen dafür, danke sehr. Wer ist gegen die Resolution? 13 Gegenstimmen. Die Resolution ist mit Mehrheit angenommen. Ich darf mitteilen, daß die Tagesordnung erschöpft ist. Wir haben heute Beschlüsse gefaßt über Ausgaben von 260.022.300,-- Schilling. Ich darf fragen, ob in der Aktuellen Stunde die SPÖ-Fraktion das Wort wünscht. Das ist nicht der Fall. FPÖ-Fraktion. Jawohl, bitte sehr, Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muß den Finanzstadtrat noch etwas strapazieren, so lange wir ihn haben. Ganz kurz in der Aktuellen Stunde, aber umso wichtiger ist es. Du wirst schon wissen, was ich anspreche, es ist der EU-Beitrag. Jeder weiß, ich habe immer unmißverständlich gemeinsam auch mit den Aussagen des Liberalen Forums, aber auch mit vielen in unserer FPÖ gewußt, daß wir für die EU sind. Aber ich habe immer gesagt, es müssen die Rahmenbedingungen und die Voraussetzungen vorher geklärt sein, damit man an die Bevölkerung herantreten kann, um zu sagen: So sieht es aus, da stimmen wir ab und so wird es in zwei Jahren aussehen. Ich finde es im Moment wirklich sehr unangenehm, wenn man in der Bevölkerung unterwegs ist und mit der Bevölkerung spricht. Das geht durch alle Berufsgruppen, ob es jetzt Steuerberater oder Ärzte sind, am schlimmsten ist es aber bei den Bauern, die im Moment katastrophal in die Zukunft blicken. Auch die Stadt Steyr hat in den letzten Tagen die Nachricht bekommen, daß der EU-Beitrag, den wir immer wieder angefragt haben, mit ca. 40 Millionen Schilling für die Stadt Steyr zu Buche schlagen wird. Ich frage den Finanzstadtrat oder wer immer es hier in diesem Rahmen beantworten kann: Wie werden wir mit unserem Budget 1995 diese 40 Millionen Schilling bezahlen können? Wenn wir auf weitere Steuererhöhungen im Zuge des Bundes zurückgreifen, dann wird der Bürger das nicht mehr akzeptieren. Sie wissen alle, es sind Steuererhöhungen auch in diesem Bereich geplant. Wir haben in dieser Legislaturperiode schon die Grundsteuer maximal erhöht. Wir sind jetzt davor, daß wir vorgesetzt bekommen - und soweit ich weiß, machen die Finanzämter schon die Vorbereitungen dazu -, daß die Einheitswerte aller Grundstücke in Österreich neu bewertet werden. Es kommt auch hier eine massive Steuererhöhung auf uns zu, um diese EU-Beiträge von den Kommunen zu bekommen und bezahlen zu können. Ich wünsche zu wissen - wenn es möglich ist, daß hier jemand eine Antwort geben kann auf diese Frage -, ob das wiederum nur mit Steuererhöhungen gehen kann, oder ob es hier andere Wege gibt. Wir sind Zielgebiet 2, wir werden sicherlich einen Teil in der Region zurückbekommen. Ich hoffe, er wird gut angelegt in eine zukunftsweisende Ansiedlungspolitik, durch die wir nicht nur aus dem finanziellen Loch sondern auch aus dem Beschäftigungsloch herauskommen, damit die ganze Region Steyr wieder zukunftsfröh sein kann und mit positiver Einstellung an die Aufgaben herangehen kann.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht von der SPÖ dazu das Wort? Kollege Zagler bitte.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Nicht aus Begeisterung, sondern weil ich angesprochen worden bin. Es ist eben auch wieder so wie die Wettervorhersage. Man kann im Augenblick Prognosen abgeben, aber was sein wird, können wir

nicht antizipieren. Klar ist das Gesamtaufkommen, das Österreich an die EU zahlt, und es ist auch das Ausmaß der Förderungen klar, die aus der EU zurückkommen. Es bleibt unter dem Strich ein Betrag von rund 17 Milliarden Schilling für die Republik Österreich über, die klarerweise auf die Österreicher - auf wen denn sonst -, auf die Bewohner dieses Landes verteilt werden müssen. Allerdings - und das sind die Dinge, die auch die Österreicher zur 2/3-Zustimmung zur EU gebracht haben - mit der nicht nur vagen Hoffnung, sondern mit der Berechnung, daß durch das Wirtschaftswachstum und die Maßnahmen, die hier entstehen und auf der anderen Seite durch Einsparungen am Preissektor das volkswirtschaftlich wieder wettgemacht wird. Wie die Durchrechnung ist, wie also von diesen 17 Milliarden Schilling auf den Bürger der Stadt Steyr umgerechnet wird, in welchen Bereichen - sprich Bundesbudget, Landesbudget oder Kommunalbudget - diese Lasten aufgeteilt werden, das entzieht sich wirklich meiner Kenntnis. Wie eine eventuelle steuerliche Finanzierung dabei gemacht wird, auch das kann man noch nicht abschätzen. Auf jeden Fall ist es so, daß ja in der Diskussion um diese EU-Beiträge, die auf die Gemeinde entfallen, auch der gesamte Finanzausgleich für die Kommunen zu behandeln ist und auch wieder alle Budgets zu behandeln sind. Es geht halt ein Weg nicht, den wir wirklich lange gegangen sind, nämlich daß es bei den Ausgaben immer mehr sein muß, die Forderungen immer größer sind - ich brauche mich nur an unsere Budgetklausur zurückerinnern, es hätte doch jeder viel mehr noch ausgeben wollen, als wir letztendlich beschlossen haben - und auf der Einnahmenseite - so ist der Österreicher halt auch erzogen - ist nicht mehr aufzubringen ist. Vielleicht ist das einer der markantesten Fehler, die wir in den letzten 2 - 3 Jahrzehnten gemacht haben, daß wir unsere Jugend schon fast von Geburt an zum Gratisempfänger gestempelt haben. Es hat alles nichts kosten dürfen. Dann wird der Jugendliche fertig nach der Gratisschule, nach dem Gratisstudium, will dann die Gratiswohnung, das Gratisauto, die Gratisarbeit. Vielleicht ist das wirklich eine verfehlte Erziehung gewesen, die wir unseren jungen Menschen mitgegeben haben. Aber daß wir das, was wir vorkonsumiert haben, was wir Jahrzehnte im Vorgriff schon genommen haben, auch zurückzahlen müssen, ich glaube darüber sind wir uns auch einig. Und diese Zeit ist jetzt eben leider gekommen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke schön. Kollege Holub bitte.

STADTRAT KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren! Es ist sicherlich ein mehr oder weniger aktueller Anlaß, den der Herr Dr. Pfeil angezogen hat. Die Informationen über die Zahlen sind durch Zeitungen gegangen, andere seriöse Informationen stehen mit derzeit nicht zur Verfügung. Ich kann also nichts sagen, was vom Helmut Zagler abweichen könnte, weil der Finanzausgleich noch völlig neu verhandelt werden muß, weil man die sonstigen Rahmenbedingungen noch nicht kennt, weil man noch nicht weiß, wie die Transfers tatsächlich von und nach Europa erfolgen müssen oder können, weil wir noch nicht einmal wissen, welche Projekte tatsächlich in Brüssel anerkannt werden. Das sind ja keine neuen Projekte, sondern das sind Projekte, die die Republik Österreich oder ihre Bürger sich schon gegeben haben. Da wird es also einen indirekten Transfer auch noch geben, nämlich zwischen den Förderungsmitteln, die sich der Staat ersparen wird, weil eine Regionalförderung aus der europäischen Solidarität eben daher auch erfolgen wird. Wie ich heute schon zweimal gesagt habe: Solidarität ist keine Einbahn, sondern ein Zweibahnweg. Es gibt also in jedem Fall gebende und nehmende Solidarität, und wir werden im Rahmen des Finanzausgleichs sehr wohl auch über den Städtebund und über die Länder die Diskussion führen müssen, wo unser nehmender und wo unser gebender Solidaritätsanteil in der Richtung Europa ist. Es wird völlig klar sein, daß das Nettoaufkommen tatsächlich auch aufgebracht werden wird müssen. Das ist ja nicht das Geheimnis von heute, sondern das war klar. Was noch nicht klar ist - da wiederhole ich mich jetzt ganz bewußt -

, das ist, welche Maßnahmen gefördert werden und welche wir selbst durchführen müssen. Daher ist es derzeit in der Unzeit, darüber zu diskutieren, aber es ist gut, darauf aufmerksam zu machen, daß man die Projektverfolgungen der eingereichten Projekte mit ungeheurer Akribie verfolgen muß. Die Zeiten, meine Damen und Herren des Gemeinderates und lieber Herr Bürgermeister, sind endgültig vorbei, wo man einer Stadt Steyr mit ihren stolzen Bürgern das Geld nachgetragen hat. Wir werden also nicht nur sagen können: Wir sind so arm, wir brauchen Hilfe! Sondern wir werden wohlüberlegt Projekte, zu denen wir alle ja sagen können, auch einreichen müssen. Da genügt es nicht, irgendwo einen Verein vorzuschieben und zu sagen: Die denken sowieso für uns. Da heißt es jetzt irgendwann einmal selber den Kopf sehr schief halten und die richtigen Entscheidungen nicht aus Prestige, sondern aus der Entwicklungsperspektive für unsere Stadt herbeizuführen. Das ist die Forderung, vor der wir in der zweiten Hälfte der Funktionsperiode stehen. Und das ist auch die Forderung, nach deren Erfüllung wir von den Bürgern beurteilt werden. Wenn wir es gut machen, brauchen wir keine Angst zu haben. Dann werden die 40 Millionen Schilling heute ein Diskussionsanstoß gewesen sein, werden uns aber nicht ruinieren, weil wir es richtig eingeleitet und vorgeplant haben. Diese Perspektive habe ich aber derzeit auch noch nicht. Und das bedrückt mich als Mitglied der Stadtverwaltung sehr. Wir haben das Aufkommen aufzuteilen an alle, hat Helmut Zagler gesagt. Das ist eine Positivumschreibung dafür. Wir werden es alle „brennen“ müssen. Die Sozialleistungen, die immer wieder da sind, die heute einen Großteil der Budgets ausmachen, werden nicht so gedämmt werden - wenn es nach mir geht -, daß wieder jeder etwas verliert. Aber sie sollten so kontrolliert werden, daß sie den Bedürftigen zukommen und den Nichtbedürftigen nicht. Das brennt mir in der Seele. Ich erzähle Ihnen eine eigene Wahrnehmung, nicht aus der eigenen Familie, aber von mir bekannten Menschen, die mich sehr zornig machen über ihr Verhalten. Zwei Familien, beide verheiratet vor Staat und Kirche, beide Familien haben Kinder. Alle vier, Vater/Vater, Mutter/Mutter sind jeweils bei Vater/Vater, Mutter/Mutter gemeldet. Das Ergebnis ist: Sie haben zwar einen gemeinsamen Haushalt, haben den aber nur als weiteren Wohnsitz gemeldet. Das Ergebnis ist, daß es vorstellbar ist in dieser Republik Österreich, daß die Mütter das erweiterte Karenzgeld bekommen. Da fängt es an! Da hat Helmut Zagler recht, wenn er sagt, die Jugend ist zum Teil dazu verführt worden, Sozialtransfers als Selbstverständlichkeit anzunehmen und nicht als das, was sie sein sollten, nämlich Unterstützung im Fall der Bedürftigkeit. Da fängt es an und da müssen wir reden. Dann ist es nicht eine Klassenkampfsolidarität, sondern eine Solidarität gegen den Mißbrauch, die ich anmahne. Das wäre viel klüger als die Resolution, die wir vorher beschlossen haben! Es wäre viel klüger, über das Meldegesetz nachzudenken, damit genau diese Späße nicht mehr möglich sind. Es wäre viel klüger, statt Beamte zu jagen, deren Aufgabe mit der Kontrolle anzureichern. Da liegt auch die Aufgabe, die wir noch erfüllen müssen. Nicht der Gemeinderat der Stadt Steyr, aber wir sind eben nicht nur Gemeinderäte oder Mitglieder dieses Hohen Hauses, sondern auch Bürger der Republik Österreich und haben dort die Verpflichtung zur Anmahnung, wenn uns etwas nicht gefällt. Und das - glaube ich - sollte uns wirklich nicht gefallen. Wenn ich zusammenfassen darf: Wir werden ganz unbedingt - und das wird auch so ein ceterum censeo sein, das ich in Zukunft nicht mehr verschweigen werde - anmahnen, wie weit es mit den EU-förderbaren Projekten steht, wo die Information für unsere Bürgerinnen und Bürger ist. Wie gehen wir das überhaupt an, wie laufen dann die weiteren Verteilungswege? Derzeit orte ich mit Verbitterung nur Rat- und Hilflosigkeit in unserem Rathaus.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Die Grünen dazu? Nein. Also bei Rat- und Hilflosigkeit muß ich sagen, ganz so ist es nicht. Zum Unterschied von anderen gibt es bei uns ein paar Projekte, die offensichtlich förderungswürdig sind, wenn man dem glauben kann, was als Vorinformation beim Städtebund darüber gesagt wurde, was förderbar ist. Was man in letzter Zeit hört ist, daß ein Arbeitskreis gebildet worden ist. Das ist keine gemeine Kommandosache! Kann es auch gar nicht sein, weil in Wirklichkeit wir als Stadt überhaupt nichts können, weil das Ziel 2-Gebiet ja Steyr und Kirchdorf bedeutet. Und es bedeutet auch, daß eine Plattform geschaffen wird, in der die Abgeordneten sowie die Herren Bezirkshauptleute und

auch ich dabei sind. Dort muß dann herausgearbeitet werden, was die Projekte in diesem Ziel 2-Gebiet sind, dann muß es zum Land Oberösterreich transportiert werden und erst von dort kann es dann weiter nach Brüssel transportiert werden. Ja, Kollege Holub, wir werden auch zusammensitzen. Deine zwei Kollegen aus Deinem Color, die zwei Bezirkshauptleute, waren schon da. Sie wollen den Regionalbeauftragten ausschreiben, zahlen soll ihn das Land, sitzen soll er in Steinbach. Über das alles werden wir plauschen dürfen. Dann können wir weiterarbeiten an den Projekten, an denen wir - und das muß ich jetzt einmal dagegenhalten, von wegen Hilflosigkeit und andere Negativbezeichnungen - zum Glück schon gearbeitet haben und einen gewissen Vorlauf haben. Ich meine jetzt da unten beim Fazat. Es war oft schwierig genug, aber immerhin sind dort solche Projekte, die förderungswürdig erscheinen. Nach dem jetzigen Wissensstand sind die in Wirklichkeit entwickelt worden. Hätten wir das nicht, müßte ich Dir recht geben, lieber Freund Holub. Gott sei Dank haben wir das. Aber für Kirchdorf gibt es solche Projekte bis jetzt meines Wissens nicht, da müssen erst Arbeitskreise gebildet werden, um solche Projekte zu entwickeln. Wir haben die Nase einigermaßen vorn, aber wir wissen noch gar nicht, was gefördert wird. Der Verkehr ist schon herausen, haben sie uns mitgeteilt. Es wird auch bei der Fachschule so nicht gehen, da muß das mit einer anderen Konstruktion laufen. Es wird gar nicht so einfach sein. Die Töpfe werden gut abgeschirmt werden, davon bin ich überzeugt. Es wird auch der Wettstreit der Regionen um diese Töpfe stattfinden. Gut. Mehr kann ich dazu auch nicht sagen. Das Thema wird uns noch oft beschäftigen. Ich darf fragen, ob es ein weiteres Thema zur Aktuellen Stunde gibt? ÖVP nicht, Grüne auch nicht. Damit sind wir am Ende unserer Sitzung angelangt. Ich danke allen für die Mitwirkung und schließe die Sitzung.

ENDE DER SITZUNG: 19.52 UHR.